



HESSISCHES MINISTERIUM
DES INNERN

VEREASSUNGS-
SCHUTZ
IN HESSEN
BERICHT 1989

Vorwort

Der vorgelegte Verfassungsschutzbericht für das zurückliegende Jahr – es ist der dreizehnte jährliche Bericht – umfaßt wie bisher die vier Teile Rechtsextremismus, Linksextremismus, Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern und Spionageabwehr. Er berichtet über ein Jahr, das in die Geschichte als Jahr der Niederlage des «realen Sozialismus» in Osteuropa und Teilen Mitteleuropas eingehen wird. Der in den Menschen vorhandene Sprengsatz «Freiheit» hat auch dort gezündet und die die Bevölkerung vergewaltigenden kommunistischen Regime in den meisten Staaten beseitigt oder zumindest zurückgedrängt. Eine Staatsform, die dazu führt, daß die Menschen, mit Ausnahme der Funktionäre, in Unfreiheit und wirtschaftlichem Elend leben müssen, hat ihre Existenzberechtigung selbst widerlegt.

Noch im Frühherbst des Berichtsjahres war für uns Deutsche in der Bundesrepublik unvorstellbar, daß in der DDR nur wenige Wochen und Monate später Hunderttausende auf Massendemonstrationen mit dem Ruf «Wir sind das Volk» gegen die verhaßte SED-Herrschaft protestieren und «Deutschland, einig Vaterland» fordern würden. Wenn es, wie vorgesehen, in absehbarer Zeit zu der staatlichen Einheit Deutschlands kommt, so haben dazu auch jene politischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen, die ungeachtet aller Anfeindungen stets die These von einem eigenständigen Volk der DDR abgelehnt, sich der Preamble unseres Grundgesetzes verpflichtet gefühlt und darauf hingearbeitet haben, daß das gesamte Deutsche Volk in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden kann.

Der Bericht schließt redaktionell im April 1990 ab. Er berichtet zwar über das Jahr 1989, kann aber selbstverständlich nicht

die in den ersten Monaten des Jahres 1990 insbesondere in der DDR eingetretenen Entwicklungen übergehen. Der Zusammenbruch des SED-Regimes und das Ergebnis der Volkskammerwahlen am 18. März 1990 wirken sich erheblich auf den orthodoxen Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland aus. Die DKP mit ihren Nebenorganisationen und beeinflussten Organisationen hat dadurch ihr Standbein, die weitgehende Finanzierung aus der DDR, verloren. Es ist auch anzunehmen, daß die staatlichen Organe der DDR künftig keine Spionageaktivitäten gegen die Bundesrepublik entfalten werden.

Das Verschwinden der flächendeckenden Überwachung in der DDR und die freie Berichterstattung in den dortigen Medien haben ferner deutlich gemacht, daß es nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in der DDR, einen Bodensatz von Neonazis gibt, die durch Krawalle, Schmierereien und ähnliche Aktivitäten äußerst ärgerlich in Erscheinung treten. Sie werden auch in einem vereinigten Deutschland sorgfältig beobachtet werden müssen.

Der vorgelegte Bericht befaßt sich nur mit Gruppierungen, die auch vom Landesamt für Verfassungsschutz Hessen als Beobachtungsobjekt geführt werden. Er enthält also z. B. keine Ausführungen über die Partei «Die Republikaner», die vom hessischen Landesamt wie von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der meisten anderen Bundesländer (noch) als Prüffall behandelt werden. Das Landesamt für Verfassungsschutz schließt bei ihnen jedoch keineswegs die Augen, sondern sammelt über sie offenes Material und prüft es auf eine eventuelle Verfassungsfeindlichkeit.

Der Aufbruch zur Freiheit und die Demokratisierungstendenzen in den meisten Staaten des Warschauer Paktes sind vor-

behaltlos zu begrüßen. Die Verfassungsschutzbehörden entlastend wirken sich jedoch wegen der erheblichen Schwächung des orthodoxen Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland und des künftigen Wegfalls der DDR-Nachrichtendienste nur die politischen Veränderungen in der DDR aus. Ungeachtet ihrer stärkeren Hinwendung zum Westen entfalten die anderen Staaten des Ostblocks unvermindert Spionageaktivitäten gegen politische, wirtschaftliche und militärische Objekte in der Bundesrepublik Deutschland. Die Sowjetunion wird vermutlich sogar ihre Aktivitäten verstärken, weil die DDR-Dienste als Zulieferer ausfallen. Hessen mit seinem Ballungsgebiet Rhein-Main ist besonders für die Wirtschaftsspionage ein bevorzugtes Zielgebiet. Verstärkte Aufklärungsbemühungen der Verfassungsschutzbehörden sind auch im Bereich der Sicherheitsgefährdenden Bestrebungen von Ausländern geboten, wo neben terroristischen Palästinensern insbesondere islamisch (schitisch-) extremistische Gruppierungen aus dem Libanon und dem Iran zunehmend die innere Sicherheit unseres Landes bedrohen. Schließlich erfordert nicht zuletzt das Erstarken des Rechtsextremismus vermehrte Bemühungen des Verfassungsschutzes. Es wäre daher töricht und verantwortungslos, Forderungen nachzugeben, die die Verfassungsschutzbehörden abschaffen, zumindest aber erheblich reduzieren wollen.

Ich halte es auch für äußerst unangemessen, die im Grundgesetz (Art. 73 Nr. 10) verankerte Institution «Verfassungsschutz», die der Erhaltung unseres freiheitlichen Rechtsstaates dient, mit dem fast allgegenwärtigen Unterdrückungsapparat «Stasi» des gestürzten SED-Regimes der DDR gleichzusetzen, wie dies gelegentlich geschieht. Wer hier nicht zu unterscheiden weiß, will entweder die Wirklichkeit nicht sehen oder die Verfassungsschutzbehörden verleumdern, deren Tätigkeit sich nach strengen rechtsstaatlichen Bestimmungen richtet. Diese Regelungen, die in Hessen bisher weitgehend in Dienstvorschriften enthalten sind, sollen künftig auf eine formelle gesetzliche Grundlage gestellt werden. Daher hat die Landesregierung am 24. April 1990 beschlossen, den Entwurf für ein Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz im Landtag einzubringen, der insbesondere bereichsspezifische Datenschutzregelungen enthält. Er wird nach seiner noch für diese Legislaturperiode vorgesehenen Verabschiedung sicherlich dazu beitragen, der Öffentlichkeit die Rechtsstaatlichkeit der unverzichtbaren Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde noch transparenter zu machen. Für die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben spreche ich den Angehörigen des Landesamtes für Verfassungsschutz Dank und Anerkennung der Landesregierung aus.



Gottfried Milde
Hessischer Minister des Innern

Inhalt	Seite
Gesetzliche Grundlagen	5
Grundgesetz	5
Verfassungsschutzgesetz	5
Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz	7
Parlamentarische Kontrolle	7
 Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen	 8
Informativer Verfassungsschutz	9
Rechtsextremistische Bestrebungen	11
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	11
Junge Nationaldemokraten (JN)	14
Deutsche Volksunion – Liste D (DVU – Liste D)	14
Wiking-Jugend (WJ)	15
Neonazistische Bestrebungen	16
«Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front»	16
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	17
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	20
Deutsche Bürgerinitiative e.V. (DBI)	21
Neonazistische Ausschreitungen	21
Strafrechtliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten	22
Beurteilung	23
 Linksextremistische Bestrebungen	 25
Orthodoxer Kommunismus	25
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	25
Nebenorganisationen der DKP	32
Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB)	32
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	33
Junge Pioniere - Sozialistische Kinderorganisation (JP)	33
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)	34
Marxistische Arbeiterbildung (MAB)	35

DKP-beeinflußte Organisationen	35
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (<i>VVN-BdA</i>)	36
Deutsche Friedens-Union (<i>DFU</i>)	37
Die Friedensliste	38
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (<i>KFAZ</i>)	38
Demokratische Fraueninitiative (<i>DFI</i>)	39
Extremistische Neue Linke	39
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (<i>MLPD</i>)	40
Vereinigte Sozialistische Partei (<i>VSP</i>)	41
Sonstige kommunistische Organisationen und trotzkistische Gruppen	41
Autonome und anarchistische Gruppen	42
Linksextremistische Bestrebungen an den Hochschulen	46
Linksextremistischer Terrorismus	46
Rote Armee Fraktion (<i>RAF</i>)	46
Revolutionäre Zellen (<i>RZ</i>)	49
Beurteilung	50
Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern ..	52
Araber	52
Türken	53
Türkische Kurden	56
Iraner	57
Inder	58
Beurteilung	58
Spionageabwehr	61
Nachrichtendienste und illegaler Technologietransfer	62
Nachrichtendienstliche Stützpunkte	63
Werbung	64
Führungsmethodik	66
Verurteilungen in Hessen	66
Beurteilung	67

Gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über... die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder...

- b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und
- c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, ...

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können... Zentralstellen... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382)

§ 1

- (1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.
- (2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

- (1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.
- (2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

(1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

- 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der *Bundesrepublik Deutschland gefährden.*

(2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.

(2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.

(3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

(1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.

(2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz

vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962 (GVBl. S. 213)

§ 1

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

§ 2

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

§ 3

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

§ 4

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

§ 5

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Parlamentarische Kontrolle

Die parlamentarische Kontrolle über das LIV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet: Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.

Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)

Das LIV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums des Innern. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 3905 bzw. der Telefonnummer (06121) 77821 zu erreichen.

Das LfV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

- Abteilung 1 — Zentralabteilung
- Abteilung 2 — Beschaffung
- Abteilung 3 — Auswertung
- Abteilung 4 — Spionageabwehr
- Abteilung 5 — Geheimschutz
- Abteilung 6 — Observation und Technik

Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für «informativen Verfassungsschutz». Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden. In dem Programm für die «Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland» formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung:

«Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf die Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden.» In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». In ihrer Sitzung am 2. Februar 1979 hat sie ihre wiederholt geäußerte Auffassung bekräftigt, daß in der Öffentlichkeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden besser zu verdeutlichen sind.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- *Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.*
- *Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.*

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

Vorträge, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz gehalten werden und Themen, an deren Diskussion sich das Referat beteiligen kann:

- Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle
- Besondere Probleme des Verfassungsschutzes (Amtshilfe- und Datenschutzrecht)
- Extremisten im öffentlichen Dienst
Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme
- Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG
- Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland
Darstellung von besonderen Fällen
- Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung»
- Verfassungsschutz und politische Bildung, gemeinsame Lernziele
- Zu den Ursachen der politischen Gewaltkriminalität

Deutungsversuche an praktischen Beispielen

- Linksextremistische Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland
Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen
- Strategie und Taktik der prosovjetschen Kommunisten im Rahmen der Bündnispolitik
Einwirkungsversuche auf Gewerkschaften, Umweltschutz- und Friedensbewegungen
Agitation am Arbeitsplatz
- Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremistischen Neuen Linken
- Zu den Ursachen linksextremistischer Bestrebungen
Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft
- Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland
Zur Diskussion über die Ursachen
- Rechtsextremistische Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft
Autoritäre Einstellungen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus
- Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland

Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremistischer Gruppen

- Neonazistische, insbesondere terroristische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland
Beteiligung von Jugendlichen und internationale Verbindungen
- Taktik und Propagandamethoden des Rechtsextremismus
Techniken rechtsextremistischer Agitation
- Der Nährboden des Rechtsextremismus
Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren zur Diskussion der Ergebnisse von Meinungsumfragen
- Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Bestrebungen
Erfahrungen aus der Praxis und Anregungen am Beispiel der Ausländerfeindlichkeit
Zusammenhänge zwischen antisemitischen Vorfällen, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Rechtsextremistische Bestrebungen

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD wurde 1964 in Hannover gegründet. Sie hat ihren Sitz in Stuttgart und ist in elf Landesverbände, die je nach Mitgliederstärke in Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände unterteilt sind, gegliedert. Die Partei, die seit 1971 von Martin Mußnug geführt wird, konnte wie im Vorjahr ihre Mitgliederzahl erhöhen; sie stieg von etwa 6.400 auf rund 7.000. Die Auflage der monatlich erscheinenden Parteizeitung *Deutsche Stimme* betrug nach eigenen Angaben bis zu 264.000 Exemplare; tatsächlich dürften nur rund 200.000 gedruckt worden sein (1988: 180.000). Jugendorganisation der Partei sind die *Jungen Nationaldemokraten (JN)* mit etwa 900 Mitgliedern.

Die Partei verfolgt Ziele, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren sind. Diese lassen sich allerdings nicht unmittelbar aus dem Parteiprogramm oder der Satzung erkennen, wohl aber aus zahlreichen Verlautbarungen von Funktionären und Mitgliedern der NPD, aus Aufsätzen in ihrer offiziellen Parteizeitung *Deutsche Stimme*; aus Propagandaschriften und Reden. Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird abgelehnt, sie soll durch eine «Nationaldemokratie» ersetzt werden. Letztere sieht die Volksgemeinschaft, den völkischen Kollektivismus, als Grundlage und Zweck des von ihr erstrebten starken Staates an. Der im Grundgesetz verankerte Wert des einzelnen wird als «liberalistisch» abgetan; er soll nicht mehr um seiner selbst willen geachtet und geschützt werden, sondern die Daseinsberechtigung nur als Glied der Gemeinschaft besitzen (vgl. Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 20. 5. 1983, *Neue Juristische Wochenschrift* 1984, 813).

Das Bundesverfassungsgericht hat 1975 festgestellt, daß die NPD als «eine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung und Betätigung, als rechtsextrem, als Feindin der Freiheit und als Gefahr für die freiheitliche Grundordnung» bezeichnet werden darf (Beschluß vom 29. 10. 1975, *Neue Juristische Wochenschrift* 1976, 38). An dieser Grundeinstellung der NPD änderte auch das im November 1987 verabschiedete neue Parteiprogramm nichts. Der Verzicht auf einige eindeutig rechtsextremistische Formulierungen, wie sie im *Programm 1973* enthalten waren, soll lediglich die nach wie vor verfassungsfeindlichen Bestrebungen verschleiern. Mit Beschluß vom 24. November 1987 (*Neue Juristische Wochenschrift* 1988, 2907) stellte das Bundesverwaltungsgericht erneut fest, daß die politischen Zielsetzungen, die die NPD in der Vergangenheit verfolgt habe und auch weiterhin verfolgen, mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar seien.

Agitationsschwerpunkte der NPD waren die nationalistische Kampagne gegen die Europäische Gemeinschaft (EG) sowie die rassistisch geprägte Diffamierung von Ausländern und Asylbewerbern. Die politischen Veränderungen der DDR versuchte die NPD durch ihre Aktion «Volksabstimmung – Wiedervereinigung» auszunutzen. Dabei propagierte sie ihre neutralistische Vorstellung von einer «blockfreien Konföderation». Darüber hinaus war sie bemüht, Verbindungen zur *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD)* der DDR herzustellen.

Der für 1988 vorgesehene 22. Bundesparteitag der NPD mußte verschoben werden, da es der Partei nicht gelungen war, ein geeignetes Veranstaltungsort zu mieten. Er wurde am 11. und 12. Februar in Rahden/Westfalen nachgeholt. An dem Parteitag nahmen etwa 700 Personen teil. Er stand unter dem Motto «Gegen Integra-

tionsterror – Deutschland den Deutschen!» und befaßte sich schwerpunktmäßig mit der bevorstehenden Europawahl. Die Veranstaltung war zunächst von der Stadt Rahden wegen erwarteter gewalttätiger Ausschreitungen untersagt worden. Auf Antrag der *NPD* hob das Verwaltungsgericht Minden den angeordneten Sofortvollzug der Verbotsverfügung auf. Die von der Stadt dagegen erhobene Beschwerde blieb erfolglos. Gegen den Parteitag protestierten am 11. Februar etwa 5.000 Personen. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit *NPD*-Mitgliedern. Es gab mehrere Verletzte.

Der 23. Bundesparteitag der *NPD* mußte ebenfalls wegen der Schwierigkeiten bei der Anmietung von Räumen verschoben werden.

Zur Europawahl am 18. Juni trat die *NPD* nicht selbst zur Wahl an. Sie war vereinbarungsgemäß mit Kandidaten auf der Liste der *Deutschen Volksunion – Liste D (DVU – Liste D)* vertreten und hatte gemeinsam mit dieser den Wahlkampf geführt. Mit 1,6% der Stimmen erlitt das innerhalb der *NPD* umstrittene Wahlbündnis trotz aufwendiger Wahlkampfgitation eine Niederlage, die bei zahlreichen Mitgliedern Enttäuschung und Resignation auslöste. Die Parteivorsitzenden von *NPD* und *DVU – Liste D* versuchten das unerwartet schlechte Wahlergebnis mit einer «gewaltigen Medienkampagne» des «Bonner Parteienkartells» zu erklären, dem es gelungen sei, «nationale Stimmen auf die *Republikaner* umzuleiten». Das Wahlbündnis von *NPD* und *DVU – Liste D* wurde trotzdem bekräftigt.

In Hessen hatte die *NPD* die Kommunalwahlen am 12. März zum politischen Schwerpunkt der Parteiarbeit erklärt. Sie stellte in Frankfurt am Main und Rüsselsheim, in vier Landkreisen sowie in acht Gemeinden eigene Wahllisten auf; im

Rheingau-Taunus-Kreis kandidierte sie zusammen mit *DVU-Liste-D*-Mitgliedern. Für die Partei war die Wahl in Frankfurt am Main von besonderer Wichtigkeit. Der Parteivorstand hatte sie daher zur «Bundessache» erklärt. Die *NPD* führte dort den Wahlkampf, für den erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt worden waren, unter dem Motto «Frankfurt muß eine deutsche Stadt bleiben – Nationale Demokraten in den Römer!». In ihrer Wahlpropaganda stellte sie die Ausländer- und Asylfrage in den Vordergrund. Wahlunterstützung erhielt sie dabei von den Anhängern der *DVU – Liste D* und den *Jungen Nationaldemokraten*. Die *Hessenliste für Ausländerstopp*, die sonst keine besonderen Aktivitäten zeigte, rief in ihrem Mitteilungsblatt *Die Parole* dazu auf, die Stimmen nur einer «deutschbewußten Wahlpartei» (gemeint war die *NPD*) zu geben.

Durchschnittlich errang die *NPD* in den Kreisen, Städten und Gemeinden, in denen sie angetreten war, einen Stimmenanteil von 5,2%. Damit konnte die Partei bei der allgemein hohen Wahlbeteiligung erhebliche Stimmengewinne erzielen. Wie bei früheren Wahlen erreichte sie ihr mit Abstand bestes Ergebnis in der Gemeinde Wölfersheim im Wetteraukreis, wo sie auf 923 Stimmen (= 17,5%) kam. Damit erhöhte die *NPD* gegenüber der Kommunalwahl 1985 ihren Stimmenanteil noch einmal um 6,1 Prozentpunkte und hat jetzt sechs Sitze in der Gemeindevertretung. Wie in der Vergangenheit ist auch dieser aus dem Rahmen der übrigen Wahlergebnisse fallende hohe Stimmenanteil einem in Wölfersheim ansässigen Parteiaktivisten zuzuschreiben. In Frankfurt am Main gelang der *NPD* mit 20.575 Stimmen (= 6,6%) der Einzug in die Stadtverordnetenversammlung. Im Main-Kinzig-Kreis konnte sie mit 10.888 Stimmen (= 5,2%) fünf Mandate für den Kreistag gewinnen. Insgesamt ist die *NPD* in Hessen mit 29 Mandaten in kommunalen Vertretungskör-

perschaften vertreten (bundesweit mit 61). Außerdem zog ein *NPD*-Mitglied über die Liste der *Freien Wählergemeinschaft Waldeck-Frankenberg* in einer Gemeinde des Landkreises Waldeck-Frankenberg in die Gemeindevertretung ein.

Die *NPD* Hessen konnte ihren Mitgliederbestand um etwa 100 auf jetzt rund 700 Personen erhöhen. Sie sind in 21 Kreisverbänden organisiert, von denen jedoch nur etwa die Hälfte politisch aktiv war. Das vom Landesverband herausgegebene Organ *NPD-Stimmen der hessischen Nationaldemokraten* erschien weiterhin in einer Auflagehöhe von rund 1.000 Exemplaren.

Der hessische *NPD*-Vorsitzende Hans Schmidt aus Wiesbaden blieb Landesvorsitzender der Partei. Ein Beschluß des *NPD*-Bundesvorstandes, mit dem er wegen mangelnder Disziplin seiner Ämter enthoben worden war, wurde vom Bundesschiedsgericht aufgehoben.

Am 5. November hielt der Landesverband in Bebra seinen 20. Parteitag ab. An ihm beteiligten sich etwa 80 Personen. Zuvor mußte der Parteitag wegen fehlender Räumlichkeiten wiederholt verlegt werden. Die Delegierten wählten einen 16 Personen umfassenden Vorstand und bestätigten Hans Schmidt als Parteivorsitzenden. Ein von der Stadt Bebra erlassenes Verbot wurde durch Beschluß des Verwaltungsgerichts Kassel aufgehoben. Auch gegen die Kündigung des Veranstaltungsorts hatte die *NPD* vor dem Landgericht Kassel Erfolg. Eine Gegendemonstration mit etwa 50 Personen verlief störungsfrei.

Das ehrenamtliche Magistratsmitglied der Stadt Frankfurt am Main, Erich Gutjahr, Mitglied des *NPD*-Bundesvorstandes und des Vorstandes des Landesverbandes Hessen, beleidigte im Mai in einem Zeitungsinterview den Bundespräsidenten

Wahlergebnisse der *NPD* bei den hessischen Kommunalwahlen am 12. März 1989

Orte	1989		1985	1989
	Stimmen	%	%	Mandate
Kreiswahlen				
Main-Kinzig	10.888	5,2	—	5
Hersfeld-Rotenburg	4.093	4,9	0,8	—
Wetterau	7.276	4,7	1,3	—
Rheingau-Taunus	1.533	1,6	—	—
Gemeindewahlen				
Wölfersheim	923	17,5	11,5	6
Leun	220	6,9	—	2
Frankfurt am Main	20.575	6,6	—	7
Ehringshausen	310	6,4	—	2
Münzenberg	204	6,1	—	2
Bad Hersfeld	996	5,6	—	3
Gelnhausen	621	5,4	1,5	2
Reichelsheim	170	3,4	—	—
Großkrotzenburg	101	2,6	—	—
Rüsselsheim	288	1,0	—	—

und äußerte sich antisemitisch und ausländerfeindlich. Dem vom NPD-Parteivorstand eingeleiteten Parteiausschlußverfahren kam Gutjahr mit seinem Rücktritt als Stadtrat und seinem Austritt aus der NPD zuvor.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Die 1969 gegründete Jugendorganisation der NPD *Junge Nationaldemokraten (JN)* konnte ihre Mitgliederzahl auf 900 (1988: 800) erhöhen. Die JN stimmt mit der politischen Ideologie und den Zielsetzungen der NPD überein, will diese aber kämpferischer und aggressiver vertreten. Verdeutlicht wurde diese Haltung bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Wahlabsprachen mit der DVU – Liste D. Große Teile der JN opponierten gegen die vom NPD-Parteivorstand befürwortete Zusammenarbeit. Das vierteljährlich erscheinende JN-Organ *Junge Stimme* hat eine Auflage von rund 1.200 Exemplaren.

Der 18. Bundeskongreß fand im Juli in Herne/Westfalen statt. An ihm nahmen etwa 100 Personen, darunter auch Vertreter aus Hessen, teil. Zum neuen Bundesvorsitzenden wurde Thilo Kabus aus Berlin gewählt. Nach seiner Auffassung sollten künftig neue JN-typische Themen wie moderner Nationalismus, Souveränitätsfrage, «Überfremdungsproblematik» und der «Dritte Weg» jenseits von Kapitalismus und *realem Sozialismus* entwickelt werden.

Die JN haben in Hessen unverändert etwa 80 Mitglieder. Der 17. Landeskongreß im Dezember in Rotenburg a. d. Fulda fand bei der Bevölkerung kaum Beachtung. Die vom JN-Kreisverband Frankfurt am Main herausgegebene Jugend-Schülerzeitung *Der Adler* erschien mit nur einer Ausgabe in einer Auflage von unverändert 6.250 Exemplaren.

Deutsche Volksunion – Liste D (DVU – Liste D)

Die aus der *Deutschen Volksunion (DVU)* hervorgegangene DVU – Liste D (D steht für Deutschland) wurde 1987 auf Initiative des Münchener Verlegers Dr. Gerhard Frey in engem Zusammenwirken mit der NPD gegründet. Ihr gehören etwa 25.000 Personen an. Sie ist damit die mitgliederstärkste Partei im rechtsextremistischen Bereich. Dr. Frey, der Bundesvorsitzende, gibt die Mitgliederzahl mit 35.000 an.

Die Partei setzte ihren bundesweiten organisatorischen Ausbau fort. Sie unterhält nun in allen Bundesländern einschließlich Berlin (West) Landesverbände.

Die politische Ausrichtung der DVU – Liste D wird fast ausschließlich durch die Wochenzeitungen von Dr. Frey bestimmt, dem *Deutschen Anzeiger* mit einer Auflage von 20.000, der *Deutschen National-Zeitung* mit einer Auflage von 70.000 und der *Deutschen Wochen-Zeitung* mit einer Auflage von 22.000 Exemplaren. Während die verfassungsfeindliche Zielsetzung der DVU – Liste D aus dem Programm der Partei nur ansatzweise herzuleiten ist, wird besonders in diesen Blättern der rechtsextremistische Charakter der Partei deutlich. Im Vordergrund steht eine fremdenfeindliche und antisemitische Polemik. Das NS-Regime wird verharmlost und rechtfertigend dargestellt.

Am 4. März fand in Planegg bei München der Bundesparteitag der DVU – Liste D, verbunden mit einer Großkundgebung unter dem Motto «Erst Deutschland – dann Europa», statt. Zu den etwa 1.000 Teilnehmern gehörten auch Funktionäre der NPD. Dr. Frey wurde ohne Gegenstimmen als Bundesvorsitzender bestätigt.

Die DVU – Liste D nutzte die Ereignisse in der DDR zur Agitation gegen die demokra-

tischen Parteien der Bundesrepublik. In den Zeitungen von Dr. Frey wurde unter Schlagzeilen wie «Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt» und «Wiedervereinigung jetzt! Der Volkswille triumphiert» ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland propagiert. Ohne die «unbeirraren Nationalen» wäre die «völkliche» Einheit durch «Separatisten» zerstört worden.

Im übrigen waren die Aktivitäten der *DVU – Liste D* auf den Europawahlkampf ausgerichtet. Zu dieser Wahl am 18. Juni hatte sie mit der *NPD* ein Bündnis geschlossen und eine gemeinsame Bundesliste aufgestellt. Auf Platz 1 kandidierte Dr. Frey und auf Platz 3 der *NPD*-Vorsitzende Mußgnug. Die *DVU – Liste D* führte bundesweit einen mit hohem finanziellen und propagandistischen Aufwand betriebenen Wahlkampf, für den nach Angaben von Dr. Frey etwa 18 Millionen DM bereitgestellt wurden. Auf eine erste Wahl-Postwurfsendung im Januar, die an 28 Millionen Haushalte ging, folgten im Mai nochmals 27 Millionen Exemplare einer Wahlkampfzeitung. Daneben führte sie etwa 25 Großveranstaltungen und weit mehr als 300 Wahlkundgebungen durch, die nicht selten von gewalttätigen Angriffen politischer Gegner begleitet waren.

Die *DVU – Liste D* erzielte bei der Europawahl am 18. Juni bundesweit 444.921 Stimmen (= 1,6%), in Hessen 58.037 Stimmen (= 2,3%). Entgegen der veröffentlichten Meinung der Parteivorstände waren weite Teile der *DVU – Liste D* – Anhänger vom schwachen Abschneiden der Partei enttäuscht, zumal sie gehofft hatten, die «Fünfprozent-Hürde» überspringen zu können.

In Hessen fanden von den ursprünglich zwölf vorgesehenen Wahlveranstaltungen lediglich drei statt. An den Wahlveranstaltungen in Darmstadt und Wiesbaden betei-

ligten sich jeweils bis zu zehn Personen. In Wölfersheim-Berstadt nahmen etwa 180 Personen teil. Hier kam es zu Störungen durch etwa 100 Gegendemonstranten.

Bei der Europawahl erhielt die *DVU – Liste D* in Hessen in den kreisfreien Städten 11.544 (= 2,2%) und in den Landkreisen 46.493 (= 2,3%) Stimmen. In den kreisfreien Städten erzielte sie ihr bestes Ergebnis mit 3,0% in Offenbach, ihre niedrigsten Ergebnisse mit jeweils 1,7% in Darmstadt und Kassel. Ein überdurchschnittliches Wahlergebnis erreichte sie in Wölfersheim. In dieser Wetterau-Gemeinde konnte sie 508 Wähler für sich gewinnen (= 12,8%), lag aber damit unter dem Wahlergebnis der *NPD*, die hier bei der Kommunalwahl im März 923 Stimmen (= 17,5%) erringen konnte.

Der im Juli 1988 gegründete Landesverband Hessen der *DVU – Liste D* wird seit Oktober von Bernd Frankenberger aus Gernsheim geführt. Dem aus 16 Personen bestehenden Landesvorstand gehören zwei *NPD*-Mitglieder an. Der Landesverband hat etwa 2.500 Mitglieder. Kreisverbände gibt es nach wie vor nur in Frankfurt am Main und Wiesbaden.

Wiking-Jugend (*WJ*)

Zu den ältesten rechtsextremistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland zählt die im Jahre 1952 gegründete *Wiking-Jugend*, die sich in der Tradition der *Hitler-Jugend* versteht. Sie wird nach dem Führerprinzip geleitet und hängt einer germanisierenden Nordlandideologie an. Die *WJ* empfindet sich mit ihren unverändert 400 Mitgliedern als «heranzubildende Elite». Mit Flugblattaktionen vor Schulen und ihrer Zeitschrift *Wiking* wendet sich die *WJ* hauptsächlich an die Altersgruppe der 15- bis 20jährigen.

Im Gegensatz zu ihrer Erklärung, daß «im Zentrum ihrer jugendpflegerischen Aufgabe» die «Brauchtumpflege» stehe, vermitteln die Zeltlager der *WJ* jedoch eher den Eindruck paramilitärischer Übungslager. Die traditionellen Pfingst- und Sommerlager fanden wie immer in Hetendorf bei Celle statt. Sie dienten auch der ideologischen Schulung.

Zum Jahreswechsel brannte die *WJ*, wie schon seit über 20 Jahren, in der Gemarkung Simmershausen in der Rhön ihr «Silvestermahnfeuer» ab. An dem bis zuletzt geheimgehaltenen Versammlungsort, einem Steinbruch, entzündeten etwa 20 Personen Fackeln, sangen Lieder und riefen Parolen in Richtung innerdeutsche Grenze. Da der Landrat des Kreises Fulda die Veranstaltung wie in den Vorjahren verboten hatte, wurde die Versammlung von der Polizei aufgelöst und die Teilnehmer von der Polizei in Gewahrsam genommen. Eine weitere Gruppe von 20 Personen reiste in die DDR und demonstrierte dort. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung verhinderte die Polizei durch Kontrollen im Raum Hilders bei Fulda Zwischenfälle, wobei es zu Festnahmen von 17 *WJ*-Anhängern kam. Insgesamt dürften an der Veranstaltung etwa 70 Personen beteiligt gewesen sein, von denen 50 vorläufig festgenommen und erst am frühen Neujahrsmorgen wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Bei den Festgenommenen wurden u. a. vier Schreckschußwaffen, ein Schießkugelschreiber und eine Gaspistole sichergestellt. Gegen das Treffen hatte ein Aktionskomitee *Nie wieder Faschismus* zu einer Kundgebung an gleicher Stelle aufgerufen. Diese angemeldete Veranstaltung verlief mit etwa 80 Teilnehmern ohne Zwischenfälle, wobei die Polizei bei einer Überprüfung der Personen einige waffenähnliche Gegenstände fand.

Für das Jahr 1990 hat die *WJ* eine verstärkte Mitgliederwerbung beschlossen.

Sie plant mit speziellen Informationsveranstaltungen, bei denen ihr Ruf als Nachfolgeorganisation der *Hitler-Jugend* besonders verdeutlicht werden soll, an die Öffentlichkeit zu treten.

Neonazistische Bestrebungen

Als neonazistisch werden in der Tradition des *Nationalsozialismus* stehende rechtsextremistische Bestrebungen bezeichnet, deren Träger sich als «revolutionäre Kampfgemeinschaft» verstehen. Sie wollen die parlamentarische Demokratie beseitigen und statt ihrer einen Führerstaat auf rassistischer Grundlage nach dem Vorbild *Hitlers* errichten.

«Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front»

Nach dem unanfechtbar gewordenen Verbot der *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)* und ihrer Untergliederungen *Aktion Ausländerrückführung (AAR)* und *Freundeskreis deutsche Politik (FK)* im Jahr 1983 schlossen sich ehemalige *ANS/NA*-Mitglieder und andere Neonazis zu der nach ihrer Auffassung organisatorisch nicht faßbaren «*Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front*» zusammen. Sie traten bei verschiedenen Anlässen auch unter den Bezeichnungen «*Bewegung*» oder «*Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers*» (*KAH*) auf. Als Propagandainstrument benutzten sie die von ihnen unterwanderte *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)*. Für die «*Gesinnungsgemeinschaft*» ist *Hitler* «die Heilsgestalt der arischen Rasse». Sie sieht sich selbst als Keimzelle der neuzugründenden *NSDAP* und fordert die Aufhebung des *NSDAP*-Verbotes.

Im Sommer 1986 gab es innerhalb der

«Bewegung» Führungsstreitigkeiten. Sie spalteten die «*Gesinnungsgemeinschaft*» in eine von Jürgen Mosler aus Duisburg angeführte Gruppe und eine von Kühnen gesteuerte Anhängerschaft.

Die Aktivitäten der «*Gesinnungsgemeinschaft*» stagnieren. Der aktionsbereite Personenkreis dürfte auf Bundesebene nur noch aus etwa 90, in Hessen aus etwa 25 Aktivisten bestehen. Das Verbot der *Nationalen Sammlung (N.S.)*, eine gescheiterte Mitgliederwerbung sowie die Räumung des von dem Kühnen-Flügel als «Zentrale» genutzten «Höllenhauses» in Frankfurt am Main ließen die Anhänger resignieren, was zur weiteren inneren Zerstrittenheit und zum Rücktritt einiger Führungspersonen führte. Auch Kühnen stellte aufgrund des desolaten Zustandes der «*Gesinnungsgemeinschaft*» seine Arbeit für sie ein und erklärte, er wolle sich fortan primär um den Aufbau eines «schwarz-weiß-roten Blocks als Wahlbündnis und spätere Wahlpartei» bemühen. Dabei schwebt ihm vor, bis Ende 1990 eine «*nationalsozialistische Kaderbewegung*» aufzubauen.

Die Spaltung der «*Bewegung*» übertrug sich auch auf die nur wenige Mitglieder zählende *Deutsche Frauenfront (DFF)* und führte dort zu einem mehrheitlichen Einfluß von Mosler-Anhängern. Seit Februar wird die *DFF* von Ines Zaunmüller, einer in Argentinien lebenden Deutschen, geführt, die als überzeugte *Nationalsozialistin* enge Kontakte zur rechtsextremistischen Szene der Bundesrepublik Deutschland unterhält und diese finanziell unterstützt.

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
(FAP)

Ehemalige Anhänger der verbotenen *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)*, die trotz des Verbots

ihre Aktivitäten nicht einstellen wollten, traten in die 1979 von dem Kaufmann Martin Pape in Stuttgart gegründete *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei* ein. Diese in den ersten Jahren ihres Bestehens völlig unbedeutende, damals nicht eindeutig rechts-extremistische Gruppierung entwickelte sich durch den zunehmenden Eintritt ehemaliger Angehöriger der verbotenen *ANS/NA* zur inzwischen mitgliederstärksten neonazistischen Organisation. Viele Mitglieder treten auch als «*Bewegung*» oder «*Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front*» auf.

Der Führungsstreit innerhalb der «*Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front*» führte auch zur Spaltung der *FAP* in Anhänger Kühnens, der selbst kein Mitglied der Partei ist, und Anhänger Moslers. Die Fronten verhärteten sich bis zur offenen Feindschaft. Es kam zur Wahl zweier Bundesvorstände der *FAP*, von denen jeder von sich behauptete, die «wahre» *FAP* zu repräsentieren. Dies führte dazu, daß der Bundeswahlleiter die vom Mosler-Flügel angeforderten Unterlagen zur Europawahl 1989 zunächst mit der Begründung verweigerte, es müsse erst innerhalb der *FAP* geklärt werden, welcher Vorstand legitimiert sei, die Partei zu vertreten. Da die Führungspersonen beider Lager offenbar befürchteten, die *FAP* könne durch ihre Spaltung und zwei miteinander konkurrierende Bundesvorstände den Status als politische Partei und damit den gesteigerten Schutz gegenüber Verbotsmaßnahmen der Verwaltungsbehörden verlieren, verbreiteten sie Anfang Februar eine auf den 8. Januar datierte Vereinbarung, mit der sie die offenen Auseinandersetzungen für beendet erklärten. Der von den Kühnen-Anhängern gewählte Vorstand trat zurück, die Kühnen-Gruppe erkannte nunmehr den von Mosler-Anhängern gewählten Bundesvorstand mit dem Vorsitzenden Friedhelm Busse an. Busse war früher Leiter der 1982 verbotenen *Volkssozialisti-*

...schen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBd/PdA) und verbüßte von 1983 bis 1986 eine Haftstrafe wegen der Unterstützung von Neonazis bei den Vorbereitungen zu einem Banküberfall.

Trotz der weiterhin bestehenden Differenzen beider Parteiflügel beteiligten sich die Kühnen-Anhänger am Wahlkampf der FAP zur Europawahl, der fast ausschließlich vom Mosler-Flügel gesteuert wurde. Ein Sonderparteitag am 13. Mai in Eversen, Kreis Celle, stand ganz im Zeichen der Europawahlen. In Hessen beschränkten sich die Wahlkampfbemühungen im wesentlichen auf die Verbreitung von Propagandamaterial; für mehr fehlten die personellen und finanziellen Voraussetzungen. Die Kühnen-Anhänger klebten wiederholt illegal Plakate und brachten Aufkleber an. Während der Verbreitung ihrer Flugschriften versuchten sie – meist erfolglos – mit Straßenpassanten zu diskutieren.

Bei der Wahl am 18. Juni erhielt die FAP bundesweit 19.151 (= 0,1%), in Hessen 2.047 (= 0,1%) Stimmen. Die höchsten Stimmenzahlen erreichte sie in Frankfurt am Main mit 193, im Landkreis Offenbach mit 159 und im Main-Kinzig-Kreis mit 156, die niedrigsten in Darmstadt und Kassel mit 30 bzw. 32 Stimmen. Innerhalb der FAP wurde das Wahlergebnis unterschiedlich bewertet: Während sich Kühnen grundsätzlich zufrieden zeigte, bezeichneten führende Funktionäre des Mosler-Flügels das Abschneiden als enttäuschend, zumal man sich im Hinblick auf die Wahlkampfkostenerstattung einen Stimmenanteil von 0,5% erhofft hatte.

Die Mitgliederzahl der Partei ging zurück. Der FAP gehörten am Ende des Berichtsjahres einschließlich des Kühnen-Flügels bundesweit nur noch etwa 330 (1988: 450) Mitglieder an. Sie sind in sechs Landesverbänden (Baden-Württemberg, Bayern,

Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein) sowie in mehreren Kreisverbänden und Kameradschaften zusammengefaßt. In Hamburg tritt der kühnenorientierte FAP-Flügel unter der Bezeichnung *Nationale Liste (NL)* und in Bremen als *Deutsche Alternative/Die nationale Protestpartei (DA)* auf. Als offizielle Publikationen der Mosler-FAP erscheinen monatlich die Schriften *FAP-Intern*, *Der Mädelbrief*, *Der Volksgenosse*, *Deutscher Standpunkt* und *Die Werkschar*.

Aufgrund der Stagnation des kühnenorientierten FAP-Flügels ist seine Anhänger-schaft in Hessen von 40 auf etwa 20 Personen gesunken. Auch bundesweit dürfte sie von 170 auf etwa 130 Personen zurückgegangen sein.

Organisatorisch gibt es in Hessen neben dem FAP-Landesverband (Kühnen-Flügel) eine Kreisorganisation in Frankfurt am Main sowie einige wenige Kameradschaften und Stützpunkte in Mittel- und Südhessen. Als Publikation dieses Parteiflügels erscheint monatlich *Die Neue-Front*.

Die Aktivitäten des kühnenorientierten hessischen Landesverbandes der FAP waren Anfang des Jahres auf den Wahlkampf der *Nationalen Sammlung (N.S.)* zur hessischen Kommunalwahl am 12. März ausgerichtet. Am 11. März fand in Albungen, Werra-Meißner-Kreis, der Landesparteitag statt. Daran nahmen etwa 90 Neonazis teil, die überwiegend aus anderen Bundesländern angereist waren. Die Mitglieder des Landesverbandes wählten einen neuen Landesvorstand, der sich aus sechs Personen zusammensetzt. Neuer Landesvorsitzender wurde Heinz Oskar Reisz, der zuvor die Liste der N.S. bei der Hessischen Kommunalwahl in Langen angeführt hatte.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen führten schließlich dazu, daß Mosler-

Anhänger am 4. November in Dillheim, Kreis Wetzlar, einen eigenen *FAP*-Landesverband gründeten. Von den etwa 50 Veranstaltungsteilnehmern wurde Manfred Girr aus Braunfels zum Landesvorsitzenden gewählt. Damit gibt es jetzt in Hessen zwei Landesverbände der *FAP*.

Offensichtlich in Unkenntnis der Gründung dieses gegnerischen Landesverbandes veranstaltete die kühnentreue *FAP*-Hessen am 11. November in Dreieich-Götzenhain einen Außerordentlichen Landesparteitag mit etwa 100 Personen. An ihm nahmen erstmals seit der Spaltung der «*Gesinnungsgemeinschaft*» im Sommer 1986 auch der *FAP*-Bundesvorsitzende Friedhelm Busse sowie mehrere moslerorientierte Anhänger der *FAP* teil. Busse gab dabei eine gemeinsame Vereinbarung vom Oktober bekannt, die zwischen führenden Funktionären des moslerorientierten Bundesvorstandes und des kühnenorientierten hessischen Landesvorstandes abgeschlossen worden war. Darin wurde die «Waffenstillstands-Erklärung» vom Januar bekräftigt. Der von Kühnen-Anhängern beherrschte Landesverband der *FAP*, der im November 1988 vom «Busse-Bundesvorstand» für aufgelöst erklärt worden war, wurde damit anerkannt und Heinz Oskar Reisz als Landesvorsitzender bestätigt. Dieser stellte eine von ihm verfaßte «Denkschrift zum Wahlbündnis *NEUBEGINN*, Arbeitskreis für deutsch-alternative Politik» vor. Danach tritt die hessische *FAP* für ein Wahlbündnis zwischen der Bundes-*FAP*, der *Deutschen Alternative (DA)* in Bremen, der *Nationalen Liste (NL)* in Hamburg sowie der *Nationalistischen Front (NF)* in Nordrhein-Westfalen ein. Zum Abschluß des Parteitages faßten die Teilnehmer einen Beschluß «zur Haltung der Landespartei bei der Bundestagswahl im Dezember 1990 und gegenüber der Partei *Die Republikaner*». Danach will die *FAP* Hessen im Rahmen von *NEUBEGINN* Direktkandidaten zur Bundestagswahl auf-

stellen und eine Wahlempfehlung zugunsten der *Republikaner* abgeben, soweit es die Zweitstimme für die Landesliste angeht.

Beide *FAP*-Flügel treten angesichts der Veränderungen in der DDR verstärkt für eine Wiedervereinigung ein und sehen in den Übersiedlern aus der DDR ein Mitgliederreservoir, das sich entsprechend ihren Vorstellungen auch gegen die unerwünschten Aussiedler und «Scheinasylanten» ausspielen läßt.

Zum 100. Geburtstag *Hitters* am 20. April hatten Neonazis interne Jubiläumsfeierlichkeiten im In- und Ausland, aber auch spektakuläre Aktionen geplant. Die eigene organisatorische Schwäche hinderte sie jedoch an der Durchführung.

Am 19. August demonstrierten in Wunsiedel aus Anlaß des zweiten Todestages von Rudolf Heß etwa 200 Rechtsextremisten. Die Polizei nahm 23 Personen, davon eine aus Hessen, wegen Vergehens gegen versammlungs- und waffengesetzliche Vorschriften sowie wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung vorläufig fest. Gegen die Veranstaltung hatten zuvor etw 450 Personen demonstriert. Beide Veranstaltungen waren zunächst vom Landratsamt Wunsiedel verboten, die Versammlungsverbote aber vom zuständigen Verwaltungsgericht wieder aufgehoben worden.

Etwa 15 Anhänger der hessischen *FAP* verteilten am 7. Oktober in Langen im Übergangwohnheim für Aus- und Übersiedler die Flugschrift *Willkommen, Deutsche Landsleute* sowie die kühnenorientierte Kampfzeitung *Freiheit*. In den Schriften wurden die angespannten Wohnverhältnisse angeprangert, die durch «tausend Aussiedler», u. a. aus Polen und der Sowjetunion, entstanden seien.

Nach einer Zusammenkunft von 25 Gesinnungsgenossen mit dem Vorsitzenden der *FAP* Hessen am 21. Oktober in Langen demonstrierten die Teilnehmer in Hochheim am Main. Sie führten brennende Fackeln, die ehemalige Reichskriegsfahne sowie eine schwarz-weiß-rote Fahne mit sich und riefen über Megaphon die Parolen «Deutschland den Deutschen», «Ausländer raus», «Nieder mit der Tyrannei – schlagt die rote Front entzwei». Der Demonstrationzug wurde von der Polizei aufgelöst. Dabei wurden drei Personen vorübergehend festgenommen und Messer, Holzknüppel und Schreckschußwaffen sichergestellt.

Die am 15. Juli 1988 in Frankfurt am Main von hessischen Mitgliedern und Anhängern der *FAP* gegründete *Nationale Sammlung (N.S.)* wurde durch Verfügung des Bundesministers des Innern vom 27. Januar gemäß § 3 Vereinsgesetz verboten. Der Bundesminister des Innern stellte in der Verbotsverfügung fest, daß die gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Tätigkeit der *N.S.* nicht länger hingenommen werden kann. Bei dem Vollzug des Verbots am 9. Februar in sieben Bundesländern mit Schwerpunkt in Hessen wurden neben umfangreichem Schriftmaterial eine bundesweite Mitgliederliste, Hakenkreuzembleme, -fahnen und -armbinden sowie Teile von Schußwaffen und Utensilien zur Herstellung von Munition sichergestellt.

Die *N.S.* focht die Verbotsverfügung an. Mit Beschluß vom 1. März lehnte es das Bundesverwaltungsgericht ab, die aufschiebende Wirkung der Klage gegen die Verbotsverfügung herzustellen. Auch das von der *N.S.* angerufene Bundesverfassungsgericht wies mit Beschluß vom 7. März das Begehren zurück, die sofortige Vollziehbarkeit der Verbotsverfügung durch eine einstweilige Anordnung aufzu-

heben. Die *N.S.* sei keine politische Partei und daher nicht parteifähig.

Die zuletzt etwa 200 Mitglieder zählende *N.S.* stützte sich ideologisch auf das Gedankengut des *NSDAP*-Programms von 1920 in der Interpretation, die Kühnen in den vergangenen Jahren vorgenommen hatte. Sie trat in der Agitation für die Kommunalwahl am 12. März vorwiegend mit ausländerfeindlichen Parolen und durch die Verwendung *nationalsozialistischer* Kennzeichen in Erscheinung.

Unmittelbar nach dem Verbot der *N.S.* gründete Kühnen in München die *Initiative Volkswille*, die als Agitationsplattform gedacht ist und keine Organisation im herkömmlichen Sinne sein soll. In einer sog. «Freiheitscharta 1989», die die «programmatische Basis» der *Initiative* darstellen soll, fordert Kühnen u. a. «Schluß mit der Verfolgung von Parteien und Organisationen» sowie «Schluß mit der politischen Verfolgung von Systemkritikern». Die «Freiheitscharta 1989» wurde im Laufe des Jahres wiederholt bei regionalen und überregionalen Aktionen als Flugblatt verbreitet.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (*HNG*)

Die *HNG* zählt mit derzeit etwa 200 Mitgliedern im Bundesgebiet (Hessen: 35) zu den mitgliederstärksten neonazistischen Vereinigungen und betreut inhaftierte Gesinnungsgenossen. Im Berichtsjahr gewährte sie etwa einem Dutzend Häftlingen und deren Angehörigen finanzielle Zuwendungen. Vorsitzende der *HNG* ist seit 1984 Christa Goerth aus Bielefeld, ein ehemaliges Mitglied der verbotenen *ANS/NA*. Die monatlich erscheinenden *Nachrichten der HNG* haben eine Auflagenhöhe von rund 300 Exemplaren. Sie enthalten u. a. jeweils eine aktualisierte «Gefangenenliste» so-

wie Anschriften und Briefe dieser «nationalpolitischen Gefangenen». Die HNG will künftig die Öffentlichkeitsarbeit verstärken, um eventuell auf diesem Wege die in fast allen Justizvollzugsanstalten bestehenden Haus- bzw. Besuchsverbote für die HNG überwinden zu können.

Auf der Jahreshauptversammlung der HNG am 18. März in Heemsen/Niedersachsen bestätigten die etwa 70 Teilnehmer die Vorsitzende in ihrer Funktion und wählten den aus Hessen stammenden Detlef Theile, Mitarbeiter eines im rechts-extremistischen Bereich bekannten Rechtsanwaltes aus Hamburg, als Beisitzer in den Vorstand. Zu ihrem 10jährigen Bestehen demonstrierte die Organisation am 1. Juli in Karlsruhe. An der Veranstaltung nahmen etwa 70 Personen teil.

Deutsche Bürgerinitiative e.V. (DBI)

Die Aktivitäten der *Deutschen Bürgerinitiative e.V. (DBI)* beschränkten sich im wesentlichen auf die Herausgabe von Schriften. Verfasser ist der 1982 als Rädelsführer der rechtsterroristischen *Deutschen Aktionsgruppen* zu 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilte ehemalige Leiter der DBI, Manfred Roeder. Er setzte seine Versuche fort, mit den von ihm in der Haft verfaßten Publikationen *Deutsche Bürgerinitiative e.V. – weltweit*, *Der Fackelträger* und *Deutscher Jahrweiser* mit einer Auflagenhöhe von je 1.000 bis 2.000 Exemplaren auf seine Gesinnungsgenossen politisch einzuwirken. Sein Antrag auf Strafaussetzung nach Verbüßung von zwei Dritteln der verhängten Freiheitsstrafe wurde im November vom Oberlandesgericht Stuttgart zwar abgelehnt, weil er nach wie vor den Führerstaat *nationalsozialistischer* Prägung anstrebe und die rechtsstaatlichen Institutionen bekämpfe; die von Roeder gegen diese Entscheidung eingelegte Beschwerde hatte jedoch Erfolg. Der Bundes-

gerichtshof hob im Januar 1990 den Beschluß des Oberlandesgerichts auf und setzte die Vollstreckung des Strafrestes von mehr als vier Jahren zur Bewährung aus. Die Bewährungszeit wurde auf 4½ Jahre festgesetzt und die Entscheidung damit begründet, daß es für die Annahme des aufgehobenen Beschlusses, Roeder werde im Falle der vorzeitigen Entlassung seine politischen Ziele und Vorstellungen weiterhin mit Gewalt durchzusetzen versuchen, an hinreichenden Anhaltspunkten fehle. Es könne daher unter einschränkenden Auflagen wie der Bewährungszeit verantwortet werden zu erproben, ob der Verurteilte außerhalb des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird. Sollte sich Roeder auf der Grundlage seiner von *nationalsozialistischem* Gedankengut durchsetzten politischen Überzeugung zu Äußerungen hinreißen lassen, die durch die Meinungsfreiheit nicht mehr gedeckt seien, müßte die Strafaussetzung widerrufen werden. Roeder wurde am 12. Februar 1990 aus der Haft entlassen.

Die sonstigen Aktivitäten der DBI beschränkten sich auf zwei Freundestreffen in Schwarzenborn/Knüll mit jeweils etwa 50 Teilnehmern, die von der Ehefrau Roeders geleitet wurden.

Neonazistische Ausschreitungen

Die Zahl der erfaßten Ausschreitungen mit rechtsextremistischer Motivation hat sich in Hessen mit 176 Stör- und Schmieraktionen sowie antisemitischen oder neonazistischen Drohungen gegenüber dem Vorjahr (118) erheblich erhöht. Die Aktionen galten wiederum meist Asylbewerbern, Ausländern, Bürgern jüdischen Glaubens, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und Presseorganen. Die regionalen Schwerpunkte lagen in Frankfurt am Main (69), Wiesbaden (39) und Marburg (24). Hier waren besonders Schulen und Fried-

höfe betroffen. Außer Hakenkreuzen und SS-Runen wurden u. a. wiederum folgende Parolen geschmiert: «Ausländer und Asylananten raus», «Jude verrecke», «Juden ins KZ», «Toter Jude – guter Jude», «Türke verrecke», «Heil Hitler».

Im Zusammenhang mit dem 100. Hitler-Geburtstag im April waren Hakenkreuzschmierereien u. a. in Marburg, Michelstadt, Frankfurt am Main und anderen hessischen Orten sowie Schändungen von Grabsteinen auf den jüdischen Friedhöfen in Bad Soden am Taunus und in Wetter (Hessen) zu verzeichnen. Auf der Burg ruine in Merenberg bei Limburg wurde eine Hakenkreuzfahne gehißt. In Frankfurt am Main, Marburg und Hanau erhielten jüdische oder deutsch-israelische Einrichtungen Flugblätter mit neonazistischen Parolen und Hakenkreuzen zugesandt. In Frankfurt am Main konnten vier Personen ermittelt werden, die für die Schmierereien verantwortlich waren.

Im August tauchten an einer Schule in Hanau Aufkleber und im Dezember an der Kunsteisbahn in Wiesbaden Schmierereien mit rechtsextremistischem Inhalt auf, zu denen sich eine *NF Bielefeld* bekannte. Das Ziel der *Nationalistischen Front (NF)*, die überwiegend in Nordrhein-Westfalen, Berlin (West), Bremen und Baden-Württemberg aktiv ist, ist die Errichtung eines «Volksstaates», der über eine «antikapitalistische Sozialrevolution» durchgesetzt werden soll. Die *NF* tritt für die «schrittweise Ausweisung aller Ausländer» ein. Weitere Aufkleber und Schmierereien zeigten Parolen wie: «Besatzer raus», «Ausländer raus», «Macht kaputt, was Euch kaputt macht», «Kein Wahlrecht für Juden», «Juden raus», «Dachau, na und».

1989 wurden in Hessen sieben Brandanschläge bekannt, deren Umstände auf die Täterschaft von Rechtsextremisten hindeuten. Betroffen waren u. a. SPD-Büros, Asylbewerber- bzw. Aussiedlerunterkünfte

sowie Objekte mit ausländischen Bewohnern.

Strafrechtliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten

Am 10. Februar verurteilte das Landgericht München Michael Kühnen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz in einer Berufungsverhandlung zu einer Geldstrafe von 900 DM. Kühnen hatte am 28. Mai 1988 eine nichtangemeldete Versammlung in der Münchener Fußgängerzone durchgeführt und dabei eine Rede über seine politischen Ziele gehalten. Das Urteil ist rechtskräftig. Kühnen ist mehrfach, zumeist wegen Propagandadelikten, vorbestraft.

Vom Landgericht Gießen wurde am 31. März der Neonazi Ernst Tag wegen Hehleri, Beihilfe zur schweren räuberischen Erpressung und Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt. Die erneute Hauptverhandlung war erforderlich geworden, nachdem der Bundesgerichtshof das Urteil des Landgerichts Gießen vom 15. März 1988 teilweise aufgehoben hatte. Das Gericht sah es auch diesmal als erwiesen an, daß Tag sein als «Nationales Zentrum» bezeichnetes Anwesen in Weidenthal (Kreis Bad Dürkheim) teilweise mit Beutegeldern aus zwei Banküberfällen eines bereits 1987 verurteilten früheren NS-Aktivisten finanziert hatte. Diesem hatte Tag für einen weiteren Banküberfall eine Maschinenpistole zur Verfügung gestellt. Das Urteil ist rechtskräftig.

Das Landgericht Bochum verurteilte am 30. Juni Jürgen Mosler und zwei andere führende Aktivisten der *FAP* wegen Volksverhetzung und Durchführung einer nicht angemeldeten öffentlichen Versammlung. Es wurden Freiheitsstrafen von sieben Monaten auf Bewährung und von neun Mona-

ten ohne Bewährung verhängt. Die Angeklagten hatten am 22. August 1988 anlässlich des ersten Todestages von Rudolf Heß einen Demonstrationzug zum Gedenken an den *Hitler*-Stellvertreter angeführt, bei dem Parolen wie «Ausländer raus», «Blut muß fließen» und «Rache für Heß» gerufen wurden. Die Urteile sind rechtskräftig.

Ideologie gibt, hielten ihre Vertreter, Parteien, Gruppen und Einzelpersonen am gemeinsamen Ziel der Errichtung eines autoritären oder totalitären Staates fest. Ihre Aktivitäten dauerten unverändert an, wobei die Agitation wiederum von Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus geprägt war.

Das Amtsgericht – Schöffengericht – Frankfurt am Main verurteilte am 7. März 1990 den ehemaligen *NPD*-Funktionär Erich Gutjahr wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu einer Geldstrafe von 6.000 DM. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Der Aufwärtstrend im rechtsextremistischen Bereich, der auch in anderen westeuropäischen Ländern festzustellen ist, hat sich fortgesetzt. *NPD* und *DVU – Liste D* konnten ihre Mitgliederzahlen deutlich erhöhen. Die *NPD* konnte – wie schon im Vorjahr – relativ gute Wahlergebnisse erzielen. Allerdings blieb der erhoffte politische Durchbruch bei der Europawahl aus, obwohl der gemeinsame Wahlkampf von *DVU – Liste D* und *NPD* mit großem finanziellen und propagandistischen Auf-

Beurteilung

Obwohl es im rechtsextremistischen Bereich keine einheitliche und systematische

Mitgliedschaften in rechtsextremistischen Organisationen* (1987–1989)

Organisationen	1989		1988		1987	
	Bund	Hessen	Bund	Hessen	Bund	Hessen
<i>Nationaldemokratische Organisationen</i>						
gesamt:	8.000	800	7.250	800	7.000	750
<i>NPD</i> :	7.000	700	6.400	600	6.000	600
<i>JN</i> :	900	80	800	80	750	60
<i>Organisationen um Dr. Frey**</i>	25.000	2.500	18.600	1.650	15.100	1.450
<i>Neonazistische Organisationen</i>						
gesamt:	1.300	100	1.900	150	2.100	200
<i>FAP</i> :	330	30	450	30	500	30
Sonstige Organisationen	3.200	200	3.200	200	3.100	150
Summe der Mitgliedschaften	37.500	3.600	30.950	2.800	27.300	2.550
Tatsächliche Mitgliederzahlen nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	35.900	3.500	28.300	2.700	25.200	2.300

* Aufgeführt sind nur Mitglieder von Beobachtungsobjekten. Mitglieder der Partei *Die Republikaner* sind nicht berücksichtigt. 1989 wurde nur der Landesverband Nordrhein-Westfalen von der dortigen Landesbehörde als Beobachtungsobjekt geführt.

** Der *DVU*-Bundesvorsitzende Dr. Frey gibt dazu höhere Mitgliederzahlen an.

wand betrieben wurde. Dies führte bei vielen Mitgliedern zu Enttäuschung. Die *NPD* zeigte mit ihrem Ergebnis bei den hessischen Kommunalwahlen, daß sie in Hessen auch weiterhin der bestimmende Faktor im rechtsextremistischen Lager ist.

Seit dem Verbot der *Nationalen Sammlung (N.S.)* stagnieren die neonazistischen Gruppen in Hessen. Auch bundesweit ist angesichts des schwachen Abschneidens der *FAP* bei der Europawahl und der trotz Einigungsversuchen anhaltenden Differenzen der beiden *FAP*-Flügel ein Aufwärtstrend nicht zu erkennen, zumal die Mitgliederzahlen zurückgegangen sind. Die Auswirkungen des vom hessischen Landesvorstand initiierten Zusammenschlusses *NEUBEGINN* bleiben abzuwarten.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß trotz der Aufwärtsentwicklung der *NPD* einschließlich ihrer Jugendorganisation und der Organisationen um Dr. Frey die freiheitliche demokratische Grundordnung durch rechtsextremistische Bestrebungen auch 1989 nicht gefährdet war.

Allerdings hat die am Ende des Berichtsjahres begonnene Entwicklung zur deutschen Einheit einen erheblichen Motivationsschub bei den Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland ausgelöst. Rechtsextremistische Gruppierungen haben erste Kontakte in der DDR geknüpft und sind dort auf Resonanz gestoßen. Es muß daher damit gerechnet werden, daß die rechtsextremistische Szene in einem vereinten Deutschland noch weiter anwachsen wird.

Linksextremistische Bestrebungen

Orthodoxer Kommunismus

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die 1968 gegründete *DKP* steht in der Tradition und Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen *Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)*. Trotz Reformpolitik und krisenhaften Veränderungen in den Staaten des *Warschauer Paktes* bekennt sie sich unbeirrt zu ihren marxistisch-leninistischen Grundpositionen und zu ihrer Rolle als «revolutionäre Partei der Arbeiterklasse». Der überraschende Umbruch in der DDR mit täglich neuen Enthüllungen über Korruption und Machtmißbrauch der alten *SED*-Führung sowie die Öffnung der Grenzen am 9. November mit dem daraus resultierenden Ende der finanziellen Zuwendungen durch die *SED* in Höhe von etwa 70 Millionen DM jährlich trafen die durch interne Richtungskämpfe geschwächte *DKP* unvorbereitet und erschütterten sie in ihren Grundpositionen.

Erster Vorsitzender der *DKP* war von 1973 bis März 1990 Herbert Mies. Seitdem wird die Partei von einem vierköpfigen Sprecherrat geleitet. Die Zahl der *DKP*-Mitglieder ist im Berichtsjahr von 35.000 auf 22.000 zurückgegangen. Als einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland gab die *DKP* bis zum Jahresende ihr Zentralorgan *Unsere Zeit (UZ)* als Tageszeitung heraus, die Auflage betrug 20.000 Exemplare. Ab Januar 1990 erscheint die *UZ* nur noch als Wochenzeitung. Die vom *DKP*-Parteivorstand zweimonatlich herausgegebene Funktionärszeitschrift *Praxis – Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei* wurde Mitte des Jahres in ein Mitgliedermagazin umgewandelt, das dem Dialog und Erfahrungsaustausch innerhalb der Partei und mit der Parteifüh-

rung dienen soll. Es erscheint in einer Auflage von 15.000 Exemplaren. Ferner gibt der *DKP*-Parteivorstand in unregelmäßiger Folge einen *DKP-Pressedienst* und einen *info-dienst* mit Material der *DKP*-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen heraus. Theoretisches Organ der *DKP* ist die bisherige Monatsschrift *Marxistische Blätter* (Auflage 7.300 Exemplare), die seit Januar 1990 nur noch zweimonatlich erscheint. Die *DKP*-nahe *Progress-Press-Agentur GmbH (PPA)* veröffentlichte einen *PPA-Tagesdienst* mit Berichten über Aktivitäten der *DKP* und ihr nahestehender Organisationen. Sie stellte im Dezember ihren Betrieb ein. Nach eigenen Angaben hatte die *PPA* einen Jahresumsatz von 1,3 Millionen DM. Die Gesellschaft soll aufgelöst werden.

Der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen unter dem Vorsitz von Rudi Maurer aus Frankfurt am Main gehören noch etwa 3.200 Mitglieder mit weiterhin abnehmender Tendenz (1988 etwa 4.500 Mitglieder) an. Sie sind in 20 Kreisorganisationen, 110 Orts- oder Wohngebietsgruppen, 44 Betriebsgruppen und vier Hochschulgruppen zusammengefaßt. Die Gruppen geben zahlreiche Kleinzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Ferner veröffentlicht der *DKP*-Bezirksvorstand in unregelmäßiger Folge die Schriften *DKP-kommunal*, *Parlaments- und Kommunal-Info* sowie *Bildungspolitische Meinungen*.

Die *DKP* hielt und hält weiterhin an ihren verfassungsfeindlichen Zielen fest. Ihre Programmatik ist im Parteiprogramm von 1978 und in den 1986 verabschiedeten Thesen des 8. Parteitages enthalten. Als «revolutionäre Partei der Arbeiterklasse» erstrebt sie die «grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse» mit dem Ziel einer «sozialistischen Bundesrepublik», in der «die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen die Macht

ausüben» (Parteiprogramm Seite 59 und These 38). Mit dieser Formulierung umschreibt sie die *Diktatur des Proletariats*, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar ist. Gemäß der revolutionären Theorie und Taktik Lenins soll das sozialistische Ziel über mehrere Etappen erreicht werden. Als erstes will die *DKP* das «Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse» und der bündnisbereiten «demokratischen Kräfte» verändern und eine «Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt» herbeiführen. Diese soll dann in eine «antimonopolistische Demokratie» (Periode grundlegender Umgestaltungen) münden und den Weg zum Sozialismus öffnen (*DKP-Programm*, Seite 33 und 66). Zu diesem Zweck propagiert die Partei ein breites Bündnis und als dessen Kern die «Aktionseinheit der Arbeiterklasse» (Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und Gewerkschaften). Wie sich der Weg zum Sozialismus konkret gestalten, hänge vor allem von der Stärke der revolutionären Partei und ihrer Bündniskräfte sowie «von den Formen des Widerstandes der Reaktion» ab. Der «unvermeidliche Widerstand des Großkapitals» soll «im harten Kampf» überwunden werden (*DKP-Programm*, Seite 66).

Der *DKP*-Parteivorstand erklärte am 16. Dezember in einem Beschluß «Für den Erhalt und die Reorganisation der *DKP* – für einen realistischen Neuanfang», die *DKP* solle als «revolutionäre Partei der Arbeiterklasse» erhalten und auf der Grundlage der Theorien von Marx, Engels und Lenin erneuert werden. Die Krise in den sozialistischen Ländern ändere nichts an dem «grundlegenden Ziel der kommunistischen Partei: Sozialismus als die einzige humanistische Alternative zum real existierenden Kapitalismus in der BRD». Die vom «Imperialismus» hervorgebrachten globalen Probleme würden mehr denn je eine kommunistische Partei erfordern, die den «aktiven Klassenkampf gegen dieses

System» führe (*UZ-Beilage* vom 20. Dezember 1989, Seite 22).

Die als Folge der Reformpolitik Gorbatschows in der *DKP* entstandenen Flügelkämpfe zwischen dogmatischen Traditionalisten und reformwilligen *Erneuerern* nahmen an Schärfe und Unversöhnlichkeit zu. Die *Erneuerer* fordern den Bruch mit dem von der «Kommunistischen Internationale» geformten Partei-Typ, in dem Beschlußdisziplin und Fraktionsverbot zu Instrumenten für die Niederhaltung von Alternativen und oppositionellen Strömungen in den eigenen Reihen umfunktioniert wurden. Entschieden wiesen die *Erneuerer* den Vorwurf zurück, sie wollten die *DKP* ihres revolutionären Charakters berauben. Es gehe ihnen um die Wiedergewinnung einer revolutionären, kommunistischen Identität. Ein Sprecher der *Erneuerer* betonte bei der Tagung des *DKP*-Parteivorstandes am 26./27. August, in der *DKP* seien Strömungen entstanden, «die in Grundfragen weit auseinandergehen, die aber gemeinsame Wurzeln in den Lehren von Marx, Engels und Lenin haben und die am Konzept einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse für die heutige Zeit arbeiten» (*DKP-Informationen* Nr. 29 – September 1989, Seite 28).

Auf ihrem 9. Parteitag vom 6. bis 8. Januar in Frankfurt am Main verabschiedete die *DKP* eine Entschließung «Zu den Aufgaben der *DKP* im Jahr 1989». Darin bekannten sich die Delegierten einmütig zum revolutionären Kampf für eine «sozialistische BRD». Traditionalisten und *Erneuerer* hielten an ihren verfassungsfeindlichen Zielen fest. Im Bericht des Parteivorstandes versicherte der *DKP*-Vorsitzende Mies, die Partei stehe in der solidarischen Kampfgemeinschaft mit der *KPaSU* und der *SED*, halte an den «politisch-ideologischen Grundsätzen und den wissenschaftlichen Methoden des Marxismus-Leninismus» fest und werde «ihren Charakter als revolutionäre Partei» bewahren. Ihr Ziel bleibe

unverändert der Sozialismus als grundlegende Alternative zum «historisch überlebten Kapitalismus». Mies räumte ein, daß die Partei mit beispiellosen inneren Widersprüchen zu kämpfen hat (UZ vom 7. Januar 1989).

Die Neuwahl der Leitungsgremien stand ganz im Zeichen der personalpolitischen Auseinandersetzung zwischen Traditionalisten und *Erneuerern*. Die Zusammensetzung des von 94 auf 98 Mitglieder vergrößerten Parteivorstandes änderte sich jedoch nur unwesentlich. Das Gremium bestand weiterhin überwiegend aus ehemaligen Mitgliedern der verbotenen KPD; 27 Mitglieder gehörten dem Parteivorstand erstmals an. Der Einfluß der *Erneuerer* ging zurück. Der Parteivorsitzende Mies (71,8% Ja-Stimmen) und seine Stellvertreterin Ellen Weber (67,7% Ja-Stimmen) wurden in ihren Ämtern bestätigt, mußten jedoch gegenüber früheren Wahlen deutliche Stimmeneinbußen hinnehmen. Erstmals in der Geschichte der DKP überstieg die Zahl der Kandidaten (110) die der zu wählenden Vorstandsmitglieder (98). In das Präsidium (20 Mitglieder) wurden drei *Erneuerer* gewählt, jedoch in das Sekretariat (neun Mitglieder) keiner. 52,4% der Mitglieder von Präsidium und Sekretariat waren bereits für die illegale KPD tätig.

Auch beim Fortsetzungsparteitag am 18. Februar in Wuppertal zeigten die Beratungen unverändert starre Fronten zwischen Traditionalisten und *Erneuerern*. Auf Veränderungen des Kräfteverhältnisses gerichtete Anträge wurden abgelehnt oder durch Vertagung vorläufig entschärft. Der Parteivorstand erhielt den Auftrag, Kommissionen zur Neufassung des Parteiprogramms sowie des Statuts und der Schiedsordnung zu bilden. Ein Antrag, diese Kommissionen anteilig mit Vertretern der unterschiedlichen Strömungen zu besetzen, fand ebenfalls keine Mehrheit. In seinem Schlußwort betonte Mies, die Par-

tei habe ihr einheitliches Bekenntnis zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung bekräftigt und eine Handlungsorientierung für eine friedensfähige und antifaschistische Bundesrepublik Deutschland erhalten.

Nach der erneuten Schwächung ihres Einflusses in den Führungsgremien der Partei veranstalteten die *Erneuerer* sogenannte Strömungstreffen zur offenen Diskussion und versuchten, sich bundesweit zu formieren. Das Präsidium der DKP brandmarkte diese Zusammenkünfte als «Geheimtreffen» und rief in einem dramatischen Appell alle Mitglieder auf, den Minderheitentreffen außerhalb der Partei entgegenzuwirken. Die zentrale Schiedskommission bezeichnete diese Treffen in einem Beschluß als parteischädigend, weil sie zur Fraktionierung und Spaltung der Partei führten. Der DKP-Parteivorstand wählte bei einer vorgezogenen Tagung am 27./28. Mai zwei *Erneuerer* aus dem Präsidium ab, ein dritter erklärte aus Protest seinen Rücktritt und legte später auch seine Funktion als Leiter des *Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)* der DKP nieder. Die Abwahl der *Erneuerer* stieß in Teilen der DKP auf Unverständnis und empörte Ablehnung. Eine vom Parteivorstand eingesetzte Kommission zur Klärung der strittigen Fragen erklärte nach zweimonatigen Bemühungen ihre Mission für gescheitert. Daraufhin eskalierten die Auseinandersetzungen, 16 Parteivorstandsmitglieder der *Erneuerer* verließen die Beratung des Parteivorstandes am 26./27. August, acht von ihnen traten zurück. Der Parteivorstand berief eine «Konferenz '89» am 14. Oktober in Bottrop ein, bei der etwa 500 Funktionäre und Mitglieder in fünf Arbeitsgruppen über die «Handlungsorientierung» der Partei 1989/90, den Umgang mit «Strömungen», die Erneuerung der Partei und die Entwicklung im *realen Sozialismus* diskutierten. Die reformwilligen Kräfte veranstalteten

vom 20. bis 22. Oktober in Frankfurt am Main einen «Kongreß Erneuerung», an dem über 2.000 Personen teilnahmen, darunter auch einige führende *DKP*-Funktionäre sowie Vertreter nichtextremistischer Organisationen. In 16 Arbeitsgruppen und sechs Foren wurden Perspektiven «linker Politik» und die Situation in der *DKP* diskutiert. Auf Beschluß des Kongresses wurde ein bundesweiter *Koordinierungsausschuß (KA)* mit Büro in Köln gegründet und im November die erste Ausgabe einer Schrift *Korrespondenz Erneuerung* herausgegeben. Die *Erneuerer* haben vor, über ihre «Vernetzung» und «Alternativen zur Deutschlandpolitik» bei einem Strategiekongreß am 31. März/1. April 1990 in Köln zu beraten.

Der Niedergang der *SED* und das damit verbundene Ende der finanziellen Zuwendungen durch diese Partei nach Öffnung der Grenzen am 9. November führte die *DKP* sowie die von ihr beeinflussten und finanziell abhängigen Organisationen in eine Existenzkrise. Die lange geleugnete finanzielle Abhängigkeit der *DKP* von der *SED* war nicht länger zu verheimlichen. Der *DKP*-Vorsitzende Mies gab in einem offenen Brief an Präsidium und Parteivorstand zu, die *SED* habe der Partei seit langem «finanzielle und materielle Solidarität» geleistet. Das Präsidium des *DKP*-Parteivorstandes gestand ein, die bisherige finanzielle Struktur der Partei sei zusammengebrochen. Der Leitungsapparat müsse deshalb neu geordnet und die gesamte Parteiarbeit künftig durch unbezahlte, ehrenamtliche Tätigkeit geleistet werden. Die Partei kündigte allen hauptamtlichen Mitarbeitern zum 31. Dezember und löste den größten Teil ihrer Geschäftsstellen auf.

Beim 10. Parteitag am 24./25. März 1990 in Dortmund bekräftigte die *DKP* ihre alten Ziele und betonte, eine politische Organisation sei notwendig, die nicht vor dem

Druck modern gewordener antisozialistischer Agitation kapituliere. Sie müsse sich auf der Grundlage der Theorien von Marx, Engels und Lenin als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse neu formieren und über die gemeinsame Erwirtschaftung finanzieller Mittel mit den kommunistischen Parteien Westeuropas diskutieren. Eine Anbindung der *DKP* an die *Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)* der DDR wurde von den 311 Delegierten mehrheitlich abgelehnt. Beide Parteien hätten verschiedene Konzeptionen. Die *DKP* sei eine kommunistische Partei, die *PDS* habe dagegen sozialdemokratische, kommunistische und andere Traditionslinien. Ziel sei ein Bündnis aller sozialistischen Kräfte in Deutschland. Langfristig gehe es um den eigenständigen organisatorischen Zusammenschluß der Kommunisten auf deutschem Boden. Das Desaster des *realen Sozialismus* zwingt zu einer radikalen Überprüfung bisheriger Vorstellungen. Auf der Grundlage eines neu verabschiedeten Parteistatuts wählten die Delegierten einen auf 50 Personen verkleinerten Parteivorstand und statt eines Parteivorsitzenden einen vierköpfigen Sprecherrat. Der bisherige Vorsitzende Mies war aus Gesundheitsgründen nicht zum Parteitag erschienen und hatte auf die erneute Kandidatur verzichtet. Als Gäste waren Vertreter der *KPdSU*, der kommunistischen Partei von El Salvador, der *PDS*, der *Vereinigten Linken* und des *Komitees zur Wiedergründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)* aus der DDR sowie der *Sozialistischen Einheitspartei Westberlins* erschienen. Der *PDS*-Vorsitzende Gysi entschuldigte sich in einem schriftlichen Grußwort «für das Maß an Verantwortung», das die alte *SED* am jetzigen Zustand der *DKP* habe. Nach eigenen Angaben verfügt die *DKP* jetzt noch über rund 20.000 Mitglieder; 40% der Mitglieder seien aus der Partei ausgetreten.

Die *DKP*-Bezirksorganisation Hessen hat-

te sich bis November eine im wesentlichen arbeitsfähige Parteistruktur erhalten. Die um Ausgleich zwischen *Erneuerern* und Traditionalisten bemühte Linie des Bezirksvorstandes scheiterte jedoch an der starren Haltung der Parteiführung. Danach nahmen auch in Hessen die Meinungsverschiedenheiten an Schärfe zu. In dieser Situation wurde die hessische Bezirksorganisation von den Enthüllungen über die Vorgänge in den Staaten des *realen Sozialismus* und über das Ausmaß der Abhängigkeit der *DKP* von der *SED* besonders erschüttert. Zahlreiche Mitglieder und Funktionäre kehrten der Partei den Rücken oder legten ihre Funktionen in Leitungsgremien nieder. Mehrere Grundorganisationen lösten sich auf. Die *DKP*-Betriebsgruppe bei den Volkswagenwerken in Baunatal erklärte in der letzten Ausgabe ihrer Betriebszeitung *Roter Käfer* vor ihrem Austritt aus der Partei – die Zeitung wurde danach eingestellt – enttäuscht:

«Wir verstehen heute sehr gut, wie viele Mitglieder der *SED-PDS* fassungslos vor der Wirklichkeit stehen. Wir wurden in Kenntnis gesetzt darüber, daß der gesamte hauptamtliche Apparat der Partei aus einem sogenannten «2. Topf» (neben den Mitgliedsbeiträgen und Spenden) gesponsert wurde, der sich aus *West-Unternehmen* der *SED* speiste. Somit ist heute das bewiesen, was wir jahrelang als Propaganda des Verfassungsschutzes bezeichnet haben. Wir wissen heute, daß nahezu jedes von der *DKP* zu verabschiedende Dokument entweder beim *ZK* der *SED* «vordiskutiert» oder gar verfaßt wurde.»

Trotz unterschiedlicher Gründe für den Austritt seien sie sich jedoch in folgendem einig:

«Wir bleiben entschiedene GegnerInnen des kapitalistischen Systems. Wir werden uns auch in Zukunft nicht mit sozialer Ungerechtigkeit und Ausbeutung abfinden und bleiben aktive

GegnerInnen einer Gesellschaftsordnung, die ihren Wohlstand zu großen Teilen aus der skrupellosen Ausbeutung der ärmeren Länder der Welt bezieht und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit Vorschub leistet» (*Roter Käfer*, Ausgabe Januar 1990).

Zur Kommunalwahl in Hessen am 12. März hatte die *DKP* in vier von fünf kreisfreien Städten, in 15 von 21 Landkreisen und im Umlandverband Frankfurt am Main sowie in 26 Gemeinden und 30 Ortsbezirken eigene Listen aufgestellt. Außerdem beteiligten sich *DKP*-Mitglieder in sieben Gemeinden und sieben Ortsbezirken an lokalen Wahlbündnissen.

In den Kreisen und kreisfreien Städten, in denen sie angetreten war, erhielt die *DKP* durchschnittlich 1% der Stimmen. Dies bedeutete eine Verdoppelung ihres Stimmenanteils gegenüber der Kommunalwahl 1985. Im einzelnen erzielte sie folgende Ergebnisse:

Kreisfreie Städte:

5.711 Stimmen = 0,8%

(1985: 2.686 Stimmen = 0,4%)

Landkreise:

19.913 Stimmen = 0,8%

(1985: 10.123 Stimmen = 0,4%)

Kreisangehörige Gemeinden:

13.012 Stimmen = 0,5%

(1985: 8.046 Stimmen = 0,3%)

Umlandverband Frankfurt:

10.947 Stimmen = 1,4%

(1985: 3.698 Stimmen = 0,5%)

In neun Gemeinden erhielt die *DKP* über eigene Listen insgesamt 37 Mandate (bisher 24 Mandate in acht Gemeinden) sowie unverändert fünf Sitze in vier Ortsbeiräten. Ein weiteres *DKP*-Mitglied errang ein Orts-

beiratsmandat durch Kandidatur auf einer Gemeinschaftsliste (Persönlichkeitswahl). Über Bündnislisten bekam die *DKP* weitere sechs Mandate in Gemeindeparlamenten und zwei in Ortsbeiräten. In insgesamt sieben Gemeinden ist die *DKP* im Gemeindevorstand/Magistrat und in einem Landkreis im Kreisausschuß vertreten. Außerdem bekleiden *DKP*-Mitglieder in drei Städten das Amt eines stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers.

Von ihren 37 Mandaten verlor die *DKP* bis Anfang Januar 1990 acht Mandate durch Parteiaustritte. Allein in Marburg verließen drei von vier Stadtverordneten der *DKP* die Partei und schlossen sich zu einer Fraktion *Unabhängige Linke (UL)* zusammen. Sie wollen an zentralen Punkten des von ihnen mitarbeiteten *DKP*-Kommunalwahlprogramms festhalten. Auch das Sekretariat des *DKP*-Kreisvorstandes Marburg-Biedenkopf betonte in seiner Rücktrittserklärung am 30. November: «Wir werden versuchen, auf der Basis unseres Kommunalwahlprogramms weiterzuarbeiten.»

Für die Europawahl reichte die *DKP* eine 77 Personen umfassende Bundesliste ein. Darauf entfielen 57.648 = 0,2% der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei der Europawahl 1979 – hier war die *DKP* letztmalig eigenständig angetreten – hatte sie bundesweit noch 112.197 = 0,4% der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten. In Hessen bekam die *DKP* 7.555 = 0,3% Stimmen (Europawahl 1979: 12.939 = 0,5%).

Mit Hilfe von ihr beeinflusster Organisationen setzte die *DKP* trotz der internen Schwierigkeiten ihre Bündnispolitik fort. Wichtigstes Aktionsfeld blieb zunächst der «Friedenskampf». Dieser verlor jedoch trotz vielfältiger Aktivitäten durch die erfolgreich verlaufenen Abrüstungsverhandlungen der Großmächte an öffentlichem Interesse. Deshalb rückte die «Antifaschismuskampagne» in den Vordergrund.

Im Rahmen dieser bündnispolitischen Bestrebungen beteiligten sich erneut Mitglieder der *DKP* und der von ihr beeinflussten Organisationen an der Vorbereitung und Durchführung der *Ostermärsche*. In Hessen folgten etwa 13.500 Personen, die zum überwiegenden Teil den verfassungsfeindlichen Zielen der *DKP* nicht nahestehen, dem *Ostermarsch* auf unter dem Motto «Modernisiert die Politik – nicht die Atomraketen! In Hessen abrüsten!» Neben dem zentralen hessischen *Ostermarsch* mit Abschlußkundgebung in Frankfurt am Main (3.300 Teilnehmer) fand auch ein regionaler *Ostermarsch*zug in Kassel (4.000 Teilnehmer) statt. Etwa 2.500 Personen beteiligten sich an einer Menschenkette um das Kernkraftwerk Biblis, darunter die stellvertretende *DKP*-Vorsitzende Ellen Weber. Das hessische *Ostermarsch*büro und die bundesweite *Informationsstelle Ostermarsch '89* waren in der Landesgeschäftsstelle Hessen der *DKP*-beeinflussten *Deutschen Friedens-Union (DFU)* in Frankfurt am Main untergebracht. Sprecher des *Ostermarsch*büros war der Landesgeschäftsführer der *DFU*-Hessen.

Der *Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung*, in dem Linksextremisten maßgeblich mitarbeiten, veranstaltete gemeinsam mit dem *Sowjetischen Friedenskomitee* vom 25. bis 31. Mai eine *deutsch-sowjetische Friedenswoche* mit rund 95 Einzelveranstaltungen.

Am 30. Januar besetzten 25 Vertreter «antifaschistischer» Gruppen, darunter ein hoher Funktionär der *DKP/VVN-BdA*, ein Büro der Deutschen Städtereklamen in Frankfurt am Main und verlangten von den Geschäftsführern, keine *NPD*-Wahlplakate mehr kleben zu lassen. Nach den Kommunalwahlen am 12. März kam es zu einer Welle von Protestaktionen gegen den Einzug von *NPD*-Abgeordneten in den Römer, in deren Verlauf auch Sachbeschädigungen verübt wurden. In diesem Zusammen-

hang forderte der Vorsitzende des *DKP*-Bezirksvorstandes Hessen: «Man muß dem Neofaschismus den Boden entziehen und das heißt, gegen die sozialreaktionäre Bonner Politik, gegen Massenarbeitslosigkeit und neue Armut kämpfen.» Wichtigstes bündnispolitisches Instrument der kommunistischen «Antifaschismus»-Kampagne war die *DKP*-gesteuerte *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)*.

Die *DKP* war weiterhin bemüht, Einfluß im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und in seinen Einzelgewerkschaften zu gewinnen. Ihre Mitglieder unternahmen erhebliche Anstrengungen, um gewerkschaftliche Funktionen zu übernehmen, dabei kommunistische Ideen und Forderungen einfließen zu lassen und die Kampfbereitschaft zu fördern. Anlässlich der Tarifaueinandersetzungen in der Druckindustrie im Februar/März übernahmen *DKP*-Mitglieder patenschaftliche Betreuung für streikende Arbeitnehmer und wirkten in lokalen Solidaritätskomitees mit. Mehrere Ausgaben einer vom *DKP*-Bezirksvorstand in großer Auflage herausgegebenen Zeitung *DKP-Streik-Soll* wurden von *DKP*-Mitgliedern vor hessischen Betrieben verbreitet. In ihrem Zentralorgan *Unsere Zeit* ließ die *DKP* hochrangige Gewerkschaftsfunktionäre sowie Betriebsräte aus bestreikten Betrieben zu Wort kommen. *DKP*-Betriebszeitungen gaben Extraausgaben heraus. Am 20. Mai veranstaltete die *DKP* in Duisburg ihre 3. Betriebsräte-, Personalräte- und Jugend- und Auszubildendenvertreter(innen)-Konferenz unter dem Motto «In Betrieb und Verwaltung: Solidarisch handeln, Gegenmacht stärken, die Zukunft gestalten!». Der beim Parteivorstand für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zuständige Abteilungsleiter erklärte vor etwa 350 Teilnehmern, die Wahlen zu den beruflichen Interessenvertretungen seien Herausforderung dafür, die globalen Probleme in

betrieblichen Arbeitsprogrammen anzugehen und zur Politisierung der Wahlen insgesamt zu nutzen. Die Zahl der Kommunistinnen und Kommunisten in beruflichen Interessenvertretungen sei gestiegen und die Bereitschaft zu kämpfen gewachsen. Anlässlich der Gewerkschaftstage der Fachgewerkschaften im DGB veranstaltete die *DKP* erneut ihre traditionellen Parteiabende für ihre Mitglieder und Anhänger unter den Delegierten.

Zur Unterstützung der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit gab die *Nachrichten-Verlags GmbH* in Frankfurt am Main die Monatsschrift *Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik* in einer Auflage von etwa 7.000 Exemplaren heraus. Die Zeitschrift, deren Redaktionskollegium und Herausgeberkreis überwiegend aus *DKP*-Funktionären bestand, stellte ihr Erscheinen zum Jahresende ein. In einer Presseerklärung wurde ausgeführt: «Alle am Projekt *Nachrichten* Beteiligten werden diese Arbeit als Gewerkschaftsmitglieder fortführen.»

Die Einführung des EG-Binnenmarktes 1992 fand zunehmend Eingang in die strategischen Überlegungen der *DKP*, insbesondere bei ihrer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Auf Initiative der *DKP* fand am 9./10. Februar in Kopenhagen eine internationale Konferenz statt, an der elf kommunistische Parteien aus dem EG-Bereich teilnahmen. Sie sprachen sich unter anderem für die Entwicklung und Erweiterung der direkten Zusammenarbeit von kommunistischen Betriebsgruppen in multinationalen Konzernen aus.

Die Zahl der Betriebsgruppen in Hessen ging von 55 auf 44 zurück. Ihre Arbeit litt besonders unter den innerparteilichen Richtungsdiskussionen und hatte kaum Außenwirkung. Die über 60 Betriebszeitungen der *DKP* in Hessen erschienen nur zum Teil und meist in unregelmäßiger Folge.

Ende Dezember offenbarte ein ehemaliger Sekretär des *DKP*-Bezirksvorstandes Hessen gegenüber der Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Frankfurt am Main seine Zugehörigkeit zu einer geheimen «*Militärorganisation der DKP*». Dieser in Kampfformationen, Kampfgruppen und Einsatzgruppen gegliederten Organisation hätten bundesweit 200 bis 300 besonders ausgesuchte *DKP*-Mitglieder angehört. Sie seien seit 1975 in einem Trainingscamp südlich des Scharmützelsees in der DDR im Schießen, Sprengen, Konspirieren und in Ideologie ausgebildet worden. Ihr Auftrag: gewappnet zu sein für den Schutz «revolutionärer Massenaktionen», die Abwehr von Neonazis, die Befreiung festgesetzter Genossen, für Sabotageakte gegen Züge und Fernmeldeeinrichtungen sowie für Anschläge auf ausgesuchte Personen. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* berichtete Anfang 1990 ausführlich hierüber. Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen wurden die Angaben von einem zweiten hessischen Angehörigen der «*Militärorganisation*» bestätigt. Die *DKP*-Führung dementierte heftig, wird aber kaum bestreiten können, daß es eine derartige Organisation mit solchen Zielen, bestehend aus *DKP*-Mitgliedern, tatsächlich gegeben hat. Ob sie formell der *DKP* oder der früheren *SED* zuzuordnen ist, erscheint angesichts der Verflechtung dieser «Bruderorganisationen» in der fraglichen Zeit zweitrangig. Bei der Abwehr der Vorwürfe wegen der «*Militärorganisation*» gab der *DKP*-Vorstand jedoch zu, über bisher ebenfalls geheimgehaltene konspirativ arbeitende «Ordnungsgruppen» zu verfügen. Dieser Apparat diene der «Sicherung und dem Schutz von eigenen Veranstaltungen, Aktivitäten und Demonstrationen gegen Provokationen von neonazistischen und anderen rechten Kräften».

In die Diskussionen über einen Neuanfang nach dem Zusammenbruch des *realen Sozialismus* mischen sich inzwischen auch

sehr radikale Töne. Das theoretische *DKP*-Organ *Marxistische Blätter* veröffentlichte Beiträge zum Thema «Kommunist sein? heute?», darunter den Artikel eines *DKP*-Kultur-Journalisten. Dieser erklärte darin: «Ob die kommunistische Partei in nächster Zeit eine brauchbare politische Formation sein wird, ist zweifelhaft. Vielleicht werden kleine Partisanengruppen benötigt: clever, verschlagen und sehr beweglich. Vielleicht wird eine *KP* als logistisches Zentrum ihre Rolle spielen dürfen . . . Mag sein, daß es für die westeuropäischen Kommunisten nötig sein wird, den Mut von Desperados zu entwickeln. Sie werden nicht mehr für, sondern nurmehr gegen etwas kämpfen» (*Marxistische Blätter*, Nr. 1/90, Seite 21). Ob derart radikale Töne bei Teilen der *DKP* auf fruchtbaren Boden fallen werden und mit welchen Auswirkungen, bleibt abzuwarten.

Nebenorganisationen der *DKP*

Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (*MSB*)

Der 1971 in Bonn gegründete *MSB Spartakus* hat 1987 seinen Namen in *Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus* geändert. Trotz erheblicher Mitgliederverluste ist der *MSB* mit etwa 1.800 Mitgliedern (1988: 3.500 Mitglieder) weiterhin der stärkste linksextremistische Studentenverband geblieben. Die organisatorische Struktur der Leitungsorgane wurde der rückläufigen Mitgliederzahl und dem veränderten Selbstverständnis der Organisation angeglichen. An die Stelle des bisherigen Bundesvorstandes trat eine basisdemokratisch arbeitende «GruppenvertreterInnenkonferenz». Sowohl die Sprecherin als auch die meisten Mitglieder des verkleinerten Sekretariats gehören zu den *Erneuerern*. Erstmals gehört diesem Gremium auch ein Mitglied der Partei *Die GRÜNEN* an. Das monatlich erscheinende

MSB-Organ rote blätter (Auflage rund 6.500 Exemplare) stellte Anfang 1990 sein Erscheinen ein.

Der *MSB* versteht sich weiterhin als «revolutionäre Studentenorganisation» und strebt einen parteiunabhängigen Zusammenschluß von Studenten links der SPD an. In absehbarer Zeit werde mit und um die *DKP* kein «gesellschaftlich relevantes revolutionäres Kraftzentrum» entstehen; deshalb müsse der *MSB* sein Verhältnis zu anderen Linkskräften neu bestimmen. Diese Neuorientierung des *MSB* führte zu tiefgreifenden Differenzen mit der *DKP*, die sich nach dem 11. *MSB*-Bundeskongreß (6. bis 8. Oktober in Köln) verstärkten. Die *DKP* schränkte ihre organisatorische und finanzielle Unterstützung schrittweise ein. Der *MSB* mußte seine Bundesgeschäftsstelle schließen und allen hauptamtlichen Mitarbeitern zum Jahresende kündigen.

In Hessen verfügt der *MSB* lediglich noch über rund 200 Mitglieder (1988: 800 Mitglieder).

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (*SDAJ*)

Die *SDAJ* wurde 1968 in Essen gegründet. Sie hat nur noch rund 2.000 Mitglieder (1988 etwa 6.500), die in Landes- und Kreisverbänden sowie in lokalen Gruppen organisiert sind. Der drastische Mitglieder-rückgang ist das Ergebnis der verschärften Auseinandersetzungen zwischen Traditionalisten und *Erneuerern* in der *SDAJ*. Beim 10. *SDAJ*-Bundeskongreß am 17./18. Juni in Dortmund entschied sich eine Mehrheit der Delegierten dafür, die *SDAJ* als revolutionäre, sozialistische Arbeiterjugend-Organisation zu erhalten, die in enger Verbundenheit mit der *DKP* auf der Grundlage der Ideen von Marx, Engels und Lenin wirke. Zentrales Leitungsgremium ist ein

Bundesarbeitsausschuß, dessen Sprecher Patrik Köbele der *DKP* angehört. Ziel des traditionalistischen Flügels der *SDAJ* ist eine «sozialistische Bundesrepublik», in der die Arbeiterklasse die politische Macht ausübt. Die *Erneuerer* versuchten erfolglos, einen bundesweiten «Diskussionszusammenhalt» aufzubauen. Infolge der Finanzkrise der *DKP* mußte auch die *SDAJ* ihre Büros zum Jahresende schließen und allen hauptamtlichen Mitarbeitern kündigen. Die *SDAJ*-Organe *elan – Das Jugendmagazin* (Auflage rund 8.000 Exemplare) und *Jugendpolitische Blätter* (Auflage rund 1.800 Exemplare) stellten ihr Erscheinen zum Jahresende ein. Seit Oktober wird als neues *SDAJ*-Organ die Monatsschrift *Treffpunkt Gruppe* herausgegeben.

Der *SDAJ*-Landesverband Hessen besteht nur noch aus etwa 300 Mitgliedern mit abnehmender Tendenz (1988: 1.200 Mitglieder). Landesvorsitzender ist Andreas Fröhlich. Bei der Landesdelegiertenkonferenz am 16./17. Dezember in Offenbach am Main konnten sich die Traditionalisten durchsetzen. Vom 22. bis 24. September führte die *SDAJ* Hessen in Frischborn bei Lauterbach unter dem Motto «Was tun gegen Nazis?» ein «Antifacamp» mit rund 100 Teilnehmern durch. In Diskussionsrunden, Workshops und Gesprächen mit Widerstandskämpfern wurden antifaschistische Strategien für den Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Verschärfung des Asylrechts diskutiert.

Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (*JP*)

Die Kinderorganisation der *DKP* *Junge Pioniere* wurde 1974 in Bottrop nach dem Vorbild der kommunistischen Staaten für Kinder zwischen sechs und 14 Jahren gegründet. Sie hat zwölf Landesverbände mit

etwa 1.500 Mitgliedern (1988: 3.000 Mitglieder) und wurde ebenfalls von den Auseinandersetzungen zwischen Traditionalisten und *Erneuerern* erfaßt. Der *JP*-Bundesvorsitzende Gerd Härtel trat im Oktober zurück. Er erklärte in einem Brief an die *JP*-Bundesleitung, er wolle nicht Rad in Strukturen sein, die er ablehne. Die enge Anbindung des Jugendverbandes an *DKP* und *SDAJ* habe zu Fremdbestimmung, zu un-demokratischen Absprachen sowie zur Unterordnung des *JP*-Sekretariats unter Beschlüsse von *DKP* und *SDAJ* geführt. Es wurde beschlossen, bei der siebenten Bundeskonferenz im März 1990 über die Identität des Verbandes, über Strukturen und Bewertung der Verbandsgeschichte zu diskutieren. In Vorbereitung der Konferenz fand am 19. November ein bundesweiter *Ratschlag* in Frankfurt am Main statt.

JP und *DKP* organisierten vom 27. Juli bis 6. August erneut preisgünstige Kinderferienreisen in die DDR. Durch Besichtigungen Volkseigener Betriebe und antifaschistischer Mahn- und Gedenkstätten sowie durch Besuche bei ausgesuchten Gastfamilien und *Pioniergruppen* der DDR sollte den zehn- bis 14jährigen Teilnehmern das Leben im Sozialismus als kinderfreundlich und erstrebenswert näher gebracht werden. Aus Hessen nahmen 110 Kinder an der Ferienaktion teil. Den Organisatoren gelang es nicht, das von der DDR zur Verfügung gestellte Kontingent auszu-schöpfen.

Institut für Marxistische Studien
und Forschungen e. V. (*IMSF*)

Das *IMSF* mit Sitz in Frankfurt am Main wurde 1968 von *DKP*-Funktionären gegründet. Als wissenschaftliches Institut der *DKP* hat es die Aufgabe, «die Arbeits-, Lebens- und Kampfbedingungen der Arbeiterklasse der Bundesrepublik zu analy-

sieren, die marxistische Theorie weiterzu-entwickeln und zur Erweiterung und Stärkung des Einflusses der marxistisch-leninistischen Weltanschauung im Lande beizutragen». Es arbeitete eng mit den *Instituten für Marxismus-Leninismus* und den *Akademien für Gesellschaftswissenschaften* bei den Zentralkomitees der *KPdSU* in Moskau und der *SED* in Berlin (Ost) sowie mit zahlreichen weiteren Instituten ähnlicher Aufgabenstellung zusammen.

Seit Juli ist Dr. Jürgen Reusch Direktor des *IMSF*. Der bisherige Direktor Dr. Heinz Jung war aus «Gesundheitsgründen» zurückgetreten. Er zählte zu den *Erneuerern* im Präsidium der *DKP*. Die Mehrzahl der Mitarbeiter und der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats gehört ebenfalls der *DKP* an. 1987 wurde beim Institut ein *Zentrum für Marxistische Friedensforschung (ZMF)* eingerichtet. Dem «wissenschaftlichen Kuratorium» des *ZMF* gehören 18 überwiegend kommunistische Wissenschaftler aus dem In- und Ausland an.

Das *IMSF* veranstaltete wissenschaftliche Tagungen, Kolloquien und Diskussionsrunden, gab im Eigenverlag Monographien, Broschüren, Informationsberichte, Analysen und Dokumentationen sowie ein umfangreiches Jahrbuch heraus.

Nach dem Stopp der konspirativen Finanzierung durch die *DKP/SED* geriet auch das *IMSF* in eine Existenzkrise. Das eigentliche «Forschungsinstitut» wurde aufgelöst. Die Arbeit soll auf der Basis ehrenamtlicher Mitarbeit und mit einem kleineren Büro fortgesetzt werden. Im Dezember wurde ein von 60 Personen aus «Wissenschaft und Gewerkschaft» unterzeichneter Spendenauftrag zur Rettung des *IMSF* veröffentlicht. Die eingehenden Beträge sollen für die Aufrechterhaltung von Büro und Bibliothek verwandt werden.

Marxistische Arbeiterbildung (MAB)

Die *Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB)* ist seit 1969 Dachorganisation der orthodox-kommunistischen *Bildungsgemeinschaften*. Die lokalen Gruppen der MAB sollen vor allem politisch Interessierten, die nicht der DKP angehören, marxistisches Grundwissen vermitteln, Antikommunismus abbauen und dadurch Wege zur marxistischen Bewegung öffnen. Als Teil der Arbeiterbewegung und Instrument der Sozialismuspropaganda will die MAB «sowohl Industriearbeiterschaft, Angestellte und Beamte, sowie zusätzlich wissenschaftlich-technische Intelligenz und andere lohnabhängige Schichten für den Kampf der Arbeiterklasse» gewinnen. Erster und zweiter Vorsitzender der MAB sind Funktionäre der DKP. Dem Vorstand gehören Vertreter von DKP, SDAJ, MSB *Spartakus* und IMSF an.

In Hessen waren die Aktivitäten der örtlichen *Bildungsgemeinschaften* weiter stark rückläufig. Die politisch-ideologischen Probleme der DKP wirkten sich lähmend auch auf die Arbeit der MAB-Gruppen aus.

DKP-beeinflußte Organisationen

Die DKP setzte ihre Bemühungen fort, durch Bündnisse mit nichtkommunistischen Parteien und Kräften zu einer Massenbasis für ihre Nahziele und zu größerem politischen Einfluß zu gelangen. Sie stützt sich dabei auf etwa 50 regional und überregional tätige Organisationen und Initiativen, die nach außen meist unabhängig erscheinen, tatsächlich aber erheblich von der DKP beeinflusst werden. Oft sind nur wenige Schlüsselfunktionen in den Leitungsgremien – vor allem im organisatorischen Bereich – mit Mitgliedern der DKP besetzt, deren Wirken im Sinne der DKP-Bündnispolitik von der demokratischen

Mehrheit nicht erkannt oder aber toleriert wird. Die DKP will weder, daß die von ihr beeinflussten Organisationen offen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, noch daß die in diesen Organisationen tätigen Kommunisten als DKP-Mitglieder bekannt werden. Absicht der DKP ist es, über solche Organisationen Forderungen zu erheben, die für sich betrachtet nicht gegen die Verfassung verstoßen, aber mit kommunistischen Teilzielen übereinstimmen oder kommunistischen Interessen dienen. Die Arbeit der von der DKP beeinflussten Organisationen ist am wirksamsten, wenn der kommunistische Einfluß von den Zielgruppen nicht erkannt wird.

Nach Fortfall der finanziellen Zuwendungen durch die DKP/SED stehen jedoch seit Ende des Berichtsjahres viele Bündnisorganisationen vor ihrem finanziellen Ruin. Das Ausmaß ihrer Abhängigkeit von der DKP war nicht länger zu verheimlichen. Viele Mitglieder erfuhren erstmals durch ihre eigene Organisation, was bisher stets als Verleumdung durch den Verfassungsschutz bezeichnet worden war, daß nämlich Personalentscheidungen und politische Grundsatzentscheidungen über ihre angeblich unabhängige Vereinigung beim DKP-Parteivorstand getroffen wurden. Das ganze konspirative System der Bündnispolitik geriet ins Wanken.

Wichtigstes Organ der kommunistischen Bündnispolitik war die bis Jahresende wöchentlich in einer Auflage von 32.000 Exemplaren erschienene *Volkszeitung*. Ende November rief die Redaktion die Leser zur Solidarität auf und erklärte, sämtliche Anzeigenaufträge aus der DDR im Wert von jährlich 1 Million DM seien gekündigt und damit die finanzielle Basis der Zeitung zerstört worden. Unter Vorsitz der stellvertretenden Chefredakteurin wurde ein Verein *Wochenzeitung* gegründet, der das Organ mit Hilfe von Kapitaleinlagen der etwa 23.000 Abonnenten fortführen will.

Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes –
Bund der Antifaschisten (*VVN-BdA*)

Die 1947 gegründete *VVN* fügte 1971 ihrem Namen den Zusatz *Bund der Antifaschisten* hinzu, um auch jüngere Mitglieder zu gewinnen. Auf Bundesebene hat die *VVN-BdA* nahezu 14.000 Mitglieder, organisiert in zehn Landesverbänden. Sechs selbständige Gruppierungen sind ihr korporativ angeschlossen. Der Einfluß der *DKP* auf die *VVN-BdA* blieb trotz der internen Schwierigkeiten der *DKP* und der Ereignisse in der DDR ungeschmälert. Zwei Drittel der Mitglieder des Bundesvorstandes und des Präsidiums sind Kommunisten. Der Generalsekretär ist Mitglied des *DKP*-Partei Vorstandes. Er zeichnete auch verantwortlich für die vom Bundesvorstand der *VVN-BdA* regelmäßig herausgegebenen Publikationen *antifaschistische Rundschau* (Auflage: 12.000 Exemplare) und *antifaschistischer Informations- und Presdienst*.

Der Landesverband Hessen der *VVN-BdA* besteht aus 16 Kreisvereinigungen mit etwa 1.500 Mitgliedern. Auf der Landesdelegiertenkonferenz am 22./23. April in Marburg wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Fast drei Viertel der neuen Vorstandsmitglieder gehören der *DKP* an.

Die totale Abhängigkeit von der *DKP* wurde im Dezember offenbar, als die *DKP* die Finanzierung der *VVN-BdA* stoppte. Die Bundesgeschäftsstelle in Frankfurt am Main mußte daraufhin zum 31. Dezember schließen. Allen hauptamtlichen Mitarbeitern wurde gekündigt. Die vom Bundesvorstand herausgegebenen Publikationen wurden eingestellt.

Bei einer Bundesvorstandssitzung der *VVN-BdA* am 13. Januar 1990 traten Präsidium und Sekretariat zurück, um den Weg freizumachen «für notwendige Verände-

rungen und für einen glaubhaften Neubeginn». Gegen den Widerstand eines Teils der Bundesvorstandsmitglieder setzte die Mehrheit eine Kommission ein, die das Ausmaß der bisherigen Abhängigkeit von der *DKP* aufdecken soll. Nach Angaben des ehemaligen Organisationssekretärs der *VVN-BdA* wurden bisher sämtliche Personalentscheidungen für die *VVN-BdA* vom Parteivorstand der *DKP* getroffen. Ein Kommissionsmitglied erklärte darauf, die *VVN-BdA* müsse von derartigen «parteipolitischen Abhängigkeiten und finanzieller Erpressung» befreit werden, damit das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes noch eine Zukunft habe. Es wurde beschlossen, daß über die weitere Tätigkeit der *VVN-BdA* ein Außerordentlicher Bundeskongreß im ersten Halbjahr 1990 entscheidet.

Auch der Landesverband Hessen der *VVN-BdA* kündigte den hauptamtlichen Mitarbeitern und den Mietvertrag über die Räume der Landesgeschäftsstelle. Die künftige Arbeit soll auf ehrenamtlicher Basis erfolgen.

Schwerpunkt der *VVN-BdA*-Tätigkeit blieb der «Kampf um antifaschistische Aktions-einheit gegen Neofaschismus und Antikommunismus». Zahlreiche lokale und regionale antifaschistische Bündnisse unter Mitwirkung der *VVN-BdA* verstärkten nach dem Wahlerfolg der *Republikaner* in Berlin ihre Aktivitäten. Zu weiteren Protestaktionen kam es nach dem Erfolg der *NPD* bei den hessischen Kommunalwahlen am 12. März. Noch am Wahlabend demonstrierten etwa 4.000 Personen gegen den Einzug von *NPD*-Abgeordneten in den Römer. Im Sommer griff der Richtungsstreit der *DKP* auch auf die *VVN-BdA* über. In ihren Führungsgremien wurde darüber gestritten, ob die Rolle der Organisation in der Stalin-Zeit aufgearbeitet werden soll und wie ein «moderner Antifaschismus» auszusehen hat. Am 11. November fand in

Gießen unter Beteiligung der *VVN-BdA* ein landesweiter «Antifaschistischer *Rat-schlag*» statt, bei dem etwa 400 Teilnehmer in 15 Arbeitsgruppen über Reaktionen gegen ein weiteres Anwachsen rechtsex-tremistischer Tendenzen diskutierten. Sie einigten sich, einen antifaschistischen *Koordinierungsausschuß* zu bilden, der die Antifa-Bewegung vernetzen und Aktionen zur Verhinderung des Einzugs faschisti-scher Parteien in demokratische Parla-mente vorbereiten soll.

Deutsche Friedens-Union (DFU)

Die *DFU* wurde 1960 in Stuttgart auf kom-munistisches Betreiben gegründet. Seit-dem spielt sie eine zentrale Rolle in der *Volksfrontpolitik* der *DKP*. Ihr gehören wei-terhin etwa 1.000 Mitglieder an, die in zehn Landesverbänden zusammengefaßt sind. Leitungsgremien der *DFU* sind der Bun-desvorstand und ein aus seiner Mitte ge-wählter zwölfköpfiger Arbeitsausschuß. Der Bundesvorstand gab regelmäßig ein *Abrüstungsinfo* und ein *info demokratie* heraus. In Hessen hat die *DFU* vier Be-zirksverbände mit etwa 150 Mitgliedern.

Durch die politische Entwicklung in der DDR und den Fortfall der finanziellen Zu-wendungen seitens der *DKP* geriet auch die *DFU* in eine existenzgefährdende Kri-se. Nach eigenen Angaben finanzierte sie ihre politischen Aktivitäten zu etwa 90% aus derartigen «Spendeneinnahmen». Diese seien jedoch angeblich mit keinen «politischen Bedingungen oder Wohlver-haltenserwartungen» verknüpft gewesen. Die *DFU* kündigte fast allen hauptamt-lichen Mitarbeitern, ebenso die Mietverträ-ge über die Räume der Bundesgeschäfts-stelle und der Landesgeschäftsstellen. Zur Milderung sozialer Härtefälle wurde ein Sozialfonds gegründet und zu Spenden aufgerufen. Ende Dezember stellten die vom Bundesvorstand herausgegebenen Publlkationen *Abrüstungsinfo* und *info de-*

mokratie ihr Erscheinen ein. Es wurde be-schlossen, daß im Frühsommer 1990 ein Unionstag über die Zukunft der *DFU* ent-scheidet. In Hessen will sie auf ehrenamt-licher Basis und mit verkleinertem Apparat politisch aktiv bleiben.

Trotz ihrer geringen Mitgliederzahl wirkte die *DFU* koordinierend und initiiierend im Rahmen des kommunistischen «Friedens-kampfes» sowie bei der Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Verfas-sungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst. Sie bemühte sich hierbei besonders um bürgerliche und christliche Kreise mit dem Ziel, antikommunistische Vorbehalte abzu-bauen. Für diese Aufgaben unterhielt sie einen aufwendigen und leistungsfähigen Apparat, dem zahlreiche Kommunisten an-gehörten. Im Juni verabschiedete die *DFU* nach zweijährigem Diskussionsprozeß eine neue programmatische Erklärung. Darin bezeichnet sie sich als «Teil der nationalen und weltweiten Bewegung für Frieden und Abrüstung, Gerechtigkeit und Demokratie» und behauptet, in der Bun-desrepublik Deutschland würden Verfas-sung und Verfassungswirklichkeit weit auseinanderklaffen. Die antikommunisti-sche Ideologie grenze wichtige Auffassun-gen aus dem politischen Meinungsspek-trum aus und mache Bürger durch «Be-rufsverbote» und «Terroristengesetze» zum potentiellen Sicherheitsrisiko. Prä-gendes Element der *DFU*-Aktivitäten sei deshalb der Kampf gegen den Antikommunismus. Als Teil und Partner der demokratischen Bewegung fühle sie sich verpflich-tet, demokratische Bündnisse zu stärken.

Die Landesgeschäftsstelle der *DFU* Hes-sen war wieder Sitz der bundesweiten *In-formationstelle Ostermarsch*. Der *DFU*-Landesgeschäftsführer zeichnete verant-wortlich für das Spendenkonto. Die vorbe-reitenden Gespräche zur Durchführung der *Ostermärsche* wurden im wesentlichen über ihn koordiniert.

Die Friedensliste

Die *Friedensliste* wurde am 18. März 1984 in Bad Godesberg unter maßgeblicher kommunistischer Beteiligung als *Personenbündnis zur Europawahl 1984* gegründet. Dem Bundesvorstand der *Friedensliste* gehören überwiegend Mitglieder der *DKP* und der von ihr beeinflussten Organisationen an. Die *Friedensliste* muß 1,2 Millionen DM Abschlagszahlung auf Wahlkampfkostenerstattung zurückzahlen, weil sie bei der *Europawahl* nicht kandidiert hat. Sie befindet sich jedoch in finanziellen Schwierigkeiten und dürfte zur Rückerstattung kaum in der Lage sein.

Nach einem im Juni veröffentlichten Beschluß des Bundesvorstandes hat die *Friedensliste* ihre Arbeit auf Bundesebene faktisch eingestellt, weil es für sie im Gegensatz zur regionalen Ebene derzeit keine Möglichkeit für erfolversprechende politische Arbeit gebe. In einem «Diskussionspapier zur Entwicklung des Personenbündnisses *Friedensliste*» erklärt sie ihr Scheitern u. a. damit, daß sich immer mehr Bündnispartner «zum Spielball unterschiedlicher Meinungen innerhalb der *DKP* degradiert» gefühlt hätten.

Zur hessischen Kommunalwahl am 12. März hatte die *Friedensliste* in zwei Städten Kandidatenlisten aufgestellt. Sie konnte in Bad Homburg v. d. Höhe 1,6% und in Bad Vilbel 1,3% der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Im Vorwort ihres kommunalpolitischen Programms für Bad Homburg v. d. Höhe erklärte sie: «Der Unterstützerkreis der *Friedensliste* im Hochtaunuskreis hat sich entschlossen, auch nach der Bundestagswahl weiterzuarbeiten. Unsere Aktivitäten sollen fortgeführt und auch parlamentarisch wirksam werden.» Spitzenkandidatin war hier ein Mitglied des Bundesvorstandes der *Friedensliste*.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)

Das *KFAZ* wurde 1974 in Bad Godesberg unter maßgeblicher Beteiligung der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen gegründet. Es ist ein wichtiges bündnispolitisches Instrument des kommunistischen «Friedenskampfes». Das *Komitee* verfügt weder über eine Satzung noch über feste Organisationsstrukturen. Zentrales Leitungsgremium ist das *Büro*. Von den 16 *Büro*mitgliedern gehören mehr als die Hälfte persönlich oder über ihre Organisation dem sowjetisch gesteuerten *Weltfriedensrat* (*WFR*) an. Das *KFAZ* gibt sechsmal jährlich ein *Friedens-Journal* in einer Auflage von je 4.500 Exemplaren heraus. Die Jahresendausgabe wurde zusätzlich an 12.000 Personen als Dank für Spenden oder andere «Freundschaftsbeweise» versandt.

Am 18./19. November veranstaltete das *KFAZ* in Köln eine Tagung zum Thema «Gemeinsame Zukunft». Vor dem Hintergrund der revolutionären Veränderungen in Osteuropa diskutierten etwa 60 Teilnehmer Perspektiven der *Friedensbewegung*. Gesucht wurde insbesondere nach Möglichkeiten, den Kampf um Abrüstung mit aktuellen Problemen zu verknüpfen und hierdurch politische Bedeutung zurückzugewinnen.

Obwohl auch das *KFAZ* über nachlassende finanzielle und politische Unterstützung vieler «kommunistischer Freundinnen und Freunde» klagt, ist es offensichtlich in der Lage, seine Aktivitäten weiterhin aufrechtzuerhalten.

Demokratische Fraueninitiative (DFI)

Die 1975 in Bonn mit Unterstützung der *DKP* als *Initiative Internationales Jahr der Frau '75* gegründete und 1976 in *Demokratische Fraueninitiative* umbenannte Frauenvereinigung umfaßt etwa 100 lokale Gruppen ohne feste Mitgliedschaft. Die Zahl der Gruppen ist stark rückläufig. Leitungsgremium ist ein *Zentraler Arbeitskreis (ZAK)*, dem 38 Frauen angehören, darunter Kommunistinnen und Funktionärinnen *DKP*-beeinflusster Organisationen. Für die laufende Arbeit der Bundesgeschäftsstelle in Essen wählte der *ZAK* fünf Frauen (bisher sechs), überwiegend Mitglieder der *DKP*. Die *DFI* gibt zweimonatlich ihre Zeitschrift *Wir Frauen* in einer Auflage von 4.000 Exemplaren heraus. Deren verantwortliche Redakteurin erklärte im Dezember ihren Rücktritt aus dem Parteivorstand der *DKP*. Bei ihrer 6. Bundeskonferenz am 3. und 4. Juni in Düsseldorf verabschiedete die Gruppierung eine Neufassung ihrer vor neun Jahren erstellten Arbeitsgrundlage.

Extremistische Neue Linke

Marxistische Gruppe (MG)

Die revolutionär-marxistische Vereinigung *Marxistische Gruppe (MG)* entstand Anfang der 70er Jahre an bayerischen Hochschulen aus den von ehemaligen *SDS*-Mitgliedern gebildeten *Roten Zellen (RoTZ)*. Sie ist die zahlenmäßig stärkste und aktivste Vereinigung der extremistischen *Neuen Linken* und verfügt in 20 Städten über Gruppen. Ihr erklärtes Ziel ist die Überwindung und Zerschlagung der «kapitalistischen Gesellschaft» als «Staatsform der bürgerlichen Ausbeutung» durch eine «sozialistische Revolution».

Der regionale Schwerpunkt der *MG* liegt weiterhin in Bayern. Ihre Arbeit wird von einer Zentrale in München angeleitet. Bundesweit verfügt die *MG* inzwischen über etwa 5.000 fest in die Organisation eingebundene Anhänger. Ferner nehmen mehrere tausend Sympathisanten an regelmäßigen Schulungen (*Sympathisantenplenen*), Arbeitskreisen sowie öffentlichen Veranstaltungen teil, die ein beachtliches mobilisierbares Potential der *MG* bilden. Sie ist streng hierarchisch gegliedert und verhält sich konspirativ. Ihre Gliederungen, leitenden Gremien und finanziellen Verhältnisse werden geheimgehalten. Wahlen zur Besetzung der Führungsgremien und Abstimmungen über Aktionsvorhaben finden nicht statt. Die Finanzierung erfolgt über extrem hohe Beiträge und Spenden. In der Vereinigung sind insbesondere Studenten und Akademiker organisiert, die sich in jahrelangen internen Schulungen (*Plenen*) und weitgehend von der Öffentlichkeit abgeschirmt mit der revolutionären Theorie der *MG* vertraut gemacht haben. Sie beanspruchen ein Wahrheitsmonopol und verstehen sich als «Elite», die dem eigentlichen revolutionären Potential der Arbeiterklasse, das notwendige Rüstzeug für den Klassenkampf vermitteln soll.

In ihren Veröffentlichungen agitiert die *MG* mit einer zynischen, bewußt destruktiven Kritik umfassend gegen Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, wobei sie die freiheitliche demokratische Grundordnung als Mittel kapitalistischer Ausbeutung diffamiert. Sie verzichtet bewußt auf Aussagen darüber, wie eine Gesellschaft nach der Revolution, nach der Zerschlagung des «bürgerlichen demokratischen Staates», aussehen soll. Erst müsse der Staat handlungsunfähig werden; das Weitere ergebe sich dann von selbst.

Die *MG* lehnt grundsätzlich ab, sich an Protestbewegungen, Aktionsbündnissen, Wählerinitiativen und Demonstrationen zu

beteiligen. Derartige Aktivitäten seien auf Reformen gerichtet, also im Prinzip staats-erhaltend. Um zu gegebener Zeit die Zerstörung unseres Gemeinwesens in ihrem Sinne lenken zu können, erscheint es ihr gegenwärtig sehr viel wichtiger, die Schaltstellen des Staates und des «Kapitals» Zug um Zug mit ihren Anhängern zu besetzen. Erklärtes Ziel bleibt daher der möglichst unauffällige «Marsch durch die Institutionen» Staat und Wirtschaft. *MG*-Mitglieder, die in großen Industrieunternehmen, in Einrichtungen der Erwachsenenbildung oder im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, bemühen sich, Genossen unauffällig dorthin nachzuziehen.

Zentrale Publikationsorgane der *MG* sind die *Marxistische Streit- und Zeitschrift – Gegen die Kosten der Freiheit (MSZ)* und die *Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ)*. Zusätzlich werden örtliche Schul- und Hochschulzeitungen sowie Betriebs-, Branchen- und Regionalausgaben der *MAZ* herausgegeben. Das theoretische Organ der *MG* erscheint unter dem Titel *Resultate*. Die Gesamtauflage dieser Publikationen liegt bei etwa 50.000 Exemplaren, die meist kostenlos und in hohen Stückzahlen vor Großbetrieben, an Schulen und Hochschulen verteilt werden. Die *MG* unterhält eigene Druckereien, Verlage, einen Vertriebsdienst und zahlreiche Buchläden.

In Hessen verfügt die *MG* über etwa 1.000 fest in die Organisation eingebundene Anhänger sowie über mehrere hundert Sympathisanten. Sie führte insbesondere in den Universitäten Frankfurt am Main und Marburg etwa 50 öffentliche Veranstaltungen durch, an denen jeweils bis zu 400 Personen teilnahmen. Die Themen hatten überwiegend aktuellen tagespolitischen Bezug. Dabei agitierte die *MG* gegen die Übersiedler aus der DDR und sprach von «doofer Freiheitsbegeisterung».

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (*MLPD*)

Die 1982 gegründete *MLPD* bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung. Ihr grundlegendes Ziel ist der «revolutionäre Sturz der Diktatur der Monopolkapitalisten» und die Errichtung der *Diktatur des Proletariats*. Die Partei kritisiert die «revisionistische Entartung» in den «realsozialistischen Ländern» einschließlich der Volksrepublik China. Der Reformkurs Gorbatschows wird als «revisionistischer Betrug» verurteilt; in Peking herrsche eine «bürokratisch-kapitalistische Diktatur». Die *MLPD* hält strikt an ihrer stalinistischen Ausrichtung fest. So empfahl die Partei ein von Stalin autorisiertes Lehrbuch über die Geschichte der *KPdSU*, in dem der Massenmord an den Kulaken (den russischen Bauern) sowie die Schauprozesse und Säuberungen während der Stalin-Ära gerechtfertigt werden.

Die Veränderungen in der DDR wurden von der Partei begrüßt, da der «Freiheitskampf der Werktätigen» zum Sturz der «herrschenden bürokratischen Kapitalistenklasse» geführt habe.

Die *MLPD* hat etwa 1.400 Mitglieder (1988: 1.300), die bundesweit in 18 Bezirken mit über 100 Ortsgruppen und Stützpunkten organisiert sind. Leitungsgremium ist ein Zentralkomitee mit Sitz in Essen. Dort wird auch das wöchentlich erscheinende Zentralorgan *Rote Fahne* im parteieigenen *Neuer Weg Verlag und Druck GmbH* in einer Auflage von etwa 7.000 Exemplaren hergestellt (1988: 10.000). Nebenorganisationen der *MLPD* sind der *Arbeiterjugendverband/Marxisten-Leninisten (AJV/ML)* mit der Kinderorganisation *Rotfuchse* (gemeinsames Publikationsorgan *Rebell*), der *Marxistisch-Leninistische Schüler- und Studentenverband (MLSV)* mit dem Organ *Roter Pfeil* und der *Marxi-*

stisch-Leninistische Bund Intellektueller (MLBI). Ihnen gehören insgesamt knapp 400 Mitglieder an (1988: 300). Die Zeitschriften der beiden Jugendorganisationen stellten jedoch im Laufe des Jahres ihr Erscheinen aus Kosten- und Organisationsgründen ein; seit Dezember erscheint ersatzweise eine Jugendbeilage zur *Roten Fahne*.

Die *MLPD* beteiligte sich mit einer eigenen Bundesliste an der Europawahl am 18. Juni. Hauptforderungen ihres Wahlkampfes waren die Auflösung der Europäischen Gemeinschaft (EG) sowie von NATO und *Warschauer Pakt*. Auf die Liste der *MLPD* entfielen bundesweit 10.162, in Hessen 698 Stimmen. Der Parteivorsitzende Stefan Engel bezeichnete später die Kandidatur als Fehler; die Organisation sei überfordert worden.

Am jährlich stattfindenden Pfingstjugendtreffen der *MLPD* am 14./15. Mai in Rheinhessen nahmen rund 9.000 Personen teil (1988: etwa 3.000 Besucher). Etwa 250 Kinder und Jugendliche beteiligten sich an mehreren Ferienlagern des Jugendverbandes im Juli und August.

In Hessen gehören der *MLPD* und ihren Nebenorganisationen in sechs Ortsgruppen oder Stützpunkten etwa 120 Personen an. Stadt- und Stadtteilzeitungen der Partei erschienen in Frankfurt am Main. Bei der Firma Thyssen-Henschel in Kassel gab die *MLPD*-Betriebsgruppe die Zeitung *Das Sprachrohr* heraus; überregional erschien die Zeitung *Automobilarbeiter aktuell*, zum Teil in türkischer Sprache.

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)

Die *VSP* entstand 1986 durch den Zusammenschluß der *Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten/Leninisten) (KPD)* und der trotzkistischen *Gruppe In-*

ternationaler Marxisten (GIM). Sie propagiert offen die «Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates». Die *VSP* bezeichnet sich als «kleine revolutionärsozialistische Organisation», die Seklierertum und Zersplitterung der «revolutionären Linken» überwinden will. Die Partei hat bundesweit rund 450 Mitglieder, in Hessen etwa 20. Das vierzehntägig herausgegebene Organ *SoZ – Sozialistische Zeitung*, das im links-extremistischen Lager eine gewisse Beachtung findet, erscheint unverändert in einer Auflage von 2.500 Exemplaren.

Die von der *VSP* angestrebte «Vereinigung aller revolutionärsozialistischen Kräfte» kam weiterhin nicht voran. Die seit drei Jahren geführten Verhandlungen mit dem *Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)* sowie Gespräche mit anderen Gruppierungen der organisierten extremistischen *Neuen Linken* wurden fortgesetzt. Dabei erwiesen sich die ideologisch bedingte unterschiedliche Bewertung der politischen Ereignisse in Osteuropa und die differenzierte Einschätzung der sich daraus zum Teil ergebenden Veränderungen im linksextremistischen Bereich als unüberwindliche Hindernisse. Die Bemühungen, sich mit dem *BWK* zu vereinigen, wurden von der *VSP* mehrheitlich abgelehnt.

Sonstige kommunistische Organisationen und trotzkistische Gruppen

Der 1971 gegründete *Kommunistische Bund (KB)* ist eine revolutionäre Organisation, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennt. Bundesweit gehören ihm etwa 400 Mitglieder und rund 100 organisierte Sympathisanten an. Sitz und Schwerpunkt des *KB* ist Hamburg, dort erscheint auch monatlich das Zentralorgan *ak – Arbeiterkampf* in einer Auflage von 4.800 Exemplaren. Auf seinem 3. Nationalen Kongreß am 14./15. Januar in Hamburg forderte der

KB Unversöhnlichkeit gegenüber dem demokratischen Staat und seiner Politik, Unterstützung der «Rebellion» sozialer Minderheiten und volle Gleichstellung von «Immigranten». In Hessen hat der *KB* nur wenige Anhänger, von denen keine nennenswerten Aktivitäten ausgingen.

Der *Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)* ist bestrebt, in Form einer «*Volksfront-* und *Einheitsfrontpolitik*» im Bündnis mit anderen «antifaschistischen», «antimilitaristischen» und «antiimperialistischen» Organisationen eine «proletarische Parteibildung» herbeizuführen. Ansätze hierzu sah er in den seit 1986 andauernden Vereinigungsverhandlungen mit der *Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP)*, die jedoch an den unvereinbaren Positionen in der Bewertung der jüngsten Ereignisse in den osteuropäischen Staaten vorerst gescheitert sind. Während die *VSP* von Ansätzen zur Demokratisierung der Ostblockstaaten spricht, sieht der *BWK* darin eine Konterrevolution. Bundesweit hat der *BWK* etwa 300 Mitglieder. Der Landesverband Hessen besteht nur noch aus wenigen Mitgliedern, die kaum Aktivitäten zeigten.

Die vom *BWK* dominierte *Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT)* sieht den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten im «antifaschistischen Kampf», der für sie «den Kampf gegen die herrschenden Bedingungen, gegen das kapitalistische System» mit einschließt. Bundesweit hat die *VOLKSFRONT* etwa 600 Mitglieder in mehr als 30 Ortsgruppen. In Hessen konstituierte sich im Oktober ein Landesverband, dessen wenige Gründungsmitglieder bisher jedoch noch nicht öffentlich in Erscheinung traten.

Der *Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)*, der marxistisch-leninistisch orientiert ist, hat seinen organisatorischen Schwerpunkt in Bayern. Bei bundesweit etwa 300 Mitgliedern sind die wenigen

hessischen *AB*-Angehörigen im Stützpunkt Frankfurt am Main/Mainz zusammengefaßt. Am Sitz des *AB* in München erscheint in unregelmäßiger Folge das Zentralorgan *Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)* in einer Auflage von etwa 1.200 Exemplaren.

Die trotzkistischen Gruppen erstreben die *Diktatur des Proletariats* in Form von Räte-systemen. Dieses Ziel soll durch eine weltweite «permanente Revolution» erreicht werden. Bundesweit sind die etwa 50 Trotzkisten in rund fünfzehn miteinander konkurrierenden Gruppierungen organisiert, die zum Teil Mitglied in internationalen Dachverbänden sind. Die etwa 50 hessischen Trotzkisten gehören dem *Bund sozialistischer Arbeiter (BSA)* mit Sitz in Essen und seiner Jugendorganisation *Sozialistischer Jugendbund (SJB)*, der *Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG)* mit Sitz in Hannover, der *Gruppe Arbeitermacht (GAM)*, *Gruppe Arbeiterstimme* mit Stützpunkt in Frankfurt am Main oder der *Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD)* an. Der *BSA* und die trotzkistische *Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA)* beteiligten sich mit eigenen Listen an der Europawahl. Dabei konnten sie bundesweit etwa 18.000, in Hessen rund 1.600 Stimmen erringen. Die *ISA* kandidierte unter der Bezeichnung *Für das Europa der ArbeitnehmerInnen und der Demokratie*.

Autonome und anarchistische Gruppen

Seit etwa 1980 bestehen in zahlreichen Städten des Bundesgebietes und in Berlin (West) linksextremistische Gruppierungen, deren Anhänger sich selbst als *Autonome* bezeichnen (sinngemäß «nach eigenen Gesetzen lebend»). Ihnen werden Gruppen und Personen zugerechnet, die weder über feste organisatorische Strukturen noch über ein gemeinsames ideologisches Konzept verfügen. Sie folgen ver-

schwommen anarchistischen, sozialrevolutionären bis hin zu nihilistischen Vorstellungen und vertreten teilweise ein marxistisches Weltbild.

Die *Autonomen* eint der ausgeprägte Haß auf Staat und Gesellschaft. Für sie steht die eigene Person und deren uneingeschränkte Selbstverwirklichung im Mittelpunkt. Da nach ihrer Auffassung das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland ein freies, selbstbestimmtes, kollektives Leben verhindert, soll es «zerschlagen» werden. Als Vorstufe sind zunächst «Freiräume» und «Widerstandsnester» zu erkämpfen. Damit soll «die Angreifbarkeit» des Staates aufgezeigt sowie «Gegenmacht» und «Gegenkultur» verwirklicht werden. Nicht alle, die sich als *Autonome* verstehen, sind dabei zur Gewaltanwendung bereit. Von vielen wird jedoch Gewalt gegen Sachen und Personen nicht nur propagiert sondern auch – teils sogar massiv – angewendet. Bundesweit dürften den meist losen Zusammenschlüssen militanter und gewaltbereiter *Autonome* etwa 2.000 Personen angehören.

In Strategie- und Positionspapieren sowie in internen Diskussionsveranstaltungen beklagten *Autonome* erneut das Fehlen handlungsfähiger und dauerhafter Zusammenschlüsse. Sie bemängelten, daß es ihnen in den letzten Jahren nicht gelungen sei, Perspektiven aufzuzeigen sowie lebendige Strukturen von «Gegenmacht» alltäglich zu entwickeln und zu verbreiten. So heißt es in einem Papier der *Autonomen Lupus-Gruppe*, Rhein-Main, vom November: «Bewegungen können kein Ersatz sein für langfristige, kontinuierliche Organisierung, der Kampf gegen ein Projekt kann nicht den Kampf für eine andere, herrschaftsfreie Gesellschaft ersetzen.»

Der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit bereitet manchem *Autonomen* Schwierigkeiten. So beklagt ein *Autono-*

mer in seiner «Abrechnung» mit der Szene sieben verlorene harte Jahre. Er habe in dieser Zeit in mehreren politischen Gruppen gearbeitet, menschlich aber keine Kontakte knüpfen und sein Ideal einer freien Gesellschaft kaum umsetzen können. Es gebe viele leere Parolen und inzwischen wisse er nicht mehr, für was und für wen er eigentlich kämpfen solle. Daß er Anarchist sei, aus «Liebe zu den Menschen», und das an der Art des Umganges miteinander erkennen wollte, sei wohl utopisch gewesen. *Autonomie* – die Fähigkeit, sich selbst zu regieren, gesellschaftliche und private Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen – habe mit den «Schwarzjacksen» nicht das geringste zu tun. Eines sei ihm jetzt klar: «Eine freie Gesellschaft mögen viele Leute erkämpfen können – ihr ganz bestimmt nicht.»

Das Thema «Vereinheitlichung des europäischen Binnenmarktes» entwickelte sich für viele *autonome* Zusammenschlüsse zum neuen Agitationsschwerpunkt. Anhänger dieser Gruppen riefen in Flugschriften und in Szeneblättern zum Kampf gegen das «Europa des Kapitals» und gegen den «BRD-Imperialismus» auf.

Mit einer breiten Solidaritätskampagne reagierten *Autonome* auf den Hungerstreik der inhaftierten Mitglieder der *Roten Armee Fraktion (RAF)*. Sie beteiligten sich an zahlreichen Veranstaltungen zu diesem Thema und unterstützten die Forderungen der *RAF*-Häftlinge nach Zusammenlegung. Dabei gab es Kritik am *RAF*-Fernziel «Freilassung der politischen Gefangenen»; es sei nicht geeignet, gesellschaftliche Widersprüche zu verschärfen und revolutionären Veränderungen näherzukommen. Richtig sei statt dessen die Forderung nach einer «Gesellschaft ohne Knäste». Den Abbruch des Hungerstreiks kritisierten sie als Unverschämtheit gegenüber denjenigen, die ihn außerhalb des «Knastes» unterstützt hätten. Trotz der

Kritik mahnten Anhänger *autonomer* Gruppen, nicht zu resignieren. Man habe zwar die Zusammenlegung der Gefangenen nicht erreicht; dafür sei aber eine breite öffentliche Diskussion in Gang gekommen, die viele Gräben innerhalb der *Linken* zugeschüttet und neue Wege zur Zusammenarbeit freigemacht hätte.

In Hessen stagnierte die *autonome* Bewegung. Ihre Aktivitäten blieben in der Regel auf die örtliche Ebene beschränkt, wo es gelang, einige *autonom*-anarchistische Zentren einzurichten, u. a. in Frankfurt am Main und Wiesbaden. Eine neue Publikation *AFAZ – Anarchistisch/Feministisch Autonome Zeitung*, Frankfurt am Main, will diejenigen «versprengten radikalen Elemente» ansprechen, die Widerstand meinen und nicht nur Protest. In dem Blatt wird beklagt, daß Angriffe gegen zentrale staatliche Institutionen derzeit noch nicht möglich seien. Man könne sich dem Staat aber verweigern und z. B. durch Klauen, Plündern, Schwarzfahren, Häuserbesetzen, «Volksstrom»-Benutzung und Krankfeiern das von den Herrschenden zurückholen, was diese täglich erpreßten.

Um den Mangel an fehlenden überörtlichen Organisationsstrukturen zu überwinden, versuchten *autonome* Gruppierungen aus dem Rhein-Main-Gebiet – bisher erfolglos –, eine *autonome Rhein-Main-Koordination* aufzubauen. Treffen, die diesem Zweck dienten, fanden in Darmstadt und Offenbach am Main statt. Die Publikation *SWING* erschien monatlich.

Innerhalb der anarchistischen Bewegung waren die Gruppen der *Graswurzelbewegung* sowie *anarcho-syndikalistische* Zusammenschlüsse durch ihre festeren Strukturen von Bedeutung. Sie streben eine herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung gegründete Gesellschaft an und lehnen daher jegliche Staatsform ab.

Die *Graswurzelbewegung* propagiert zur Durchsetzung ihrer anarchistischen Ziele einen «massenhaften zivilen Ungehorsam» und vorgeblich «gewaltfreie Aktionen». Dazu gehören für sie auch Besetzungen und Blockaden sowie Sachbeschädigungen. Die Gruppen der *Graswurzelbewegung* arbeiten seit 1980 in der *Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA)* zusammen, die eine Koordinierungsstelle mit Sitz in Köln unterhält. Die Bewegung hat seit Jahren mit personellen und finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Anzahl ihrer Anhänger und insbesondere der Mitglieder ging weiter zurück und beträgt inzwischen nur noch knapp 500. Das monatlich erscheinende Zentralorgan *graswurzelrevolution – für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft* konnte jedoch die Auflagenhöhe von 3.500 unverändert halten.

Anarcho-syndikalistische Gruppen befürworten insbesondere den Aufbau einer revolutionären, militanten Gewerkschaftsbewegung; der «Widerstand» soll von den Beschäftigten in den Betrieben ausgehen. Dazu werden «direkte Aktionen» wie Streiks, Boykottmaßnahmen, Fabrikbesetzungen und Sabotage propagiert. Die zahlenmäßig größte Vertreterin des *Anarcho-Syndikalismus* ist die *Freie Arbeiter/innen-Union (FAU)* mit etwa 200 Mitgliedern. Die rund 20 Ortsgruppen und Kontaktstellen der *FAU* sind der *Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA)* angeschlossen. Das die organisatorische Arbeit der *FAU* koordinierende *Nationalkomitee* wechselte von der Ortsgruppe Hannover zur Ortsgruppe Frankfurt am Main. Als zentrales Organ gibt die Gruppierung die zweimonatlich erscheinende *direkte aktion* heraus. In Hessen sind die weiterhin etwa 50 *FAU*-Anhänger in sechs örtlichen Gruppen und Stützpunkten zusammengefaßt, von denen die Gruppe in Frankfurt am Main die größte und aktivste ist.

Dem *autonomen* und anarchistischen Bereich sind in Hessen nach wie vor etwa 1.400 Personen zuzurechnen. Das gewaltbereite Potential dieses Personenkreises liegt weiterhin bei 300 bis 400 Personen. Gewalttätig verlaufene Protestaktionen ließen gegenüber den Vorjahren nach.

Personen aus dem *autonomen* und anarchistischen Bereich beteiligten sich zu Beginn des Jahres an Demonstrationen in Frankfurt am Main und Marburg, wobei es teilweise zu Ausschreitungen kam. Anlässe waren eine *NPD*-Versammlung, der Frankfurter Opernball sowie die Gentechnologie. Zusammen mit Personen aus dem *terroristischen Umfeld* demonstrierten *Autonome* gegen Treffen ehemaliger Mitglieder der verbotenen rechtsextremistischen *Nationalen Sammlung (N.S.)*, anlässlich des «10. Jahrestages der Revolution in Nicaragua» sowie am Jahrestag des Todes von Günter Sare, der 1985 bei einer gewalttätigen Demonstration von einem Wasserwerfer überfahren worden war. *Autonome* aus Hessen beteiligten sich am 3. Juni in München an der Großdemonstration gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf. Anlässlich des Unfalltodes einer Studentin, für den Linksextremisten die Polizei verantwortlich machten, kam es nach bundesweiten schweren Ausschreitungen am 25. November zu einer Protestdemonstration in Göttingen, zu der auch *Autonome* aus Hessen angereist waren. An der Demonstration beteiligten sich über 2.000 meist verummte Anhänger vor allem *autonomer* und antiimperialistischer Gruppierungen aus dem gesamten Bundesgebiet und Berlin (West). An einer El-Salvador-Demonstration am 2. Dezember in Frankfurt am Main, zu der bundesweit aufgerufen worden war, beteiligten sich rund 2.500 Personen, darunter fast 1.000 Anhänger *autonomer* Gruppierungen und Personen aus dem *terroristischen Umfeld*. Während dieser Demonstrationen kam es zu Sach-

beschädigungen an Banken, Kaufhäusern und öffentlichen Gebäuden in Frankfurt am Main, Wiesbaden, Kassel, Offenbach am Main, Marburg und Hanau. Personen des *autonomen* Bereichs waren auch an den Hausbesetzungen am 1. Juli in Bensheim und am 9. September in Wiesbaden beteiligt.

Die *Anti-Startbahn-Bewegung* setzte ihre «Sonntagsspaziergänge» an der Startbahn 18 West im bisherigen geringen Umfang fort. Sie verliefen fast ausnahmslos störungsfrei.

Am 23. Februar begann vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt am Main der Prozeß gegen neun Personen aus der «*Startbahn-Szene*». Sie werden beschuldigt, eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben, aus der heraus Anschläge auf Einrichtungen der Energiewirtschaft und Firmen, die am Bau der Startbahn 18 West beteiligt waren, verübt wurden. Zwei der Angeklagten werden außerdem beschuldigt, zwei Polizeibeamte am 2. November 1987 an der Startbahn 18 West erschossen zu haben. Am Tage des Prozeßbeginns kam es zu Tumulten im Gerichtssaal und vor dem Gerichtsgebäude. Gegen vier der Angeklagten wurde das Verfahren abgetrennt. Zwei von ihnen verurteilte das Gericht zu Freiheitsstrafen mit Bewährung. Bei einer Angeklagten sah das Gericht wegen der schwerwiegenden persönlichen Folgen der Tat von einer Strafe ab; sie hatte beim Umsägen eines Strommastes großflächige Verbrennungen erlitten. Ein weiterer Angeklagter wurde wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz und Störung öffentlicher Betriebe zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilt, die auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurde. Die Urteile sind rechtskräftig. Gegen die Angeklagten, denen die tödlichen Schüsse zur Last gelegt werden, steht das Urteil noch aus.

Linksextremistische Bestrebungen an den Hochschulen

An den hessischen Universitäten in Frankfurt am Main, Gießen, Marburg und Kassel konnten linksextremistische Gruppierungen erneut Mandate in Studentenparlamenten gewinnen. Auf den *MSB-Spartakus (MSB)* und den *Sozialistischen Hochschulbund (SHB)* entfielen neun der 157 zu vergebenden Sitze. Ihr bestes Ergebnis erzielten sie wieder in Marburg. Dort sind der *MSB* mit zwei (bisher fünf) und der *SHB* mit drei (bisher vier) Sitzen vertreten.

Linksextremistischer Terrorismus

Rote Armee Fraktion (RAF)

Die 1979 entstandene terroristische Vereinigung *RAF* will unter Anwendung von Gewalt die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zerstören. Sie beging im «bewaffneten Kampf» gegen das «imperialistische System» seit ihrem Bestehen eine Vielzahl schwerster Gewaltverbrechen wie Morde, Sprengstoffanschläge, Geiselnahmen sowie Raubüberfälle und sucht Unterstützung bei allen Kräften, die sich einem «bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus» verschrieben haben. Darüber hinaus versuchte die *RAF* gemeinsam mit anderen europäischen Terrororganisationen, zunächst mit der französischen Gruppe *Action Directe*, dann mit den italienischen *Brigate Rosse*, eine «antiimperialistische Front in Westeuropa» aufzubauen. Zahlreiche Festnahmen in Frankreich und Italien haben jedoch die dortigen Terrororganisationen entscheidend geschwächt.

Die Kerngruppe der *RAF* besteht aus mindestens 15 Personen, die im Untergrund leben. Diese *Kommandoebene* ist für zahlreiche Attentate verantwortlich. Nachdem

am 20. September 1988 ein Anschlag auf den Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Dr. Hans Tietmeyer, gescheitert war, versuchte sie mit einem erneuten Mordanschlag ihre Führungsrolle zu bestätigen und ihre Handlungsfähigkeit zu beweisen. Am 30. November verübte sie in Bad Homburg v. d. Höhe auf das gepanzerte Fahrzeug des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Dr. Alfred Herrhausen, einen Sprengstoffanschlag, bei dem Dr. Herrhausen getötet und sein Fahrer schwer verletzt wurden. Die Sprengladung war auf einem Kinderfahrrad angebracht worden, das am Straßenrand abgestellt war; sie wurde gezündet, als das Fahrzeug Dr. Herrhausens eine Lichtschranke passierte. Der Tat bezichtigte sich ein «Kommando Wolfgang Beer». Dieser war 1976 u. a. wegen Beteiligung an der kriminellen Vereinigung der *RAF* zu einer Strafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt worden und im Juli 1980 zusammen mit dem *RAF*-Mitglied Juliane Plambeck bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Sein Bruder Henning Beer wird heute dem *Kommandobereich* der *RAF* zugeordnet.

In dem Selbstbeziehungsschreiben betonte die *RAF* den Symbolcharakter der Deutschen Bank und begründete den Anschlag auf Dr. Herrhausen mit dessen führender Funktion als angeblich mächtigster Wirtschaftsführer in Europa. Unter seiner Führung habe sich die Deutsche Bank zur europaweit größten Bank aufgeschwungen, die in weiten Teilen der Welt zum Symbol für Macht und Herrschaft geworden sei. Sie stehe

«an der Spitze der kapitalistischen Kapitalstruktur, gegen die sich jeder widersetzen muß. seit Jahren bereitet sie den einbruch in die länder osteuropas vor. jetzt steht sie und andere lauern in den startlöchern, um auch die menschen dort wieder dem diktat

und der logik kapitalistischer Ausbeutung zu unterwerfen. herrhausens pläne gegen die länder im trikont, die selbst in «linksintellektuellen» kreisen als humanitäre fortschrittskonzepte gepriesen werden, sind nichts anderes als der versuch, die bestehenden verhältnisse längerfristig zu sichern; sie verlängern und verschärfen noch weiter die leiden der völker».

Die Akteure des Systems, das weltweit eine destruktive Entwicklung produziere, die überall existentielle Dimensionen angenommen habe, müßten wissen, daß es «für sie keinen platz geben wird in der welt, an dem sie vor den angriffen revolutionärer guerillaeinheiten sicher sein können». Angesichts einer völlig veränderten internationalen Situation sucht die RAF die Diskussion mit allen, die «schluß machen wollen mit der imperialistischen zerstörung». Eine Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung sei möglich; nur zusammen könne man einen Umwälzungsprozeß durchsetzen. Die Einbeziehung der «Gefangenen der RAF» wird als unverzichtbar angesehen; jetzt müsse ihre Zusammenlegung und damit die Perspektive für ihre Freiheit erkämpft werden.

Mit der Forderung nach «Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen» waren inhaftierte Terroristen der RAF am 1. Februar bundesweit in einen Hungerstreik getreten, der zehnten Aktion dieser Art. In einer Erklärung des in der Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt einsitzenden Helmut Pohl wurde die Entschlossenheit deutlich, die von den inhaftierten Terroristen und ihren Anhängern behauptete «Isolationshaft» zu durchbrechen. Erstmals zeigte sich aber auch die Bereitschaft, zu einem Dialog «mit allen gesellschaftlichen Gruppen» zu kommen. Als Fernziel wurde letztendlich die Freilassung der Häftlinge genannt.

Anfangs beteiligten sich mehr als 50 Inhaftierte am Hungerstreik. Nach zwei Wochen brachen alle bis auf zwei das Hungern ab. Die Aktion wurde dann in Form einer «Hungerstreikkette» weitergeführt und am 14. April überraschend abgebrochen, um «Verhandlungsmöglichkeiten mit den Ländern zur geforderten Zusammenlegung auszuschöpfen und einer politischen Lösung näher zu kommen». Diese Lösung scheiterte, weil von den Häftlingen selbst die von einigen Bundesländern angebotene Zusammenlegung in kleinen Gruppen abgelehnt wurde. Um ihr Leben nicht länger zu gefährden, brachen schließlich auch die anderen RAF-Häftlinge den Hungerstreik ab. Dieser zehnte Hungerstreik unterschied sich von den früheren, weil nicht die Ziele der RAF, sondern erstmals die Probleme der Häftlinge in den Vordergrund gestellt wurden. Nachfolgenden Erklärungen Inhaftierter war zu entnehmen, daß sie den «Kampf um die Zusammenlegung» als noch nicht beendet ansahen, weil sich die Haftbedingungen nicht wie von ihnen gefordert verändert hätten. Insbesondere strebten sie weiter einen breiten gesellschaftlichen Dialog mit den Menschen und Gruppen an, die die angeblich «faschistischen» gesellschaftlichen Verhältnisse umwälzen wollten und solidarisch oder «kritisch-solidarisch» mit den Gefangenen seien. In einem Brief von Ende Oktober erklärte Helmut Pohl jedoch das Scheitern dieser Bemühungen. Die Initiative, die die Inhaftierten in dieser Zeit an sich gezogen und für andere mitbestimmt hätten, gäben sie wieder nach draußen ab. Sein Schreiben endet mit der Aufforderung, «daß Veränderungen nur erreicht werden, wenn man den Mechanismus, nach dem das ganze System funktioniert, trifft. Die Kosten müssen höher getrieben werden als der Profit, den sie sich versprechen». Kurze Zeit später folgte der seit mehreren Monaten vorbereitete Mordanschlag auf Dr. Herrhausen.

Die *Militanten der RAF* stellen nach dem *Kommandobereich* die «zweite kämpfende Ebene» dar, die zur Begehung schwerer Straftaten bereit ist. Ihre Anschläge richten sich primär gegen Sachen; jedoch wird die Tötung oder Verletzung von Personen in Kauf genommen. Nur wenige Tage nach der Ermordung von Dr. Herrhausen deponierten unbekannte Täter aus dem Kreis der *Militanten der RAF* einen Sprengsatz am Pflanzenschutzzentrum der Fa. Bayer AG in Monheim, der nur durch einen Zufall rechtzeitig entdeckt und entschärft werden konnte. Mit diesem Anschlag versuchten sie, «die Schwäche militanter Politik» zu durchbrechen, «die defensive Situation des militanten Widerstandes» abzubauen und damit auch für die Durchsetzung der Forderung der *RAF*-Häftlinge zu kämpfen: «Widerstand mit dem Ziel der gemeinsamen organisierten Gegenmacht.» Ähnliche Anschläge wurden auch Anfang des Jahres 1990 verübt.

Aufgrund der Öffentlichkeitsfahndung im Mordfall Dr. Herrhausen wurden am 7. Dezember durch einen Hinweis aus der Bevölkerung im Bereich Südermarsch/Nordfriesland zwei Personen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der *RAF* festgenommen. Beide waren im Frühjahr 1988 in den Untergrund abgetaucht und wurden mit Haftbefehl gesucht. Im Wagen der Festgenommenen fand die Polizei einen Revolver, einen gestohlenen Bundespersonalausweis und ein Notizbuch. Es enthält u. a. Aufzeichnungen über Personen und Institutionen aus dem Bereich der Wirtschaft.

Im Bereich der *Militanten der RAF* kam es zu folgenden strafrechtlichen Maßnahmen:

- Am 18. Januar verurteilte das Oberlandesgericht Stuttgart zwei Personen wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung *Rote Armee Fraktion* und

Beteiligung an dem Sprengstoffanschlag auf das Luft- und Raumfahrtunternehmen Dornier in Immenstaad im Juli 1986 zu jeweils neun Jahren Freiheitsstrafe.

- Vier weitere Personen wurden am 20. Januar vom Oberlandesgericht Düsseldorf u. a. wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung *RAF* und wegen eines Sprengstoffanschlages auf das Grenzschutzkommando West in Swisttal-Heimerzheim im August 1986 zu Freiheitsstrafen zwischen vier und zehn Jahren verurteilt.

Beide Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Die das Gewaltkonzept der *RAF* bejahenden *Unterstützungsgruppen (RAF-Umfeld)* werben öffentlich für die Ideologie und Ziele der *RAF* und halten Verbindung zu den inhaftierten terroristischen Gewalttätern. Das engere *RAF-Umfeld* umfaßt bundesweit etwa 250 Personen; in Hessen werden ihm etwa 60 Personen zugeordnet.

Das *RAF-Umfeld* unterstützte den Hungerstreik durch eine Vielzahl von Aktionen. Insgesamt wurden bundesweit bis zum 12. Mai bekannt:

- 353 Flugblatt-, Plakat- oder ähnliche Aktionen,
- 595 Farbschmierereien,
- 65 Anschläge oder sonstige schwere Sachbeschädigungen,
- 312 propagandistische Veranstaltungen; darunter eine bundesweite Demonstration am 29. April in Bonn, an deren Abschlußkundgebung etwa 4.500 Personen teilnahmen (mehrere hundert davon aus Hessen)

Auch in Hessen gab es eine größere Zahl

dieser Aktionen. Besonders gravierend waren zwei Brandanschläge in Frankfurt am Main. So verübte am 21. März eine Gruppe von 15 bis 20 verummten Personen aus dem *RAF-Umfeld* einen Brandanschlag auf den Neubau des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main. Die daran vorbeiführende Straße wurde mit brennenden Holzpaletten und Autoreifen abgesperrt und *Molotowcocktails* gegen den Neubau geschleudert. Über der Fahrbahn befestigten die Täter zwei Transparente mit Parolen. Bei einem weiteren Anschlag drangen am 12. April sechs Personen, nachdem sie einen Pförtner beim Aufschließen der Tür der Wertpapierbörse niedergeschlagen hatten, in das Institut ein und warfen über 30 Brandsätze (*Molotowcocktails*) in den Börsensaal. Rechtzeitige Löschmaßnahmen verhinderten die Ausbreitung des Brandes. Es entstand dennoch Sachschaden in Höhe von etwa 300.000 DM. Vier Täter, die dem örtlichen *RAF-Umfeld* zuzurechnen sind, konnten von der Polizei gefaßt werden. Außerdem kam es zu Sachbeschädigungen in größerem Ausmaß in der Nacht zum 30. März in Hanau.

Der Hungerstreik der *RAF*-Häftlinge wurde durch *Hungerstreik-Informationsbüros* propagandistisch begleitet. Die dafür erforderlichen Räume beschafften sich die Unterstützer in mehreren Fällen durch die Besetzung von Büros der «GRÜNEN». In Hessen befanden sich *Hungerstreik-Informationsbüros* in Frankfurt am Main (Landesgeschäftsstelle der «GRÜNEN»), in Gießen (Geschäftsstelle der «GRÜNEN»), in Marburg (örtliches *DKP*-Büro) sowie in Darmstadt (Büro der *Bunten Hilfe*).

Nach dem plötzlichen Abbruch des Hungerstreiks zeigten erste Reaktionen des *RAF-Umfeldes* Verwirrung und Fassungslosigkeit über dieses unerwartete Ende, aber auch Erleichterung, daß sich keiner der Inhaftierten zu Tode gehungert hatte. Mit zum Teil hämischer Freude begrüßte

das *RAF-Umfeld* den Mord an Dr. Herrhausen. Im übrigen war festzustellen, daß es innerhalb des *RAF-Umfeldes*, insbesondere in Frankfurt am Main, Meinungsverschiedenheiten über die Art der Unterstützung während des Hungerstreiks sowie über die weitere Vorgehensweise gibt. Auch das Schweigen der *Kommandoebene* in diesem Zeitraum verunsicherte das *RAF-Umfeld*.

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main verurteilte am 22. Juni drei Angehörige des *RAF-Umfeldes* in Frankfurt am Main wegen Brandstiftung zu sechs bzw. fünf Jahren Freiheitsstrafe. Die Verurteilten waren am 1. März 1988 unmittelbar nach einem Brandanschlag auf die Deutschland-Niederlassung der Fa. Renault-Landtechnik in Rosbach (Wetteraukreis) festgenommen worden. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Revolutionäre Zellen (RZ)

Die seit Beginn der siebziger Jahre bekannten *Revolutionären Zellen* (RZ) und die ihnen nahestehende Frauengruppe *Rote Zora* sind terroristische Vereinigungen, die mit ihren Anschlägen aktuelle Konfliktthemen aufgreifen. Dabei kommt es ihnen darauf an, daß diese Aktionen nachvollziehbar und vermittelbar sind, damit sie in ihrem Kampf gegen behauptete Mißstände Sympathie und Nachahmung finden. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten richtete sich gegen die von ihnen seit Jahren bekämpfte Bio- und Gentechnologie sowie die Asyl- und Ausländerpolitik. Die Angriffsziele der Brand- und Sprengstoffanschläge, bei denen Sachschäden in Höhe von mehreren Millionen DM entstanden, lagen schwerpunktmäßig in Nordrhein-Westfalen und im norddeutschen Raum.

In Hessen wurde in der Nacht zum 2. Ja-

nuar ein Brandanschlag gegen das Institut für Biochemie, Arbeitsgemeinschaft Gentechnik, der Technischen Hochschule Darmstadt verübt, der Sachschaden in Millionenhöhe verursachte. In dem mit *Zornigen Viren* unterzeichneten Selbstbeziehungsschreiben wird die Gentechnologie als «angriff im interesse der herrschenden» verurteilt. Mit ihr werden «die völlige unterwerfung des menschen unter die patriarchal-kapitalistische logik» erzwungen. In der Anschlagsausführung und -begründung orientierten sich die bisher unbekanntes Täter/innen eng am ideologischen konzept der *Roten Zora*, die seit 1982 insgesamt acht Anschläge auf biotechnologische Einrichtungen verübte oder versuchte.

Wegen Unterstützung der *Revolutionären Zellen* sowie wegen Beihilfe zu einem Sprengstoffanschlag gegen das Hauptgebäude der Deutschen Lufthansa in Köln am 28. Oktober 1986 wurde Dr. Ingrid Strobl am 9. Juni vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Der Prozeß gegen sie hatte am 14. Februar begonnen und zu einer Vielzahl von Sympathieaktionen zugunsten der Angeklagten geführt. So fand u. a. eine bundesweite Demonstration für ihre «sofortige Freilassung» am 11. Februar in Essen statt. An der gewalttätig verlaufenen Veranstaltung nahmen mehr als 6.000 Personen teil, mehrheitlich Angehörige und Sympathisanten des gesamten links-extremistischen Bereichs. Am 12. Juni schlugen unbekannte Täter in Kassel aus Protest gegen das Urteil Eingangstüren und Fensterscheiben einer Filiale der Deutschen Bank ein.

Beurteilung

Der Niedergang des *realen Sozialismus* in den Staaten des *Warschauer Paktes* stürz-

te die *Deutsche Kommunistische Partei (DKP)*, die schon durch den inneren Richtungsstreit geschwächt war, in eine schwere Existenzkrise. Diese erfaßte auch ihre Nebenorganisationen sowie die von ihr beeinflussten und abhängigen Organisationen. Die bisherigen finanziellen Grundlagen der Partei sind zusammengebrochen. Die Abspaltung der reformwilligen *Erneuerer* von der traditionalistischen Mehrheit ist faktisch durch massenweise Austritte vollzogen. Sie sind das Resultat einer tiefgreifenden Vertrauenskrise zwischen den Mitgliedern und der Parteiführung. Auseinandersetzungen um die Parteifinanzen und das Verhältnis zur *SED* in der Vergangenheit sind hinzugekommen. *Erneuerer* und Traditionalisten sind sich jedoch einig, daß sie weiterhin den Kapitalismus bekämpfen und für eine sozialistische/kommunistische Gesellschaftsordnung eintreten wollen. Dabei bleibt offen, wie sie den Kampf künftig führen und politisch neu organisieren werden.

Die Gruppen der extremistischen *Neuen Linken* blieben organisatorisch und ideologisch stabil. Sie hoffen attraktiver zu werden, indem sie sich darauf berufen, schon immer den «Staatskapitalismus» in den Ostblockstaaten angeprangert zu haben. Der Zulauf durch Dissidenten der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen war bisher jedoch gering.

Die *Autonomen* und Anarchisten bekämpfen weiterhin die freiheitliche demokratische Grundordnung und zeigten dies auch durch militante Aktionen und Demonstrationen. Um ihre Ziele besser erreichen zu können, setzten die *Autonomen* ihre Versuche fort, verbindliche Strukturen untereinander aufzubauen.

Die *Rote Armee Fraktion (RAF)* möchte aufgrund der völlig veränderten internationalen Situation noch stärker als bisher die vielfältigen und unterschiedlichen revolu-

tionären Bestrebungen im Inland gegen das «System» zusammenfassen. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann. Auch der Versuch, «antimperialistische Kräfte» des Auslandes für den Kampf zu gewinnen, brachte nicht das gewünschte Ergebnis. Trotz dieser Mißerfolge verübte die RAF jedoch erneut schwerste Gewalttaten. Es ist damit zu rechnen, daß sie in Verfolgung ihrer menschenverachtenden Pläne weitere Anschläge begehen wird. Die *Revolutionären Zellen* sind weitgehend inaktiv. Da jedoch die Asyl- und

Flüchtlingsfrage wie auch die Gentechnologie nach wie vor im gesamten linksextremistischen Bereich intensiv diskutiert werden, sind künftige Anschläge – auch gegen Personen – nicht auszuschließen.

Terroristische Aktivitäten und militante Angriffe aus dem sonstigen linksextremistischen Bereich können zwar auch künftig die öffentliche Sicherheit beeinträchtigen. Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird dadurch jedoch ebensowenig ernsthaft bedroht wie durch andere links-extremistische Bestrebungen.

Mitgliedschaften in linksextremistischen Organisationen (1987–1989)

Organisationen	1989		1988		1987	
	Bund	Hessen	Bund	Hessen	Bund	Hessen
Alte (orthodoxe) Linke						
Kern- und Nebenorganisationen gesamt*:	31.700	3.800	56.000	7.000	70.000	8.500
davon						
DKP:	22.000	3.200	35.000	4.500	38.000	5.000
SDAJ:	2.000	300	6.500	1.200	15.000	1.600
MSB Spartakus:	1.800	200	3.500	800	6.000	1.300
Beeinflusste Organisationen**		***		***		***
gesamt:	53.000	4.500	60.000	5.000	60.000	5.000
davon						
VVN-BdA:	14.000	1.500	13.500	1.500	13.500	1.500
DFU:	1.000	150	1.000	150	1.000	150
Extremistische Neue Linke						
Dogmatische Neue Linke****						
gesamt:	9.700	1.300	7.600	1.250	6.600	1.200
davon						
MG:	5.000	1.000	3.000	400	1.800	350
Gewaltbereite Autonome:	2.000	350	2.000	350	2.000	350
Summe der Mitgliedschaften****	45.900	5.700	67.000	8.700	81.400	11.200
Tatsächliche Mitgliederzahlen nach Abzug der Mehrfach- mitgliedschaften****	41.000	5.600	56.000	8.000	62.000	9.000

* Ohne *Junge Pioniere*.

** Den beeinflussten Organisationen gehören oft Mitglieder an, die keine Extremisten sind.

*** Ohne *Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)*.

**** Ohne Mitglieder beeinflusster Organisationen.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

Ende 1989 waren im Bundesgebiet etwa 4,7 Millionen, in Hessen etwa 519.000 Ausländer statistisch erfaßt. Der weitaus größte Teil der hier lebenden Ausländer verhielt sich gesetzestreu.

Die im Verhältnis zur Gesamtzahl der hier lebenden Ausländer geringe Zahl der Mitglieder politisch extremistischer Gruppierungen ist gegenüber dem Vorjahr von 101.600 auf 97.250 (Hessen 7.000 auf 6.600) zurückgegangen. Sicherheitsgefährdende Bestrebungen waren nur bei wenigen Zusammenschlüssen zu beobachten.

Araber

Durch den als «Intifada» bekanntgewordenen Aufstand der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten wurde die Weltöffentlichkeit erneut auf die auch weiterhin bestehenden Konflikte hingewiesen, die das politische Bild im Nahen Osten prägen. Die unbeständigen Machtverhältnisse im Libanon trugen ebenfalls zur Verhärtung der in politische und religiöse Lager gespaltenen gegnerischen Fronten bei und machten ein staatliches Handeln nach außen nahezu unmöglich. Dieses Vakuum bildete den Nährboden für Agitationen arabischer Gruppierungen und deren Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Zusammenhang mit einem am 26./27. Oktober 1988 in Frankfurt am Main aufgefundenen Waffenlager der Terrorgruppe *Volkfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC)* durchsuchte die Polizei nach umfangreichen Vorermittlungen der Sicherheitsbehörden am 13. April die Wohnung eines *PFLP-GC*-Sympathisanten in Neuss/Rhein. Hierbei wurden zwei Tuner und ein Monitor sicher-

gestellt. An den Frequenzverstärkern waren Manipulationen vorgenommen worden. Bei der Untersuchung im Bundeskriminalamt in Wiesbaden explodierte eine in den Tunern befindliche Sprengladung, wodurch ein Sprengmeister getötet und ein weiterer schwer verletzt wurde.

Die Aktivitäten des von der *Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)* beeinflussten *Palästinensischen Arbeiterverbandes in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PAV)* erschöpften sich in Solidaritätsbekundungen mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten. Die bundesweit etwa 900 Mitglieder (Hessen 50) unterstützten den von der Intifada-Führung im Mai herausgegebenen Mordaufruf, wonach für jeden getöteten Aufständischen ein israelischer Soldat oder Siedler umzubringen sei.

Der ideologisch in sich zerstrittene *Palästinensische Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V. (PSV)* mit bundesweit etwa 800 Mitgliedern (Hessen 25) war in der Vergangenheit vor allem bemüht, sich nach Abspaltungen wieder zu einen. Um künftig zu einem gemeinsamen Ergebnis zu gelangen, sollen unterschiedliche politisch-ideologische Auffassungen intern diskutiert und danach als gemeinsames Programm nach außen vertreten werden. In einem am 11. Juli in Marburg durchgeführten Seminar wurde Übereinstimmung darüber erzielt, in allen größeren Städten des Bundesgebietes Ortsvereine aufzubauen, um so die Arbeit wieder zu intensivieren. Bisher existieren Gruppen in 26 Städten des Bundesgebietes, darunter in Darmstadt, Kassel und in Gießen/Marburg.

Wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens durchsuchte die Polizei am 22. Juni in Darmstadt die Wohnung eines libanesischen Funktionärs der islamisch (schilitisch)-extremistischen

Hizb Allah. Er wurde auch verdächtigt, verschlüsselte Nachrichten über die Ausspähung öffentlicher israelischer Gebäude im Raum München an Auftraggeber in den Libanon zu versenden. Bei der Durchsuchung wurden u. a. eine Anleitung zur Herstellung und Anbringung von Sprengkörpern, eine Auflistung israelischer Objekte in der Bundesrepublik Deutschland sowie diverse Verschlüsselungsunterlagen, aus denen israelische und amerikanische Einrichtungen als Anschlagziele ersichtlich sind, aufgefunden und beschlagnahmt. Das Landgericht München verurteilte den Libanesen im Dezember wegen Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren ohne Bewährung. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Am 17. Mai wurde Mohamed Ali Hamadei vom Landgericht Frankfurt am Main wegen gemeinschaftlichen Mordes in Tateinheit mit gemeinschaftlichem Eingriff in den Luftverkehr, gemeinschaftlicher Geiselnahme und gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung in drei Fällen sowie der unerlaubten Einfuhr von Sprengstoff in zwei Fällen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Die Verteidigung legte gegen das Urteil Revision ein. Hamadei war 1985 an der Entführung eines amerikanischen Verkehrsflugzeuges nach Beirut beteiligt, wobei ein Passagier erschossen wurde. Der Verurteilte war Anfang 1987 auf dem Rhein-Main-Flughafen festgenommen worden, als er versuchte, illegal Sprengstoff einzuführen.

Türken

Von den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Türken sind etwa 29.350 Personen (in Hessen etwa 2.200) in extremistischen Vereinigungen organisiert. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Mitgliederzahlen bei allen türkischen extremisti-

schen Organisationen zurück. Nach Schätzungen ergibt sich folgender Mitgliederstand:

	Bundesgebiet Hessen	
Gruppen der <i>Neuen Linken</i>	4.200	400
Orthodox-kommunistische Gruppen	3.000	400
Islamisch-extremistische Gruppen	15.700	800
Extrem-nationalistische Gruppen	6.450	600

Gemeinsames Ziel türkischer Organisationen der *Neuen Linken* war der revolutionäre, gewaltsame Umsturz in der Türkei. Wie in den Vorjahren riefen sie öffentlich zum bewaffneten Kampf auf.

Die *Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/M-L)* propagierte weiterhin die Fortsetzung und Ausweitung des Guerillakampfes in der Türkei. In einer Kampagne unter dem Motto «Vom Feind gewaltsam, vom Volk freiwillig» forderte sie zu Spenden auf. Die Spendengelder sollten zur Aufrüstung des militärischen Teils der Partei, der *Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)*, mit Waffen verwendet und versteckt gehaltene Waffen an die Partei abgeliefert werden.

In einer deutschsprachigen Flugschrift unter der Überschrift «Der Sieg wird denen gehören, die Widerstand leisten», forderte das Auslandsbüro der *TKP/M-L* alle revolutionär-demokratischen Organisationen und Personen auf, den Hungerstreik der Häftlinge der *Roten Armee Fraktion (RAF)* zu unterstützen und an den Solidaritätsaktionen teilzunehmen. Die *TKP/M-L* begrüßte den Hungerstreik der *RAF*-Gefange-

nen, die der westdeutsche Imperialismus vernichten wolle.

Mitglieder der *TKP/M-L* sind auch in der *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)* und in der international tätigen *Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa e.V. (ATIK)* zusammengeschlossen. Die im Dezember 1986 in Frankfurt am Main gegründete *ATIK* nahm in ihrem deutschsprachigen Organ *Mücadele* (Kampf) ausführlich zur Massenausreise aus der DDR Stellung. Nach Auffassung der Verfasser werde der Flüchtlingsstrom von den «Dreckschleudermedien» zu einer aggressiv demagogischen Diffamierungskampagne gegen den Marxismus-Leninismus ausgenutzt. Ziel dieser Hetzkampagne sei es, in beiden deutschen Staaten den Klassenkampf zu schwächen und den Kommunismus zum Hauptfeind der Völker zu erklären. Dabei mißbrauche man die DDR-Flüchtlinge als Manövriermasse im Interesse der «imperialistischen Großmacht BRD»; sie würden zum Spielball der herrschenden Klasse und zu Schachfiguren in einem von den Medien zum Wohl hauptsächlich des «BRD-Imperialismus» inszenierten Propagandaschauspiels.

Die von der *TKP/M-L* abgespaltene Gruppe *Bolsevik Partizan (BP)* veröffentlichte anläßlich der Machtübernahme durch das Militär in Chile und in der Türkei vor 16 bzw. neun Jahren eine deutschsprachige Flugschrift «Die blutigen faschistischen Diktaturen des Imperialismus und seiner Handlanger werden durch die Revolution gestürzt werden!» Darin forderte sie im Heimatland Türkei eine «demokratische Volksrevolution» unter Führung der Arbeiterklasse. Die heutige revolutionäre Arbeit bestehe darin, die Massen für die Revolution, insbesondere für den Kommunismus, zu gewinnen und eine bolschewistische Partei zu schaffen. Der türkische Chauvinismus müsse bekämpft und das Recht

der kurdischen Nation auf eine eigene Staatsgründung unterstützt werden. Der westdeutsche Imperialismus sei einer der Hauptunterstützer der faschistischen Junta und einer der Todfeinde der Völker der Türkei, Chiles und der ganzen Welt. Es gelte daher die Parole «Tod dem westdeutschen Imperialismus!».

Wie in den Vorjahren demonstrierten türkische und kurdische Linksextremisten aus Anlaß des Jahrestages der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei (12. September 1980). An der gemeinsamen zentralen Kundgebung am 9. September in Köln nahmen etwa 20.000 Personen teil; 1988 konnten bei zwei getrennten Veranstaltungen insgesamt lediglich 6.000 Teilnehmer mobilisiert werden.

Am gleichfalls durchgeführten Aufzug beteiligten sich neben mehreren Gruppen der türkischen *Neuen Linken* und der orthodox-kommunistischen *Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)* auch 500 deutsche Linksextremisten. Zahlreiche am Demonstrationsweg geparkte Pkw wurden von den Teilnehmern des Aufzugs beschädigt.

Aus Solidarität mit den hungerstreikenden «politischen Gefangenen» im Heimatland und um auf «Unterdrückungsmaßnahmen» der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk hinzuweisen, organisierten linksextremistische Türken und Kurden im Bundesgebiet und im benachbarten Ausland zahlreiche Demonstrationen und gewalttätige Ausschreitungen, die sich überwiegend gegen türkische Einrichtungen richteten. In Frankfurt am Main kam es im August zu mehreren Protestaktionen in Form von Besetzungen, Sachbeschädigungen und Schmierereien.

Orthodox-kommunistische türkische Organisationen traten öffentlich kaum in Erscheinung. Dazu trugen sowohl die bereits diskutierte Zulassung einer kommunisti-

schen Partei in der Türkei als auch der desolaten Zustand der im vergangenen Jahr gegründeten *Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF)* bei.

Der *Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln (ICCB)* strebt die Errichtung einer islamischen Republik in der Türkei durch eine Revolution nach dem Vorbild des Iran an. In seinem Organ *Ümmet – I Muhammed* (Die Gemeinde Mohammeds) rechtfertigte der Verband die Anwendung von Gewalt. Es wurde behauptet, der islamische Glaube erteile den Muslims den Auftrag, zur Sicherung des Glaubens Gewalt anzuwenden. Es sei eine göttliche Aufgabe, alle Kräfte zu zerschlagen, die sich den Muslimen in den Weg stellen. Der Heilige Krieg (Dschihad) bedeute, auf der ganzen Welt die Fahne des Islam zu hissen und das Haupt derer zu zertreten, die diese Fahne attackierten.

An der Jahreshauptversammlung des *ICCB*, die zugleich als islamische Neujahrsfeier begangen wurde, nahmen etwa 8.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland teil. Redner riefen zum Zusammenhalt und zur Zusammenarbeit der Muslime auf, um in der Türkei einen islamischen Staat zu errichten. Ferner wurde gefordert, das gesamte Vermögen und notfalls auch das Leben für die Sache zu opfern sowie verstärkte Propagandaschriften und Kassetten in die Türkei zu schicken.

Der von Cemaleddin Kaplan geführte *ICCB* stand im Berichtsjahr jedoch weit weniger im Interesse der Öffentlichkeit als in den Vorjahren. Beherrscht wurde das Verbandsgeschehen überwiegend von Auseinandersetzungen innerhalb der Organisation. Ursache dürfte die veränderte Haltung Kaplans zum iranischen Staat sein, der für ihn lange Zeit uneingeschränkter Vorbildcharakter hatte. Kaplan selbst sieht zwar nach wie vor die Errich-

tung eines islamischen Staates – wie im Iran verwirklicht – als Ideal an, lehnt aber die Verherrlichung des inzwischen verstorbenen iranischen Revolutionsführers Khomeini als zu starke Betonung des schiitischen Islams ab. Die Oppositionsgruppe vertritt stärker iranische Positionen und wirft Kaplan neben Eigensinn auch Machtbesessenheit und Inaktivität vor. Mit der Gründung einer eigenen Organisation *Islamische Bewegung* im April in Köln wurde der sich seit längerer Zeit abzeichnende Bruch endgültig vollzogen. In der Satzung betont der neue Verein seine Zugehörigkeit zur *Islamischen Nation (UMMA)* und kündigt an, zur Umsetzung seiner politischen Ziele neue Zweigstellen sowie Moscheen, Schulen und Kindergärten einzurichten.

Etwa 5.000 überwiegend türkische Muslime, die aus allen Teilen des Bundesgebietes angereist waren, demonstrierten am 4. März mit einem Protestmarsch durch Bonn gegen die Veröffentlichung des Buches «Satanische Verse» des indischen Schriftstellers Salman Rushdie. Die Demonstranten zeigten Transparente mit Parolen wie «Schützen hat keinen Zweck, Rushdie muß weg – Es lebe die iranische Rechtsprechung von Khomeini!». Während des Umzuges verbrannten sie eine den Schriftsteller darstellende, an einem Galgen hängende Puppe. Im Rahmen der Abschlußkundgebung rechtfertigte Cemaleddin Kaplan in einer längeren Erklärung die Verurteilung Rushdies durch Ayatollah Khomeini. Der *ICCB* behauptete in Aufrufen zur Teilnahme an der Kundgebung, Rushdie habe den Koran zutiefst beleidigt. Dieses Ereignis wiege für Muslime schwerer als der Tod.

Die als Folge einer Spaltung im Jahre 1987 eingetretene Schwäche der extrem nationalistischen *Föderation der türkisch demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)* konnte bisher nicht über-

wunden werden. Die ADÜTDF war weitgehend inaktiv; die Mitgliederzahl ging zurück.

Türkische Kurden

Von den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ungefähr 370.000 Kurden sind knapp 3.000 (in Hessen etwa 320) in extremistischen kurdischen Vereinigungen organisiert. Seit Jahren ist hier im Gegensatz zu allen übrigen türkischen extremistischen Gruppierungen ein leichter Anstieg der Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Den größten Zulauf hatte die orthodox-kommunistische und in Teilen terroristische *Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)*, die zugleich auch die im Bundesgebiet mit Abstand größte extremistische Kurdenorganisation ist. Sie strebt die Errichtung eines unabhängigen Staates Kurdistan mittels bewaffneter Gewalt an. Die in den Vorjahren bekanntgewordenen schweren Gewalttaten der PKK gegen konkurrierende Organisationen setzten sich nicht fort. Unvermindert hart verfolgt werden jedoch abtrünnige Parteimitglieder. So wurde am 2. Januar in der Nähe von Paris eine hohe Funktionärin, die mit großer Wahrscheinlichkeit einer Oppositionsgruppe innerhalb der PKK angehörte, *erdrosselt* aufgefunden. Auf zwei weitere Dissidenten erfolgte in den Niederlanden am 13. Juni ein Anschlag mit Handfeuerwaffen. Beide Personen wurden schwer verletzt.

Am 24. Oktober begann vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf ein Prozeß gegen 19 PKK-Funktionäre. Den Angeklagten, darunter zwei Frauen, werden von der Bundesanwaltschaft insgesamt 14 Straftatbestände, u. a. Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, Mord, Mordversuch, Freiheitsberaubung, gefährliche Körperverletzung und Urkundenfälschung, vorgeworfen. Mit einer Prozeßdauer von mindestens zwei Jahren wird gerechnet.

Aus Protest gegen die Inhaftierung ihrer Führungsfunktionäre und deren Anklage führten PKK-Anhänger und Sympathisanten im In- und Ausland über 100 Solidaritätsaktionen in Form von Kundgebungen, Demonstrationen und Besetzungen durch. Betroffen hiervon waren im Ausland in erster Linie Büros und Einrichtungen deutscher Botschaften und Konsulate, der Luft Hansa und verschiedener Pressemedien. Im Inland richteten sich die Aktionen insbesondere gegen Gerichte, Justizvollzugsanstalten, Büros von Parteien, Gewerkschaften, Fernsehanstalten und Zeitungsredaktionen. Sie wurden durch zeitweilige Hungerstreiks von Inhaftierten unterstützt. Größere Demonstrationen fanden am 13. Mai und 21. Oktober in Düsseldorf mit jeweils etwa 4.000 bzw. 5.000 Teilnehmern statt.

In einem Interview mit der *Illustrierten Stern* erklärte der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, im Zusammenhang mit dem Prozeß, bislang habe die PKK die Deutschen nicht direkt angegriffen, aber wenn sich deren Haltung nicht ändere, werde gegen deutsche Einrichtungen in der Türkei vorgegangen. Auch der Kampf der Partei in Europa könne sich auf eine andere Ebene begeben. Bei ihren Forderungen erhielt die PKK zunehmende Unterstützung aus dem deutschen links-extremistischen Bereich, insbesondere durch *Autorome* und Personen des *terroristischen Umfelds*.

In einer Vielzahl von Propagandaschriften agitierte auch die *Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan)*, eine Teilorganisation der PKK, gegen die Anklage des Generalbundesanwaltes, der sich in die inneren Angelegenheiten des kurdischen Volkes einmische und die PKK kriminalisieren wolle. Sie startete im Frühjahr auch eine Unterschriftenkampagne,

mit der die Einstellung des Strafverfahrens, die Freilassung der Inhaftierten und die Beendigung der «Kurdenverfolgung» gefordert wurde.

Die übrigen extremistischen kurdischen Organisationen traten im wesentlichen öffentlich nur durch Demonstrationen in Erscheinung, die sie im März in mehreren Städten des Bundesgebietes anlässlich des 1. Jahrestages eines irakischen Giftgasangriffes auf die kurdische Stadt Halabja/Irak durchführten.

Iraner

Zentrales Thema der Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland und im benachbarten Ausland war im iranisch-extremistischen Bereich die Gefährdungslage im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Buches «Satanische Verse» des indischen Schriftstellers Salman Rushdie. Der inzwischen verstorbene Ayatollah Khomeini hatte am 14. Februar öffentlich erklärt, daß er den Verfasser des Buches und alle weiteren mit der Herausgabe befaßten Personen wegen Beleidigung der Muslime zum Tode verurteilt habe. In der Folgezeit fanden zahlreiche Demonstrationen in mehreren westdeutschen Städten für und wider die Veröffentlichung der «Satanischen Verse» statt. Eine Großdemonstration mit etwa 5.000 türkischen Muslimen, organisiert und vorbereitet vom *Islamischen Komitee gegen die Veröffentlichung des Buches Satanische Verse*, wurde am 4. März in Bonn durchgeführt. Außerdem gingen bei Verlagen im Bundesgebiet Drohschreiben ein, die vor der Veröffentlichung des Buches warnten. In Hessen erfolgten in diesem Zusammenhang Bombendrohungen, u. a. gegen die Messe GmbH Frankfurt am Main wegen der dort stattfindenden Buchmesse.

Die regimetreue islamisch (schiitisch)-ex-

tremistische *Union Islamischer Studentevereine in Europa (U.I.S.A.)*, die im Bundesgebiet über ungefähr 400 Mitglieder verfügt und in Frankfurt am Main und Darmstadt Ortsverbände unterhält, erklärte im iranischen Rundfunk durch einen Sprecher, daß ihre Mitglieder alle Kräfte einsetzen würden, um das Dekret Khomeinis zu erfüllen. Rushdies Veröffentlichung wird als «weitere Manifestation eines kalkulierten Plans der weltweiten Unterdrückung gegen den Islam» bezeichnet, dessen Anführer vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika seien.

Der Kampf gegen die «Satanischen Verse» hat in Brüssel indirekt zwei Todesopfer gefordert. Dort sind am 29. März zwei Männer erschossen worden, die als islamische Geistliche den Befehl Khomeinis, den Autor Rushdie zu töten, kritisiert hatten. In London kam es wegen des Buchangebotens zu Brandanschlägen auf ein Kaufhaus und eine Buchhandlung. Der iranische Staatspräsident Rafsanjani hat nach dem Tode Khomeinis am 4. Juni öffentlich erklärt, daß der Mordaufruf gegen Rushdie fortbestehe.

Iranische Oppositionsgruppen setzten ihre Proteste gegen die Hinrichtungen in ihrem Heimatland fort und forderten erneut die Freilassung der politischen Gefangenen.

Am 10. Januar drangen zehn Iraner gewaltsam in das Stadtbüro der Fluggesellschaft *Iran Air* in Frankfurt am Main ein, überwältigten eine Angestellte und verletzten einen Angestellten durch Fußtritte und Boxhiebe. Sie beschädigten Einrichtungsgegenstände, schmierten politische Parolen an die Wände und verlangten von der Polizei die Anwesenheit von Rundfunk und Fernsehen, um auf ihre politischen Forderungen aufmerksam machen zu können. Die Besetzer wurden von der Polizei festgenommen. Bei ihrer Festnahme riefen sie Parolen wie «Nieder mit dem Khomeini»

und «Nieder mit der islamischen Republik». Aufgefundene Flugblätter deuten auf eine Gruppe der iranischen *Neuen Linken* hin.

Aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Rückkehr Ayatollah Khomeinis in den Iran kam es am 11. Februar bundesweit zu Kundgebungen gegen die Islamische Republik, die von Gruppen unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung organisiert waren. In Frankfurt am Main nahmen an einer Demonstration monarchistisch orientierter Iraner über 2.000 Personen teil, an der Veranstaltung einer Gruppe der *Neuen Linken* etwa 750 Personen.

Am 22. Juli und 2. September fanden in Frankfurt am Main Demonstrationen mit anschließenden Kundgebungen der iranischen *Neuen Linken* und deutschen links-extremistischen Gruppierungen vor dem iranischen Generalkonsulat statt. An den Aktionen, die sich «gegen die Gewaltaktionen der Islamischen Republik Iran an im Ausland lebenden Landsleuten in den letzten zehn Jahren» richteten, nahmen zeitweise zwischen 400 und 500 Personen teil.

Inder

Die extremistischen Organisationen der Religionsgemeinschaft der *Sikhs* in der Bundesrepublik Deutschland, von denen einige gewaltbereit sind und terroristisch operieren, streben die Errichtung eines unabhängigen Staates *Khalistan* an. Ihr Heimatland ist der indische Bundesstaat Punjab.

Im Laufe des Jahres kam es in Frankfurt am Main immer wieder unter rivalisierenden *Sikh*-Gruppierungen zu Meinungsverschiedenheiten, die am 21. Mai in eine gewalttätige Auseinandersetzung ausarteten. Etwa 40 bis 50 Personen schlugen mit Holzlatten, Hockeyschlägern und Eisen-

stangen aufeinander ein. Mehrere Personen wurden verletzt.

Am 11. Juli wurde ein führendes Mitglied der separatistischen Organisation *International Sikh Youth Federation (ISYF)*, die im Bundesgebiet über etwa 800 Mitglieder verfügt, vor seinem Wohnhaus im hessischen Heusenstamm durch mehrere Schüsse getötet. Nur wenige Wochen später fand man in der Nähe von Heilbronn die Leiche eines weiteren Inders, der kurz zuvor ebenfalls erschossen worden war. Ermittlungen ergaben, daß der Getötete Mitglied der indischen Organisation *All India Sikh Student Federation (AISSF)* gewesen war, deren Auslandsorganisation die *ISYF* ist. In einem Schreiben bezichtigte sich eine bislang nur in Indien operierende Terrororganisation der Tat mit der Begründung, einen «Verräter» der *Khālistan*-Bewegung erschossen zu haben.

Die in der Vergangenheit überwiegend gewaltsam ausgetragenen Auseinandersetzungen innerhalb extremistischer *Sikh*-Gruppen lassen den Schluß zu, daß bei beiden Morden ein politischer Hintergrund nicht ausgeschlossen werden kann und die Täter mit hoher Wahrscheinlichkeit in diesen Gruppierungen zu suchen sind.

Beurteilung

Die Bedrohung der inneren Sicherheit durch palästinensische Terroristen hält an. Nach dem Auffinden eines Waffenlagers der *Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC)* im Oktober 1988 in Frankfurt am Main haben neue Bombenfunde die Vielzahl der Anschlagsvorhaben deutlich werden lassen. Die politischen Aktivitäten sonstiger extremistischer palästinensischer Gruppierungen erschöpften sich in Solidaritätsbekundungen mit der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten.

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die nach wie vor die innere Sicherheit bedroht, setzt ihre in den vergangenen Jahren begangenen schweren Gewalttaten gegen konkurrierende Organisationen zwar nicht fort, verfolgt aber unvermindert abtrünnige Parteimitglieder. Der vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf anhängige Prozeß gegen 19 PKK-Funktionäre führte zu anhaltenden Protestaktionen der Organisation im Bundesgebiet und benachbarten Ausland. Zu nennenswerten Gewalttaten kam es bisher nicht. Mit weiteren Aktionen muß jedoch gerechnet werden.

Die bereits in den vergangenen Jahren festzustellende rückläufige Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer türkischer Gruppen hat sich fortgesetzt.

Nicht zu unterschätzende Gefahren für die innere Sicherheit gehen von den islamisch (schiitisch)-extremistischen Gruppierungen, insbesondere denen aus dem Libanon und dem Iran aus, die sich als Folge der islamischen Revolution Khomeinis gebildet oder radikalisiert haben. Die Verurteilung von Mohamed Ali Hamadei zu lebenslanger Freiheitsstrafe durch das

Mitglieder extremistischer und extremistisch beeinflusster Ausländerorganisationen (1987-1989)

Jahr	Gruppen der Neuen Linken		Orthodox-kommunistische Gruppen		Islamisch-extremistische Gruppen		Extrem-nationalistische Gruppen		Mitglieder	
	Bund	Hessen	Bund	Hessen	Bund	Hessen	Bund	Hessen	Bund	Hessen
Araber										
1989	1.700	115	520	50	1.430	35			3.650	200
1988	1.300	115	470	50	1.230	35			3.000	200
1987	1.650	120	660	50	990	30			3.300	200
Iraner										
1989	1.500	265	450	45	400	40	900	100	3.250	450
1988	1.600	265	450	45	400	40	1.000	100	3.450	450
1987	1.650	230	400	40	400	45	400	85	2.850	400
Jugoslawen										
1989	240	30					660	100	900	130
1988	240	30					660	120	900	150
1987	270	30					680	120	950	150
Kurden										
1989	150	10	2.800	310					2.950	320
1988	150	20	2.600	280					2.750	300
1987	200	20	2.200	230					2.400	250
Türken										
1989	4.200	400	3.000	400	15.700	800	6.450	600	29.350	2.200
1988	4.800	450	3.550	450	16.000	850	7.150	650	31.500	2.400
1987	6.200	550	4.800	550	19.000	1.000	10.000	800	40.000	2.900
Sonstige										
1989									57.150	3.300
1988									60.000	3.500
1987									59.150	3.400
Insgesamt										
1989									97.250	6.600
1988									101.600	7.000
1987									108.650	7.300

Landgericht Frankfurt am Main im Mai sowie Sprengstoff- und Waffenfunde in außerdeutschen Häfen gegen Ende des Jahres haben die Sicherheitslage verschärft. Demgegenüber wirkt sich die Spaltung des islamisch-extremistischen *Verbandes der islamischen Vereine und Gemeinden e.V.*, Köln, nur geringfügig mindernd auf die Gefährdung aus. Das künftige Ausmaß der Bedrohung wird weitgehend von der politischen Entwicklung im Iran und im Libanon abhängen, also von der offenen Frage, ob in diesen Ländern radikale oder gemäßigte Kräfte die Richtung bestimmen.

Die Agitation islamisch (sunnitisch)-extremistischer Kreise, von denen Gewalttaten in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht bekanntgeworden sind, gefährdet demgegenüber durch ihren Fanatismus eher langfristig den inneren Frieden, weil sie zu Konflikten mit andersdenkenden

Ausländern und Teilen der deutschen Bevölkerung führen könnte.

Die im Bundesgebiet von regimetreuen Iranern im Zusammenhang mit dem Mordaufruf Khomeinis gegen den Schriftsteller Rushdie entwickelten Aktivitäten ließen gegen Jahresende nach. Der Mordaufruf wurde jedoch offiziell nicht zurückgenommen.

Die Ermordung von zwei Mitgliedern extremistischer *Sikh*-Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland läßt eine neue Dimension der Gewalt innerhalb rivallisierender *Sikh*-Gruppen im Bundesgebiet erwarten.

Die Tätigkeit der übrigen extremistischen Ausländergruppen in Hessen beschränkte sich überwiegend auf interne Zusammenkünfte.

Spionageabwehr

Die tiefgreifenden politischen Veränderungen und Umstrukturierungen im gesamten Ostblock wirkten sich auch bei den dortigen Geheimdiensten aus. Nach den vorliegenden Erkenntnissen führten die Demokratisierungs- und Liberalisierungstendenzen im wesentlichen aber nur zu einem Abbau des nach innen gerichteten Repressionsapparates. Die Aufklärungsdienste der Staaten des *Warschauer Paktes* arbeiten weiter. *Glasnost* und *Perestrojka* änderten wenig an der Intensität der Ausforschungsbemühungen. Gerade in Zeiten der Entspannung sind die Regierungen der im *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)* zusammengeschlossenen Staaten offensichtlich an möglichst genauen und umfassenden Aufklärungsergebnissen interessiert, um politisch möglichst sicher entscheiden und wirtschaftlich mit dem Westen einigermaßen Schritt halten zu können. So ist die Fortführung der Auslandsaufklärung von führenden Politikern der Sowjetunion und Polens ausdrücklich bestätigt worden. Verlautbarungen von Regierungsvertretern der Tschechoslowakei, Rumäniens, Ungarns und Bulgariens deuten ebenfalls darauf hin.

Auch das sowjetische *Komitee für Staatssicherheit (KGB)* hat in offiziellen Äußerungen die Notwendigkeit der Auslandsaufklärung nie in Frage gestellt. Noch im März 1990 meldete der *Monitor-Dienst* folgende Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden des *KGB*, Leonid Schebarschin:

«Die sowjetische Aufklärung habe die Aufgabe, die Führung des Landes mit glaubwürdigen Informationen über die Absicht führender westlicher Länder bezüglich der Sowjetunion und zu sehr wichtigen internationalen Problemen zu versorgen. Trotz der radikalen Veränderungen der internationalen Lage ließen einige westliche Persönlichkeiten nicht

von den Plänen ab, militärische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion zu erlangen. In diesem Zusammenhang sei die Beobachtung der Entwicklung der Rüstungen eine der Hauptaufgaben der Aufklärung, um einen möglichen Durchbruch des Westens im militärisch-technischen Bereich oder bei der Schaffung prinzipiell neuer Waffenarbeiten nicht zu übersehen. Wegen der lebenswichtigen Notwendigkeit, die Krisenerscheinungen in der Volkswirtschaft der UdSSR zu überwinden, habe es für die Aufklärung Vorrang, dem Land dabei zu helfen, die Außenwirtschaftsbeziehungen effizienter zu nutzen und über Prozesse zu informieren, die in der Weltwirtschaft ablaufen, sowie über verborgene Pläne und Aktionen in diesem Bereich.»

Die Spionagedienste der DDR – das war die *Hauptverwaltung Aufklärung (HVA)* des *Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)* und ist die *Verwaltung Aufklärung (VA)* der *Nationalen Volksarmee (NVA)* – verhielten sich angesichts des grundlegenden politischen Wandels in ihrem Staat bis zum Dezember, als seien sie davon überhaupt nicht berührt. Hinweisen zufolge war lediglich zu unterstellen, daß im Ausland eingesetzte Agenten, aber auch Akten, Datenträger und technische Ausrüstungen der *HVA* in die Verfügungsgewalt des sowjetischen *KGB* überführt wurden. Die Spionageorganisation der *NVA* arbeitete auch Anfang des Jahres 1990 noch weiter. Bei gleichbleibender politischer Entwicklung wird jedoch die Einstellung jeglicher Aufklärungsbemühungen beider DDR-Geheimdienste erwartet.

Während nach Meldung der Nachrichtenagentur Reuter Werner Fischer, Vertreter des *Runden Tisches* und Mitglied des *Komitees zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit* (des früheren *MfS*), noch am 12. März 1990 erklärte, mit der Auflösung der *Hauptverwaltung Auf-*

klärung (HVA) sei jetzt begonnen worden; bis Juni 1990 werde die HVA von derzeit 4.000 auf 250 hauptamtliche Mitarbeiter verkleinert, die elektronischen Datenträger würden vernichtet und die verbleibenden HVA-Mitarbeiter sollten vor allem für einen «geordneten Rückzug» der im Ausland operierenden DDR-Agenten sorgen, soll nach einer Meldung der *DDR-Nachrichtenagentur* vom 5. April 1990, die sich auf Ostberliner Regierungsangaben stützt, mit der Entlassung von rund 33.000 offiziellen Mitarbeitern der früheren *DDR-Staatssicherheit* die Auflösung der einstigen *Stasi* praktisch schon abgeschlossen sein.

Nachrichtendienste und illegaler Technologietransfer

Die großen wirtschaftlichen Probleme aller Mitgliedstaaten des *RGW* wurden seit Beginn der neuen Politik in der Sowjetunion und der Umwälzungen in den anderen östlichen Ländern deutlicher denn je zuvor. Diese Staaten sind auch bei verbesserten Wirtschaftsbeziehungen auf absehbare Zeit nicht in der Lage, den technischen Fortschritt, der zur Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Bevölkerung notwendig ist, aus eigenen Kräften zu leisten. Dies läßt sich nur mit einer verstärkten Anwendung von Schlüsseltechnologien, wie Computersteuerung und Automatisierung der Produktionsverfahren, erreichen. Da das hierfür erforderliche Wissen fehlt – der dortige Standard auf diesen Gebieten liegt gegenüber dem Westen um drei bis sieben Jahre zurück –, unternehmen die Regierungen weiterhin alle Anstrengungen, westliche Technologieentwicklungen zu nutzen.

Die Möglichkeiten der *RGW*-Staaten, an den westlichen Forschungsergebnissen und Entwicklungen legal teilzuhaben, finden dort ihre Grenzen, wo Sicherheitsinter-

essen des Westens berührt werden. Die NATO-Mitgliedstaaten und Japan haben sich deshalb im *Coordinating Committee for East-West-Trade Policy (COCOM)* zusammengeschlossen und Vereinbarungen getroffen, die den Export sicherheitsempfindlicher Güter in die Staaten des *Warschauer Paktes* verhindern sollen. In der Bundesrepublik Deutschland wacht insbesondere das Bundesamt für Wirtschaft in Eschborn bei Frankfurt am Main darüber, daß die in der *COCOM*-Liste aufgeführten und ständig dem technisch neuesten Entwicklungsstand angepaßten Ausfuhrbeschränkungen eingehalten werden. Auch bei verbesserten Beziehungen zwischen Ost und West wird es weiter eine Vielzahl von Konstruktions- und Geschäftsgeheimnissen geben, deren Erwerb den östlichen Ländern auf handelsüblichen Wegen nicht möglich sein wird.

Dem *COCOM* mit seinen wenigen Kontrollorganen steht in den Staaten des *Warschauer Paktes* ein riesiger Beschaffungsgesamtheit gegenüber. Die derzeitige politische Entspannung zwischen den Machtblöcken hat nicht zu dessen Verringerung geführt. In einem Presseinterview sagte der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für innere Angelegenheiten der Republik Polen, General Kiszczak, am 7./8. Oktober dazu: «Die wirtschaftliche Aufklärung hat uns einen wesentlich höheren ökonomischen Nutzen eingebracht als die Kosten für die Unterhaltung des Innenressorts. Man sollte hierbei keine besonderen Skrupel haben.»

Die von den östlichen Spionageorganisationen mit geheimdienstlichen Methoden illegal beschafften Technologieerkenntnisse bedeuten für die dortigen Volkswirtschaften Gewinne in Milliardenhöhe. Allein für Polen gab General Kiszczak gegenüber der Presse den Nutzen im Jahre 1988 mit einem Betrag von umgerechnet etwa einer Milliarde DM an.

Die Abwehr steht bei der Bekämpfung der Spionage gegen wirtschaftliche Ziele vor besonderen Schwierigkeiten. Internationale Verflechtungen und das (aufgrund der aktuellen Veränderungen in den östlichen Ländern noch gesteigerte) Interesse unserer Wirtschaft an Ostgeschäften führen häufig zu einem inneren Konflikt bei den nachrichtendienstlich Angesprochenen, der sie nicht selten auf die Offenbarung verzichten läßt. Durch diese Umstände wird die Aufdeckung geheimdienstlicher Operationen erheblich erschwert. Es muß mit einer größeren Dunkelziffer gerechnet werden.

Der Wille, die selbstgesetzten wirtschaftlichen Ziele wenigstens annähernd zu erreichen, führt dazu, daß die östlichen Nachrichtendienste selbst vor aufwendigen Firmengründungen über Strohmänner im Westen nicht zurückschrecken, wenn dadurch die Beschaffung westlicher Technologie erleichtert wird.

Als neueste Variante rückt die Computerspionage in den Vordergrund, das illegale Eindringen in die elektronischen Datenspeicher von westlichen Großunternehmen und Behörden («hacking»). Die Zugangsmöglichkeiten beschafft sich der gegnerische Nachrichtendienst auch bei westlichen «Hackern». Dafür stehen ihm erhebliche Geldmittel zur Verfügung. Neben dem durch den Abfluß von Informationen verursachten Schaden entstehen den Betroffenen hohe Kosten für notwendige Überprüfungs- und Sicherungsmaßnahmen.

Nachrichtendienstliche Stützpunkte

Die östlichen Geheimdienste stützen sich im Bundesgebiet weiterhin zu einem erheblichen Teil auf die *legalen Residenturen*. Dies sind amtliche oder halbamtliche

Einrichtungen wie Botschaften, Handelsvertretungen, Konsulate, Luftverkehrsgesellschaften, Reisebüros, Staatshandelsunternehmen und *gemischte Firmen*. Zu den *Legalresidenturen* mit erheblicher Spionageaktivität gehören auch die *sowjetischen Militärmissionen (SMM)*, von denen sich eine in Frankfurt am Main befindet. Verletzungen der militärischen Sperrgebiete sind besonders häufig.

Der diplomatische Status wird von den in den *Legalresidenturen* tätigen Nachrichtendienstoffizieren nach wie vor häufig genutzt, um unter der Tarnung als Diplomat leichter Verbindungen offizieller oder persönlicher Art anknüpfen zu können. Dieser Schutz erklärt auch die Dreistigkeit des Auftretens dieses Personenkreises auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland. Er ist auch ein Grund für die zunehmende Zahl nachrichtendienstlicher Ansprachen im Bundesgebiet, was die Inkaufnahme eines nicht unerheblichen Risikos bedeutet. Ein Beispiel für die Spionageaktivitäten aus den östlichen Botschaften ist der folgende Fall:

Ein überwiegend für südosteuropäische Aussiedler tätiger Rechtsanwalt wurde von Angehörigen einer Ostblock-Botschaft aufgesucht und zur Lieferung von Informationen über seine Klienten aufgefordert. Die Botschaftsangehörigen bezogen sich auf die bisherige Zusammenarbeit in Rechtsangelegenheiten und machten deren Fortsetzung von einer nachrichtendienstlichen Mitarbeit abhängig. Trotz der angedrohten Nachteile lehnte dies der Anwalt ab.

Die *Legalresidenturen* sind ebenso wie die jeweiligen Nachrichtendienstzentralen nach Arbeitsschwerpunkten organisiert. Das Hauptaufgabengebiet ist dabei neben den beiden Schwerpunkten Politik und Militär die Beschaffung wissenschaftlich-technischer Informationen.

Neben den *legalen Residenturen* existieren sogenannte *illegale Residenturen*. Sie bestehen meist aus Einzelpersonen oder Ehepaaren, die unter falscher Identität in westliche Länder eingeschleust werden, um besonders hochwertige Agenten anzuleiten, deren Informationen an den östlichen Geheimdienst weiterzugeben und für die Sicherheit der Spione zu sorgen. Der *illegale Resident* verringert die Notwendigkeit von Reisen der Agenten zur Führungsstelle im Osten und damit das Risiko der Entdeckung. Das ist besonders in Krisenzeiten wichtig. Für eine derartige Aufgabe kommen nur Personen in Frage, die eine qualifizierte geheimdienstliche Ausbildung erhalten haben und als ideologisch gefestigt gelten.

Die Praxis der DDR-Nachrichtendienste, Agenten in das Einsatzgebiet Bundesrepublik Deutschland einzuschleusen, wurde im Berichtsjahr nochmals bestätigt.

Mietrückstände führten die Sicherheitsbehörden auf die Spur eines DDR-Agenten. Mit einem gefälschten Personalausweis hatte dieser ein Zimmer gemietet. Um seine häufig wochenlange Abwesenheit erklären zu können, gab er sich als wissenschaftlicher Mitarbeiter mehrerer Universitäten aus. Nachdem fällige Mietzahlungen ausblieben, benachrichtigte der Vermieter die Polizei. Bei den Ermittlungen stellte sich dann die *Falschidentität* heraus. Bei seiner Festnahme wurden ein weiterer gefälschter Personalausweis und ein gefälschter bundesdeutscher Reisepaß gefunden. Bis auf seine tatsächlichen Personalien verweigerte der Agent die Aussage. Nachfolgende Ermittlungen führten zu einem Hotelzimmer im süddeutschen Raum. Die vorliegenden Erkenntnisse zeigen, daß der Agent sogenannte *Wohnstützpunkte* unterhielt, von denen er seine nachrichtendienstlichen Aktivitäten entfaltete.

Wohnstützpunkte werden von geheimen Mitarbeitern östlicher Nachrichtendienste für vorübergehende Aufenthalte im Bundesgebiet gemietet. Sie befinden sich vorwiegend in größeren Städten und dienen als Basis bei der Erledigung der nachrichtendienstlichen Aufträge. Die Wohnungen, in den meisten Fällen nur Zimmer, werden mit Hilfe von Zeitungsanzeigen gefunden. Die potentiellen Mieterinnen oder Mieter geben regelmäßig solche beruflichen Verhältnisse an, die häufige Abwesenheit plausibel erscheinen lassen, wie «journalistische Tätigkeit», «freischaffender Wissenschaftler», «vorübergehender Studienaufenthalt» oder «Vertreter für große Firmen». Allen bisher entdeckten Fällen war gemeinsam, daß die behördliche Anmeldung unterblieb. Die Nutzungen derartiger *Wohnstützpunkte* schwankten zwischen einigen Tagen und mehreren Jahren.

Im Zusammenhang mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen erlangen die *gemischten Firmen* zunehmend Bedeutung, die Handelsgesellschaften des deutschen Rechts sind. An ihnen sind neben bundesdeutschen Partnern osteuropäische Staatshandelsunternehmen beteiligt, die zahlreiche Staatsangehörige der Partnerländer beschäftigen. Sie dienen der Tarnung illegaler Beschaffung wissenschaftlich-technischer Informationen und Unterlagen, werden aber auch als Stützpunkte der Nachrichtendienstoffiziere benutzt, die von hier aus relativ ungehindert ihren geheimdienstlichen Aufgaben nachgehen.

Werbung

Die Zahl der erkannten Anbahnungs- und Werbungsversuche belegt nach wie vor die Gefährlichkeit der geheimdienstlichen Aktivitäten des Ostblocks. Die erfaßten nachrichtendienstlichen Kontakte erscheinen zwar im Verhältnis zu der hohen Ge-

samtzahl von Reisen in den Osten gering. Es muß jedoch eine große Zahl nicht bekanntgewordener Werbungen für die Mitarbeit in östlichen Spionageorganisationen unterstellt werden. Leitende Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes *KGB* bestätigten, daß unter den in die UdSSR einreisenden Ausländern eine wachsende Zahl von Agenten angeworben werde. Bis Ende August sollen dem *KGB* demnach bereits 800 Werbungen gelungen sein.

In Hessen stieg im Berichtsjahr die Zahl der erkannten Werbungsversuche von Nachrichtendiensten der DDR und Bulgariens an. Auch die Werbungen der Geheimdienste der Tschechoslowakei, Polens, der UdSSR, Rumäniens und Ungarns gingen weiter. Vor allem persönliche Bindungen und verwandtschaftliche Beziehungen boten den östlichen Nachrichtendiensten auf dem eigenen Territorium immer wieder Ansatzpunkte für ihre Vorhaben. Als Beispiel kann der Fall des Verwaltungsbeamten K. gelten:

K. reiste im Frühjahr mit seiner Ehefrau zum wiederholten Male zu einem Verwandtenbesuch in ein Ostblockland. Bei früheren Besuchen hatten weder er noch seine Angehörigen Auffälligkeiten feststellen können. Diesmal wurde er von zwei Männern direkt angesprochen, die sich als Angehörige des Geheimdienstes auswiesen. Sie verlangten Informationen zu einem ihm bekannten Übersiedler. K. brach das in der Art und Weise eines Verhörs geführte Gespräch ab. Nach seiner Rückkehr in das Bundesgebiet meldete er den Vorfall dem Geheimschutzbeauftragten seiner Dienststelle.

Die erweiterten Reisemöglichkeiten werden von den östlichen Nachrichtendiensten intensiv genutzt. Im Berichtszeitraum wurden wieder Fälle bekannt, in denen Reisende aus dem Ostblock berichteten,

daß ein Geheimdienst sie vor Antritt der Reise angesprochen und zur Spionage aufgefordert habe.

Im Zuge der verstärkten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West wächst auch die Zahl der Bewohner aus *RGW*-Staaten, die sich aus beruflichen Gründen in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten.

Gerhard P., der in einer Außenhandelsorganisation der DDR arbeitete, wurde Anfang der 80er Jahre von seinen Vorgesetzten zu möglichen Westkontakten befragt. Deren Fehlen war ausschlaggebend für seine Berufung zum *Reisekader für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet*. Vor seiner ersten Reise in den Westen wurde P. von einem Mitarbeiter des *MfS* zur Zusammenarbeit aufgefordert. Er sollte besonders die Grenzkontrollen des Bundesgrenzschutzes und die Anmeldeformalitäten in den Hotels beachten, um nach Rückkehr darüber berichten zu können. Der *MfS*-Angehörige verband sein «Anliegen» mit dem Hinweis, daß die Bestätigung zum *Reisekader-West* jederzeit widerrufbar sei. Die Forderungen des Geheimdienstes steigerten sich in den folgenden Jahren. So mußte P. über die von ihm besuchten Unternehmen und deren Repräsentanten berichten. Schließlich nutzte er eine Dienstreise, um in der Bundesrepublik zu bleiben.

Die stark gestiegene Zahl der Aus- und Übersiedler – sie hat sich gegenüber dem Vorjahr verdreifacht – wird von den östlichen Nachrichtendiensten genutzt. Wenn auch nicht davon auszugehen ist, daß die Zahl der darunter befindlichen Agenten im gleichen Maße anstieg, so ermöglichte die große Zahl es jedoch, noch leichter als bisher Agenten unerkannt in der Bundesrepublik Deutschland zu plazieren. Es ist zu erwarten, daß mit den politischen Um-

wälzungen die ausreisewilligen Bürger nicht mehr wie bisher zu nachrichtendienstlicher Tätigkeit gepreßt werden.

Führungsmethodik

Die Nachrichtenübermittlungswege zu den östlichen Auftraggebern blieben nahezu unverändert. Eine «erfolgreiche operative Tätigkeit» gegenüber dem Westen gründete sich bisher auf eine totale Überwachung innerhalb des eigenen Machtbereichs. Ein weitverzweigtes, engmaschiges Spitzelsystem, in jahrelanger Kleinarbeit aufgebaut, bot die ideale Grundlage, auch von interessanten Beziehungen in den Westen zu erfahren. So verfügte die «Staatssicherheit» der DDR laut einem Bericht der Regierung Modrow vom 15. Januar 1990 über 85.000 hauptamtliche Mitarbeiter und 109.000 »inoffizielle Mitarbeiter«. Die tatsächliche Zahl lag jedoch erheblich höher.

Für die erprobten nachrichtendienstlichen Verbindungswege in den Westen gilt weiterhin: Trefforte im eigenen Machtbereich bleiben wegen des geringen Risikos für den nachrichtendienstlichen Führungsoffizier sowie des mittlerweile fast ungehinderten Reiseverkehrs in den Osten die ideale Umgebung für erste Kontakte. Weiterhin werden für die Verbindungsaufnahme zwischen den jeweiligen *Treffs* konspirative Telefonnummern, die in den amtlichen Fernsprechtüchern nicht enthalten sind, postalische Deckadressen, die es bei unverfügbarem Text nicht zulassen, einen Bezug zum östlichen Geheimdienst herzustellen, sowie die Funkübermittlung eingesetzt. Nachrichtendienstliche Erkenntnisse und Offenbarungen weisen jedoch auch auf den verstärkten Einsatz der Elektronik hin. Codierte Übertragungen von Tonbändern mit etwa 3.000 Zeichen und mehr in der Minute sind keine Seltenheit.

In der Ausbildung der offensiv tätigen Führungsoffiziere ist seit längerem ein qualitativer Wandel zu erkennen. Das Schlagwort heißt hier «Akademisierung der Kader». Wirtschaftswissenschaftler, Chemiker und Elektroniker kommen zum Einsatz. Ihnen ist es möglich, unverfänglich Fachgespräche zu führen und diese nachrichtendienstlich zu nutzen.

Verurteilungen in Hessen

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main verurteilte am 23. Januar den 42jährigen Fotosetzer Volker Theo St. aus Frankfurt am Main zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zugunsten der DDR. Die Strafe wurde auf die Dauer von drei Jahren zur Bewährung ausgesetzt. St. war bereits 1979 zur Mitarbeit verpflichtet worden. Er beschaffte Informationen aus dem Hochschulbereich und versuchte, eine Person für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit anzuwerben. Seine Festnahme erfolgte 1987.

Das gleiche Gericht verurteilte am 17. November den 33jährigen US-amerikanischen Staatsbürger Garry Lee G. aus Lohr (Main) ebenfalls zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zugunsten der Sowjetunion. Auch diese Strafe wurde auf die Dauer von drei Jahren zur Bewährung ausgesetzt. G. hatte sich 1987 zur Lieferung von Unterlagen aus dem Rüstungsbereich verpflichtet.

Außerhalb Hessens kam es zur Verurteilung des Einbaumechanikers Horst B. aus Darmstadt zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit für die DDR durch das Kammergericht Berlin. Auch diese Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. B., der 1985 während der Ver-

büßung einer Haftstrafe in der DDR vom *MfS* verpflichtet worden war, berichtete nach seiner Rückkehr in das Bundesgebiet dem DDR-Nachrichtendienst über die Arbeit eines Fluchthelfers.

Alle drei Urteile sind rechtskräftig.

Beurteilung

Trotz der unübersehbaren politischen Neuorientierung in den Staaten Osteuropas ist die nachrichtendienstliche Auslandsaufklärung dieser Länder unverändert bemüht, politische, wirtschaftliche und militärische Ziele in der Bundesrepublik Deutschland auszuforschen. Sie setzt hierzu hochqualifizierte Geheimdienstoffiziere ein. Dies gilt, wie eingangs bereits ausgeführt, bei gleichbleibender Entwicklung in Richtung Vereinigung beider deutscher Staaten nicht mehr für die DDR, insbesondere nach dem Ergebnis der Volkskammerwahl am 18. März 1990.

Die konstanten Strukturen des nachrichtendienstlichen Gegners erleichterten es bisher, die erforderlichen Abwehrmaßnahmen zu treffen. Diese Strukturen sind durch die innerstaatlichen Demokratisierungsbestrebungen verändert. Der nachrichtendienstliche Gegner wird daher gezwungen sein, neue Methoden zu entwickeln, auf die sich die Spionageabwehr einstellen muß.

Die Veränderungsprozesse in den Ländern des östlichen Machtbereichs außerhalb der Sowjetunion haben wahrscheinlich zur Folge, daß die Zusammenarbeit ihrer Nachrichtendienste mit den sowjetischen nachläßt, diesen also nicht mehr alle Ergebnisse zur Verfügung gestellt werden. Hierdurch entstehende Aufklärungslücken, insbesondere durch den Wegfall der DDR-Dienste, werden die sowjetischen

Nachrichtendienste durch vermehrte eigene Aktivitäten auszugleichen versuchen. Es spricht daher viel dafür, daß künftig die meisten Ausspähungsbemühungen gegen die Bundesrepublik Deutschland von der Sowjetunion ausgehen werden.

Die Aufdeckung *illegaler Residenturen* bzw. *Wohnstützpunkte* zeigt, daß die Geheimdienste des Ostblocks nicht nur in den *Legalresidenturen* über konspirative Einrichtungen verfügen. Da bei der Nachrichtenübermittlung verstärkt die Elektronik eingesetzt wird, kommt es für den Erfolg der Abwehrarbeit immer mehr darauf an, die neuen Kommunikationstechniken zu analysieren und ihrem Gebrauch bei den östlichen Nachrichtendiensten durch geeignete technische Entwicklungen entgegenzuwirken.

Hauptziel der östlichen Geheimdienste ist mehr denn je die Beschaffung westlicher Hochtechnologie, vor allem der Mikroelektronik. Daran wird sich angesichts des Rückstandes des gesamten Ostblocks auf diesen Gebieten auch in den kommenden Jahren nichts ändern.

Wirkungsvolle Spionageabwehr ist nur mit Hilfe der Bevölkerung möglich. Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen bittet daher jede Bürgerin und jeden Bürger, die von der Tätigkeit fremder Geheimdienste gegen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Verbündeten Kenntnis haben oder von solchen Nachrichtendiensten angesprochen oder zur Mitarbeit aufgefordert worden sind, ihr Wissen im Interesse unseres freiheitlichen Staatswesens, aber auch der eigenen Sicherheit, zu offenbaren. Das gilt selbst für denjenigen, der schon im fremden Interesse nachrichtendienstlich tätig geworden ist. Auch ihm können die Verfassungsschutzbehörden helfen, sich aus einer vermeintlich ausweglosen Lage zu befreien. Voraussetzung hierfür ist die freiwillige Aufgabe der

nachrichtendienstlichen Tätigkeit und eine umfassende Offenbarung.

Das *Landesamt für Verfassungsschutz Hessen* bietet jederzeit seine Hilfe an. Vertraulichkeit wird zugesichert. Die Dienststelle ist unter *Postfach 39 05, 6200 Wiesbaden*, oder der *Rufnummer (06121) 7200* zu erreichen.